



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Widerstand gegen Gentrifizierung in Wien und Madrid:
Zwischen städtischen Aufwertungspolitiken, sozialer
Exklusion und dem ‚Recht auf Stadt‘ – Eine Analyse der
Stadtteile Ottakring und Lavapiés“

verfasst von / submitted by

Theresa Goisau (BA)

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020/ Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Reinprecht

Danksagung

Diese Seite möchte ich all jenen widmen, ohne deren Unterstützung die Erstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Die vorliegende Masterthese wurde von der Universität Wien mit finanziellen Mitteln gefördert. Die Förderung ermöglichte mir im Rahmen eines kurzfristigen wissenschaftlichen Auslandsstipendium einen zwei-monatigen Forschungsaufenthalt in Madrid. Hierbei möchte ich mich vor allem bei der Gastuniversität Universidad Complutense de Madrid und dem gesamten Personal des Instituts für Politikwissenschaften und Soziologie, die mich beim Durchführen meiner Forschung in Madrid unterstützten, bedanken. Von großer Bedeutung dabei war das Team der Fakultät für Angewandte Soziologie, insbesondere María José Moreno García, die mich in allen organisatorischen Angelegenheiten so großartig unterstützt hat.

Der größte Dank gilt meiner Zweitbetreuerin Frau Prof. Marta Domínguez Pérez nicht nur für ihr äußerst großes Engagement und ihre herzliche Betreuung, sondern auch für die inspirierenden Gespräche, die mich immer wieder aufs Neue ermutigten.

Besonders bedanken möchte ich mich bei allen Freund*innen, Interviewpartner*innen und vor allem dem Kollektiv „La Ingobernable“, die mich mit offenen Armen empfangen haben und Madrid schließlich zu meinem zweiten Zuhause gemacht haben.

Auch allen Interviewpartner*innen in Wien möchte ich an dieser Stelle für ihre Zeit, ihr Interesse und ihre Kooperation ein großes Dankeschön aussprechen.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Studienkolleg*innen und Freund*innen, die mir die langen Tage und Nächte an der Bibliothek versüßt haben, mir immer gut zugesprochen haben und mich motiviert haben diese Arbeit fertig zu stellen.

Letztlich möchte ich den größten Dank meinen Eltern widmen, die mir während des Studiums mehrere Auslandsaufenthalte in Madrid ermöglichten, welche mich schließlich zu dieser Arbeit und zur Durchführung des Stadtvergleichs inspirierten. Zusätzlich meinen größten Respekt dafür, dass ihr stets an mich geglaubt habt und mir während des ganzen Studiums zur Seite gestanden seid. Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Abstract	2
1. Einleitung	3
2. Gentrifizierung und soziale Ungleichheit	6
2.1 Was ist Gentrifizierung?	6
2.1.1. Die Ökonomische Dimension von Gentrifizierung	7
2.1.2. Die Kulturelle Dimension von Gentrifizierung	8
2.1.3. Die Politische Dimension von Gentrifizierung.....	9
Gentrifizierung im Zeichen der unternehmerischen Stadtpolitik.....	9
2.1.4. Die Soziale Dimension von Gentrifizierung.....	10
2.2 Sichtbarkeit und Folgen von Gentrifizierung	11
2.3 Aus welcher Perspektive wird Gentrifizierung beforscht?	12
2.3.1. Verharmlosungs- und Romantisierungsdiskurse der Gentrifizierung.....	13
2.3.2. Soziale Bewegungen und Widerstand in der Gentrifizierungsforschung	14
3. Methodologie und Methoden	17
3.1 Forschungskontext und Forschungsdesign	17
3.2 Datenerhebung	18
3.2.1. Methode A: Quantitative Daten	18
3.2.2. Methode B: Teilnehmende Beobachtung.....	18
3.2.3. Methode C: Stadtpaziergänge	19
3.2.4. Methode D: Qualitative Interviews.....	20
3.3 Datenanalyse	25
3.4 Ethische Fragen im Forschungsprozess	26
3.4.1. Wer profitiert von den Daten?	26
3.4.2. Zwischen Forschung und Aktivismus – Eine kritische Reflexion.....	27
3.4.3. Motor von Gentrifizierungsprozessen? – Eine Zwickmühle	28
4. Gentrifizierungsprozesse in Wien und Madrid	30
4.1 Beispiel Ottakring	30
4.1.1. Historischer Abriss – Zur Geschichte Ottakrings	31
4.1.2. Bevölkerungsstruktur und Wohnverhältnisse im heutigen Ottakring.....	33
4.1.3. Über den Wandel des Wiener Brunnenviertels.....	35

4.1.4. Der Yppenplatz als Teil der Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse des Brunnenviertels	38
4.2 Beispiel Lavapiés	43
4.2.1. Historischer Abriss – Zur Geschichte Lavapiés.....	43
4.2.2. Bevölkerungsstruktur und Wohnverhältnisse in Lavapiés	45
4.2.3. Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse in Lavapiés	46
4.2.4. El Mercado San Fernando als Teil der Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse in Lavapiés	51
5. Städtische Bewegungen im Widerstand gegen Gentrifizierung	55
5.1 Städte als austragende Orte für Kämpfe	55
5.2 Proteste gegen Aufwertung und Verdrängung.....	56
5.2.1. Die Herausbildung des „Recht auf Stadt“	56
5.2.2. Das „Recht auf Stadt“ Netzwerk.....	58
5.2.3. Akteur*innen städtischer Bewegungen.....	59
6. Aktuelle Konflikte und Kämpfe gegen Gentrifizierung in Wien und Madrid.....	62
6.1 Beispiel Wien.....	62
6.1.1. Soziale Mobilisierungen gegen Gentrifizierung in Wien aus historischer Perspektive.....	63
6.1.2. Was ist von der einst erfolgreichen Besetzer*innenbewegung Wiens übrig?	65
6.1.3. Warum bleibt die große Bewegung in Wien derzeit aus?.....	67
6.1.4. Warum mehr Widerstand in Wien notwendig wäre	71
6.2 Beispiel Madrid.....	74
6.2.1. Soziale Mobilisierungen gegen Gentrifizierung in Madrid aus historischer Perspektive.....	74
6.2.2. Besetzungen als Hauptstrategie sozialer Bewegungen Madrids.....	77
6.2.3. Über den Wandel und Erfolg der Besetzer*innenbewegung Spaniens – Am Beispiel der „PAH“ und „15-M“ Bewegung	77
6.2.4. Die Besetzung von Kultur- und Sozialzentren.....	79
6.2.5. „La Ingobernable“ – Im Kampf gegen Gentrifizierung	81
6.3 Beispiel Ottakring	85
6.3.1. Die Bedeutung Ottakrings für soziale Mobilisierungen	85
6.3.2. Soziale Initiativen in Ottakring.....	86
6.3.3. Symbolischer Widerstand in Ottakring.....	88
6.3.4. „Nele“ – Ein Beispiel einer Hausbesetzung in Ottakring	90

6.3.5. Der Kunst und Kulturraum „Mo.ë“	92
6.4 Beispiel Lavapiés	105
6.4.1. Die Bedeutung Lavapiés für soziale Mobilisierungen.....	105
6.4.2. Tourismus als Auslöser für Widerstand in Lavapiés	108
6.4.3. Soziale Initiativen in Lavapiés.....	109
6.4.4. Das Netzwerk „Lavapiés ¿dónde vas?“	110
6.4.5. „El centro social autogestionado La Tabacalera“	115
7. Wien und Madrid im Vergleich.....	122
7.1 Unterschiede im Kampf gegen Gentrifizierung.....	122
7.1.1. Stadtpolitiken in Wien und Madrid.....	122
7.1.2. Die repressive Politik Spaniens	124
7.1.3. Tourismusboom in Madrid	124
7.1.4. Herausbildung von Netzwerken und Kollektiven in Ottakring und Lavapiés	125
7.1.5. Organisationsstrukturen- und Strategien.....	126
7.1.6. Über den Umgang mit Besetzungen	127
7.1.7. Akteurskonstellationen der Aktivist*innen.....	128
7.2 Gemeinsamkeiten im Kampf gegen Gentrifizierung	130
7.2.1. Verlauf und Folgen von Gentrifizierung.....	130
7.2.2. Kulturelle Aufwertung Ottakrings und Lavapiés.....	130
7.2.3. Der Kampf um die Wiederaneignung der Stadt.....	131
7.2.4. Besetzung als Form des Widerstands	131
8. Conclusio und Ausblick.....	133
9. Bibliographie	137

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Staud´s Marmeladenfabrik am Yppenplatz, August 2019	33
Abbildung 2 Geschäftslokal WIRR am Yppenplatz, August 2019	41
Abbildung 3 Asamblea, Plaza de Lavapiés, Juni 2019, Madrid	76
Abbildung 4 „La Ingobernable“, Oktober 2019, Madrid.....	82
Abbildung 5 An einem Baum angekettete Pallettenbank, Yppenplatz.....	89
Abbildung 6 August 2019, Thelemangasse, 1170 Wien.....	90
Abbildung 7 „Nele“- Ehemaliges besetztes Haus, Mai 2019, 1160 Wien.....	91
Abbildung 8 Ehemaliges „mo.ë“, Thelemangasse 4, August 2019, 1170 Wien	97
Abbildung 9 „La Tabacalera“, Oktober 2019, Madrid	118

Kurzfassung

Besonders seit den 1980er Jahren gleichen sich Stadtpolitiken und Stadtentwicklungen europäischer Großstädte zunehmend an (vgl. Mayer, 2011: 55). Die gezielten Politiken produzieren die Exklusion bestimmter sozialer Gruppen. Eine wichtige Rolle hierbei spielen Gentrifizierungsprozesse, also die Aufwertung von bestimmten Stadtteilen und die damit einhergehende Verdrängung einkommensschwächerer durch einkommensstärkere Personen (vgl. Hejda et al., 2014: 184). Trotz der zunehmenden Relevanz des Themas, gibt es bisher nur wenige Arbeiten in Richtung einer international vergleichenden Gentrifizierungsforschung. Gentrifizierung stellt jedoch ein globales Phänomen dar, welches in unterschiedlichen urbanen Kontexten evident wird. (vgl. Huber, 2013: 237-240)

Obwohl sich Städte und Stadtviertel voneinander unterscheiden (ebd.), existieren in den zwei ausgewählten Stadtteilen, Ottakring und Lavapiés, dennoch gemeinsame Dynamiken von Gentrifizierung. Die dadurch produzierte Verdrängung löst in beiden Städten Konflikte aus. Auch wenn die Prozesse und Auswirkungen der Gentrifizierung in Ottakring und Lavapiés ähnlich verlaufen, wird in unterschiedlicher Form dagegen Widerstand geleistet. In der Arbeit werden Formen widerständiger Praktiken herausgearbeitet und anschließend verglichen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Kampf gegen Gentrifizierung aufzuzeigen.

Die vorliegende Arbeit ist insgesamt von hoher wissenschaftlicher Relevanz, da es bisher kaum vergleichende Studien zum Thema Widerstand gegen Gentrifizierung in europäischen Städten gibt. Sie liefert einen wichtigen Beitrag für die Stadtforschung einerseits in Wien und andererseits in Madrid. Die Forschung zeigt zudem die Notwendigkeit einer stärkeren internationalen Vernetzung von Stadtforscher*innen¹ sowie sozialen Bewegungen innerhalb Europas auf. Aufgrund der zunehmenden Relevanz von Aufwertungspolitiken und des Anstiegs sozialer Ungleichheiten sollte diese in Zukunft stärker ausgeweitet werden.

¹ Das Wort wird von der Autorin mit Sternchen markiert, um sich von der Norm der Zweigeschlechtlichkeit abzuheben. Damit wird auch auf Personen aufmerksam gemacht, die sich nicht mit dem dichotomen Geschlechtsbild identifizieren (wollen).

Abstract

Urban policies and developments in major European cities have been converging, particularly since the 1980s (cf. Mayer, 2011: 55). The targeted policies produce the exclusion of certain social groups. Gentrification processes, also known as the upgrading of certain districts and the accompanying displacement of lower-income people by the wealthy population, play an important role here (cf. Hejda et al., 2014: 184). Despite the increasing relevance of the topic, only a few studies include an internationally comparative gentrification research. However, gentrification is a global phenomenon that is evident in different urban contexts. (cf. Huber, 2013: 237-240)

Although cities and districts differ from one another (ibid.), the two selected neighborhoods Ottakring and Lavapiés still show common dynamics of gentrification. The displacement of residents which is provoked by gentrification processes leads to conflicts in both cities. Even if the processes and effects of gentrification in Ottakring and Lavapiés are similar, resistance is practiced in different forms. In order to reveal contrasts and similarities in the struggles against gentrification, various existing types of resistance practices are discussed and then compared in this paper.

Since there have been hardly any comparative studies on resistance against gentrification in European cities so far, this research is of great scientific relevance. It contributes profound knowledge to the urban research in both Vienna and Madrid and, thus, closes (part of) the scientific gap in this field. Furthermore, this research points out the need for establishing a stronger international network of urban researchers and social movements within Europe. Due to the increasing relevance of upgrading policies and the enlargement of social inequalities, this global collaboration should be expanded in the future.

1. Einleitung

Städte sind vor allem seit den 1980er Jahren aufgrund der Neoliberalisierung im Wandel. Stadtpolitiken- und Entwicklungen forcieren Gentrifizierungsprozesse, um Stadtteile aufzuwerten, modernisieren und zu attraktivieren. Die gezielt vorangetriebenen Aufwertungspolitiken der neoliberalen Stadt, produzieren die Exklusion bestimmter sozialer Gruppen. Leute mit weniger Ressourcen, müssen für jene mit höheren Ressourcen weichen. „[D]ie Innenstädte [werden] von den Gentrifizierern erobert die Schwachen verdrängt [...] die Handlungsspielräume kommunaler Politik verengen sich, der öffentliche Raum wird privatisiert und die urbane Kultur instrumentalisiert für die Förderung der Wirtschaft“ (Kronauer et al., 2013: 340).

Um das Konzept der Gentrifizierung und die in Zusammenhang stehenden Folgen nachzuvollziehen, wird im Kapitel zwei zuerst der Begriff der Gentrifizierung anhand unterschiedlicher Dimensionen erklärt. Dies dient dazu deutlich zu machen, dass Gentrifizierung immer in Verbindung mit sozialen Ungleichheiten und ungleicher Machtverteilung zu betrachten ist. Da in der Gentrifizierungsforschung eine kritische Perspektive derzeit noch auszubleiben scheint, argumentieren Anhänger*innen der kritischen Stadtforschung, dass es künftig wichtig wäre, mehr auf Widerstand zu fokussieren. Das Ziel der Masterarbeit ist, die sozialen Folgen von Gentrifizierung anhand der in Wien und Madrid ausgetragenen Antigentrifizierungskämpfe abzubilden. Damit werden die negativen Seiten von Gentrifizierung, insbesondere die unterschiedlichen Formen von Verdrängung, mit denen die Stadtbewohner*innen konfrontiert sind, aufgezeigt.

Im Kapitel drei wird beschrieben, mit welchen Methoden die Forschung durchgeführt wurde. Kapitel vier analysiert die Fallbeispiele Ottakring und Lavapiés – zwei Stadtteile, die seit der Neoliberalisierung besonders von Gentrifizierung betroffen sind. Dabei wird auf die gemeinsamen Entstehungskontexte und Entwicklungen der Stadtteile verwiesen: Ottakring und Lavapiés erleben durch die Umstrukturierungspläne der Stadt einen Wandel – von sogenannten Arbeiter*innen und Migrant*innenviertel zu Orten, die nun als „besonders“, „hipp“, „alternativ“, „künstlerisch“ gelten.

Mitte der 1990er Jahre sind aufgrund der damals niedrigen Mieten und hohen Leerständen, vor allem junge Menschen, Künstler*innen, Studierende sowie Migrant*innen in die Stadtteile gezogen. Durch den Zuzug dieser stieg die Attraktivität der Viertel und ein „alternatives und

multikulturelles“ Milieu (Youkhana/Sebaly, 2014: 56) entsteht. Von diesen Entwicklungen profitieren jedoch weniger die Bewohner*innen der zwei Städte, sondern vielmehr die Immobilienwirtschaft selbst. (siehe Kapitel 2.1.2.) Diese nutzt den Imagewandel für sich: Spekulation, Kommerzialisierung, Privatisierung und Touristifizierung² sind Folgen. Die Bezirke werden teurer, Wohnraum und öffentlicher Raum enger und der Leerstand größer. Die ursprünglich angesiedelte Bevölkerung wird aus den Stadtteilen verdrängt.

Kapitel 4 verdeutlicht demnach, dass Gentrifizierung in Ottakring und Lavapiés unter anderem Immobilienspekulation, Mietpreisanstiege, Kommerzialisierung, Privatisierung von öffentlichem Raum, sowie das Verschwinden von lokalen Gewerbe- und Dienstleistungen für die alltägliche Versorgung produziert. Damit werden die Bewohner*innen aus ihren Wohnräumen, öffentlichen Räumen sowie aus den Kunst- und Kulturräumen der Stadt verdrängt. (vgl. España/Toscano, 2019: 17f.) In den neoliberalen Städten Wien und Madrid wird Raum zur Ware und der Bevölkerung das „Recht auf die Stadt“ genommen (vgl. Verlië, 2014: 34f.).

Jedoch „nimmt die Kritik an disjunktiver städtischer Raumpolitik und neoliberaler Stadtentwicklung zu, räumlicher Bedarf wird vermehrt artikuliert und der soziale Widerstand wächst“ (vgl. Hirschmann, 2014: 21). Soziale Bewegungen fordern in ihren Kämpfen ein „Recht auf die Stadt“ – ein Ansatz des französischen Philosophen Henri Lefebvre, welcher im Kapitel 5 betrachtet wird. Das Kapitel zeigt, dass unterschiedliche Kämpfe gegen Gentrifizierung ausgetragen werden, diese aber ein gemeinsames Ziel verfolgen: die Herausbildung einer solidarischen, gemeinwohlorientierten Stadt. Die sich herausgebildeten „Gegenmachtsinitiativen“ (España/Toscano, 2019: 19) versuchen sich in Form unterschiedlicher widerständiger Praktiken das „Recht auf die Stadt“ zurückzuerobern. Diese Praktiken werden unterschiedlich ausgetragen, denn Widerstand gegen Gentrifizierung ist ein heterogenes und fragmentiertes Kampffeld. Die Neoliberalisierung der Stadt hat sehr unterschiedliche Widerständigkeiten hervorgebracht. (vgl. Mayer, 2013: 162f.)

² Der Begriff Touristifizierung weist auf die in den letzten Jahren zunehmende Bedeutung des Tourismus insbesondere in Großstädten hin, was oft auch mit dem Wort „Overtourism“ beschrieben wird (vgl. Freytag/Kagermeier, 2019: 11-14). Das hohe Tourismusaufkommen führt zur Transformation urbaner Räume sowie zu „erheblichen Belastungen“ (ebd.:12) für die Bewohner*innen der betroffenen Stadtteile. Dies löst Konflikte zwischen Bewohner*innen und Reisenden aus, die vor allem durch die steigende Anzahl an Airbnbvermietungen verschärft werden. „Die Umnutzung von Wohnraum für temporäre Vermietungen über die Plattform Airbnb führt in vielen Städten zu teilweise heftigen Diskussionen. Die Suche nach Regulierungsansätzen für einen Umgang mit diesem Phänomen zählt zu den großen Herausforderungen der Stadtpolitik insbesondere in den Metropolen.“ (ebd.)

Kapitel 6 illustriert, wie sich soziale Bewegungen in Wien und Madrid das „Recht auf die Stadt“ wieder zurückeroberten. Dabei werden zuerst die Entstehungskontexte sozialer Mobilisierungen in Wien und Madrid beschrieben, sowie anschließend auf rezente Beispiele von widerständigen Praktiken in Ottakring und Lavapiés eingegangen. Dieses Kapitel bezieht sich auf das Hauptziel der Forschung, nämlich auf die Frage, welche Formen von Widerstand sich in Wien und Madrid herausgebildet haben. Anschließend wird im Kapitel 7 analysiert, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die in Ottakring und Lavapiés ausgetragenen Antigentrifizierungskämpfe aufweisen. Folgende Forschungsfragen wurden formuliert: a. Welche manifesten Widerstandsformen gegen Gentrifizierung haben sich in Wien und Madrid herausgebildet? b. Warum unterscheiden sich widerständige Praktiken in Wien und Madrid?

2. Gentrifizierung und soziale Ungleichheit

„Gentrifizierung ist [...] ein Prozess von sozialer Ungleichheit. Im Kern geht's bei Gentrifizierung um soziale Ungleichheit in der Stadt [...]. Das ist sozusagen die Abbildung von größeren Prozessen sozialer Ungleichheit auf Ebene eines Stadtteils“. (Interview 7, Juli 2019, Wien)

Die vorliegende Arbeit lässt sich in der sogenannten kritischen Stadtforschung³ verorten. Nicht die Prozesse der Gentrifizierung selbst stehen dabei im Forschungsinteresse, sondern vielmehr der urbane Widerstand dagegen. Für die Beschreibung der Formen widerständiger Praktiken in Wien und Madrid, ist Folgendes von Bedeutung: die Neoliberalisierung von Städten, der Begriff und Kontext der Gentrifizierung sowie Interessen, die hinter dem Prozess stecken, die die dadurch produzierten Folgen der sozialen Exklusion und Verdrängung, sowie der „Recht auf Stadt“-Ansatz, welcher vor allem für neue soziale Bewegungen im Protest gegen Gentrifizierung leittragend ist.

2.1 Was ist Gentrifizierung?

Gentrifizierung wird in Form von „neugebauten Wohnungen, steigenden Mieten, Umwandlung in Eigentumswohnungen, neue Bewohnerstrukturen sowie eine Veränderung der Einzelhandelsstruktur und die Verwandlung der Stadtteile in eine Bühne expressiver Lebensstile“ (Holm, 2010: 20) sichtbar.

Gentrifizierung ist ein weit gefasster Begriff und kann unterschiedlich betrachtet werden. In diesem Kapitel werden ökonomische, kulturelle, politische und soziale Dimensionen von Gentrifizierung dargestellt. Generell betrachtet die vorliegende Arbeit Gentrifizierung aus einer kritischen, soziologischen Perspektive und im Zusammenhang mit der Neoliberalisierung von Städten. Dieser Ansatz ist angelehnt an den deutschen Sozialwissenschaftler Andrej Holm, welcher Prozesse der Gentrifizierung mit der Herausbildung neoliberaler, kapitalistischer Städte verbindet: Gentrifizierung hat sich zu einem ständigen Begleiter städtischer

³ Die kritische Stadtforschung fasst Städte als Orte gesellschaftlicher Entwicklungen, insbesondere als Orte, an denen sich soziale Ungleichheiten manifestieren, auf (vgl. Kronauer/Siebel, 2013 9-23). „Kritische Stadtforschung [...] ist eine Befassung mit Stadt und städtischen Prozessen, die diese als historisch gewordene und politisch veränderbare begreift und die in Stadt und städtische Entwicklungen mit emanzipatorischer Absicht eingreifen will“ (Belina et.al, 2014: 11). Bei Stadtforschung geht es demnach auch immer um die Verantwortlichkeit der Städte in Bezug auf die Bewältigung sozialer Ungleichheiten (vgl. Kronauer/Siebel, 2013: 9f.).

Veränderungen entwickelt und steht für die „neoliberale Version kapitalistischer Urbanisierung“ (Holm, 2010: 5). (siehe Kapitel 2.1.3.)

Der Begriff der Gentrifizierung wurde 1964 erstmals von der britischen Soziologin Ruth Glass, in einem Buch über den urbanen sozialen Wandel Londons eingeführt: „One by one, many of the working class quarters of London have been invaded by the middle class [...]. Once this process of ‘gentrification’ starts in a district, it goes on rapidly until all or most of the original working class occupiers are displaced, and the whole social character of the district is changed“ (Glass, 1964: 7).

Anlehnend an Glass setzen die Autor*innen Lees, Slater und Wyly (2010: xv) Gentrifizierung mit *class* in Zusammenhang: „gentrification is specifically the replacement of a less affluent group by a wealthier social group“. Im Laufe der Jahre hat sich der Begriff ausgedehnt. Lees, Slater und Wyly (2010: xvi) verweisen hier auf Davidson und Lees (2005), die vier zentrale Elemente von Gentrifizierung beschreiben: 1. Reinvestition von Kapital 2. Soziale Aufwertung von Städten durch einkommensstarke Personen 3. Landschaftswandel und 4. Direkte oder indirekte Verdrängung von Einkommensschwachen.

2.1.1. Die Ökonomische Dimension von Gentrifizierung

„Gentrifizierung beschreibt einen Prozess, in dem es durch Investition von Kapital und den Zuzug von Haushalten mit höheren Einkommen in einen Stadtteil zu einer baulichen Aufwertung des Gebietes und zur Verdrängung der Haushalte mit niedrigem Einkommen kommt“ (Hejda et.al, 2014: 184). Das Grundcharakteristikum von Gentrifizierung ist die Reinvestition in Immobilien, die damit einhergehenden Mietpreiserhöhungen sowie die Verdrängung von Einkommensschwachen. (vgl. Kadi/Verlic 2014: 1f.)

Dass hinter dem Prozess der Gentrifizierung besonders ökonomische Interessen stehen, beschreibt 1979 der schottische Geograph und Stadtforscher Neil Smith mit der sogenannten „Rent Gap Theorie“ (Mietlückentheorie). Der „Rent Gap“ ist die „Differenz zwischen aktuell realisierbaren Mieteinnahmen eines Grundstücks und der potenziell erzielbaren Mieteinnahmen nach der Investition in dieses Grundstück“ (Kadi/Verlic, 2014: 2). Wenn diese Ertragslücke groß ist, wird es für Investor*innen attraktiv, in ein Viertel zu investieren. Anstöße für solche Ertragslücken und die Erhöhung der Attraktivität eines Stadtteils für Investor*innen sind beispielsweise der Ausbau der Infrastruktur, die Verschönerung und Umgestaltung öffentlicher Räume sowie die Belebung eines Stadtteils durch Studierende und

Kunst- und Kulturschaffende. (vgl. Hejda et al., 2014: 185) „Es geht um die Veränderung von baulicher Substanz in der Stadt, um die Aufwertung von baulicher Substanz, von Häusern, Renovierungen, Sanierungen, usw. Aber es geht immer darum, dass das verbunden ist mit einem Verdrängungsdruck auf die Einkommensschwachen oder anders diskriminierten Bewohnerinnen der Stadt“ (Interview 7, Juli 2019, Wien).

Die Investitionen sind „nur erfolgsversprechend, wenn sich die Insignien sozialer Randständigkeit zurückdrängen lassen. Die Eckkneipen mit den vergilbten Gardinen, die Callshops und die Dönerbuden, die Spielhallen und Asia-Elektronikhöcker, die Billigflohmärkte und Billardhallen: Das prekäre Habitat muss verschwinden. Und mit ihm das Milieu, das es besiedelt“ (Twickel, 2013: 17f.). „Bei Gentrifizierungsprozessen geht es immer darum, dass Aufwertungsprozesse, Verschönerungsprozesse in der Stadt einhergehen mit sozialer Ungleichheit und Verdrängung“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

2.1.2. Die Kulturelle Dimension von Gentrifizierung

Ziel der neoliberalen Stadtpolitik (siehe 2.1.3.) ist, die Stadt für ein bestimmtes Klientel attraktiv zu machen, um somit Anschluss an die anderen Städte zu finden (vgl. Twickel, 2013: 45-49). Bei Gentrifizierung geht es immer darum, eine „Musterstadt“ (ebd.: 49) zu realisieren und international wettbewerbsfähig zu sein. „Die Image-City regiert die Städte“ (Twickel, 2013: 49). Städte sollen zu „komplexen, überraschenden, interessanten Orten“ (ebd.: 57) gemacht werden, um konkurrenzfähig zu sein. Dies führt dazu, dass Städte ihre Politiken nach einer bestimmten Klientel richten, da das Erfolg in der Standortkonkurrenz bringen würde (vgl. Twickel, 2013: 61f.).

Ein Indiz der kulturellen Dimension von Gentrifizierung ist die Etablierung von „subkulturell geprägten Szenequartieren“ (Holm, 2010: 29) sowie die „Herausbildung von gastro-touristischen Komplexen“ (ebd.). Holm (2010: 29f.) setzt kulturelle Aufwertungen mit ökonomischen in Zusammenhang und analysiert hierbei das Zusammenspiel von kultureller Attraktivierung und steigenden Immobilienpreisen. Das zuerst von Kunst- und Kulturschaffenden produzierte kulturelle Kapital wird anschließend von der Immobilienwirtschaft inwertgesetzt und in einen ökonomischen Mehrwert verwandelt.

Diese Entwicklungen beginnen häufig so, dass viele junge und gebildete Menschen aufgrund der geringen Mietpreise in „sozial benachteiligte und baulich vernachlässigte Nachbarschaften“ (Holm, 2010: 31) ziehen. Auch Kunst- und Kulturschaffende, die über wenig

finanzielle Ressourcen verfügen, zieht es in die Viertel. Daraufhin etablieren sich vermehrt kulturelle und subkulturelle Aktivitäten, was wiederum die Wahrnehmung der Nachbarschaften verändert: Das Image eines Arbeiter*innenviertels wechselt zu einem Image, das von der Alternativszene geprägt ist. Holm (2010: 31f.) beschreibt solche Quartiere als „subkulturelle Hotspots der Stadt“. Durch die Imageaufwertung des Viertels, werden diese Orte auch für Investor*innen interessant; in Folge: steigende Bodenpreise und Mieten. (vgl. Holm, 2010: 32) Investoren nutzen den Wandel der Viertel für sich und schöpfen mit kulturellen Wert Profit (vgl. Twickel, 2013: 108). Gentrifizierung ist demnach immer auch eine immobilienwirtschaftliche Gewinnstrategie, ökonomisch und/oder kulturell betrachtet (vgl. Holm, 2010: 40). Auch die Stadtpolitik profitiert und wirbt mit den neuen, attraktiven, alternativen, hippen Quartieren; besonders um Tourist*innen.

2.1.3. Die Politische Dimension von Gentrifizierung

Holm (2010: 18f.) beschreibt Gentrifizierung als „neuen städtischen Mainstream“ und auch in Zukunft „treuen Begleiter der kapitalistischen Stadtentwicklung“. Gentrifizierung ist immer ein Konzept, das die kapitalistische Stadtentwicklung hinterfragt. Dabei geht es auch immer um Machtasymmetrien, Fragen um soziale Ungleichheit sowie Kritik an der neoliberalen Stadt. (vgl. Kadi, 2016) „Gentrifizierung ist damit auch ein Symptom einer Umstrukturierung der Wohnungspolitik, weg von De-kommodifizierung und hin zu einer unternehmerischen Politik, in der das Recht auf Wohnen zunehmend dem Recht auf Profit untergeordnet wird.“ (ebd.)

Gentrifizierung im Zeichen der unternehmerischen Stadtpolitik

Seit den 1970er Jahren werden durch die Implementierung des neoliberalen Regimes neue Ansprüche an Städte gestellt. Diese sind nun Orte der Produktion und Konsumtion und bieten günstige Standort- und Investitionsbedingungen für die Wirtschaft. Eine Abkehr sozialstaatlicher Eingriffe geht damit einher. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 54)

Holm (2010: 41) bezieht sich auf den kritischen Geographen David Harvey und Politikwissenschaftler Bob Jessop, die die Konkurrenz zwischen Städten als ein Charakteristikum unternehmerischer Städte beschreiben. Es geht folglich immer um einen Standortwettbewerb um Investitionen, steuerzahlende Einwohner*innen, Tourismuszuwachs und Großereignisse.

Damit einhergehende soziale Ausgrenzungseffekte scheinen jedoch unberücksichtigt (vgl. Holm, 2010: 44). „In der unternehmerischen Stadt von heute regieren überwiegend Immobilienverwertungscoalitionen, die weite Teile der Investoren, der Bauunternehmen, der finanzierenden Banken und der politischen Klasse umfassen“ (Holm, 2011: 94). Exklusionsmechanismen nehmen immer weiter zu. „Dass dies aus einer Perspektive vieler Bewohner_innen den Verlust der bisherigen Wohnviertel und Lebensqualitäten bedeutet, wird regelmäßig in Kauf genommen“ (Holm, 2010: 44f.).

Seit der Finanzkrise 2007/2008 investiert die Immobilienwirtschaft vermehrt in Städte, was mit dem „Recht auf Stadt“ der Bewohner*innen kollidiert. Es wird in Sanierungen und Renovierungen von Gebäuden investiert sowie in die Umgestaltung öffentlicher Räume. Leistbarer Wohnraum, besonders in den zentral gelegenen Stadtteilen, und öffentlicher Raum werden enger. Davon betroffen sind vor allem sozial schwache Bevölkerungsgruppen, die zunehmend aus der Stadt verdrängt werden. (vgl. Kadi/Verlic, 2019: 7) „Gentrifizierung macht aus einem Milieu der Vielen ein Produkt für Wenige“ (Twickel 2013: 103).

2.1.4. Die Soziale Dimension von Gentrifizierung

„Das zentrale Element der Gentrifizierung liegt in ihrer sozialen Dimension: im Austausch der Bevölkerung eines Stadtteils durch die Verdrängung von Menschen mit niedrigem Einkommen“ (Hejda et.al, 2014: 185). Verdrängung kann in unterschiedlicher Form auftreten:

Kadi und Verlic (2019: 36f.) verweisen hier auf die kritischen Stadtforscher Marcuse und Slater⁴, und beschreiben in Bezug auf den Wohnungsmarkt zwei Formen der Verdrängung: a. die **direkte Verdrängung**, welche **ökonomische und physische Verdrängung** umfasst und b. die **ausschließende Verdrängung**. Erstere ist, wenn die Mieten in bestehenden Mietverträgen erhöht werden und Haushalte so zum Auszug gezwungen werden. Zweiter tritt ein, wenn Eigentümer*innen Mieter*innen mit schikanierenden oder terrorisierenden Methoden zum Auszug drängen. Beispiele hierfür sind: Elektrizität abdrehen, Fenster entfernen, unangekündigte Besichtigungen, usw. Eine andere Form der Verdrängung ist b. die **ausschließende Verdrängung**. Darunter versteht man, dass bei freiwilligem Auszug eines Haushaltes aus einer Wohnung es einem sozioökonomisch gleichgestellten Haushalt nicht

⁴ Slater, Tom (2009): „Missing Marcuse. On gentrification and displacement“, in: *CITY; analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 13(2), S. 292-311.

Marcuse, Peter (1985): „Gentrification, abandonment and displacement: connections, cause and policy responses in New York City“, in: *Journal of Urban and Contemporary Law* 28, S. 195-240.

möglich ist, in diese Wohnung zu ziehen. Der Mieter*innenwechsel wird in diesem Fall für eine Mieterhöhung genutzt. In Folge werden Sozialstruktur eines Stadtgebietes und einer Nachbarschaft verändert. Zusammenfassend ist Gentrifizierung also „die sichtbare räumliche Abbildung gesamtgesellschaftlicher Veränderungen und ein Motor sozialer Ungleichheit auf der Ebene städtischer Nachbarschaften“ (Kadi/Verlic, 2019: 7).

„Derartige Verdrängungsprozesse haben in vielen Städten des globalen Nordens auch eine rassistische und sexistische Benachteiligungsdimension und breiten sich mit dem Fortschreiten neoliberaler Stadtpolitiken zusehends global aus“ (Hejda et.al, 2014: 185).

2.2 Sichtbarkeit und Folgen von Gentrifizierung

„Leicht sichtbar wird Gentrifizierung, wenn sich die Lokale und Geschäfte eines Stadtteils im Wandel befinden, wenn die Dönerbude dem In-Café weicht und der Waschsalon dem Fahrradgeschäft“ (Kadi/Verlic, 2019: 7). Holm (2010: 20) zählt weitere Folgen von Gentrifizierung auf: „modernisierte und neugebaute Wohnungen, steigende Mieten, Umwandlung in Eigentumswohnungen, neue Bewohnerstrukturen sowie eine Veränderung der Einzelhandelsstruktur und die Verwandlung der Stadtteile in eine Bühne expressiver Lebensstile“.

Kohn (2013: 297-309) beschreibt folgende fünf Folgen von Gentrifizierung: residenzielle Verdrängung, Exklusion, Transformation des öffentlichen, sozialen und kommerziellen Raums, Polarisierung und Homogenisierung. „Gentrification makes the increase in inequality and income polarization into something visible, vivid, and concrete. Moreover, it reminds us that the wealthy get to take what they want and leave everyone else with what they discard“ (Kohn, 2013: 309). Gentrifizierungsprozesse zeigen demnach soziale Ungleichheiten in Städten auf und machen auf diverse Exklusionsmechanismen aufmerksam.

Am Beispiel des Brunnenviertels sowie des Viertels Lavapiés werden diese Strategien besonders deutlich (siehe Kapitel 4). Die Umgestaltungen der Viertel und die vermehrte Kommerzialisierung und Privatisierung dieser, führen zur Verdrängung konsumfreier, öffentlicher Orte sowie „unerwünschter“ Personengruppen. (vgl. Kadi/Verlic, 2019: 11) Der Yppenplatz in Wien Ottakring zeigt deutlich, dass das Anwachsen der kommerziellen Flächen den öffentlichen Raum knapp werden lässt, nicht-kommerzielle Flächen werden im Zuge von Aufwertungsprozessen zunehmend enger (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 137).

Nicht nur öffentlicher Raum geht verloren, sondern auch Räume der Kunst und Kultur. „Der Vermarktung von Images bestimmter Stadtteile steht die tatsächliche Notwendigkeit von Räumen für nichtkommerzielle Nutzung gegenüber“ (Kadi/Verlic, 2019: 11). Dies wird besonders in Wien am Beispiel des Kunst- und Kulturvereins „mo.ë“ (siehe Kapitel 6.3.5.) und in Lavapiés am Beispiel des selbstorganisierten Sozialzentrums „La Tabacalera“ (siehe Kapitel 6.4.4.) deutlich.

Eine weitere Folge von Aufwertungspolitiken der kapitalistischen, immobilienwirtschaftlich getriebenen Städte sind Verluste an (leistbaren) Wohnraum. „Wohnen ist ein Grundbedürfnis, welches zur Ware gemacht wird“ (Pizzeria Anarchia, 2019). Dies führt sowohl in Wien als auch in Madrid zu einer Welle an Protesten und Widerständigkeiten. (siehe Kapitel 6)

Die Verdrängung von Wohnraum, öffentlichen Raum sowie Kunst- und Kulturraum bedeutet gleichzeitig, dass in den derzeit neoliberal regierten Städten, den Bewohner*innen der Stadt ein „Recht auf die Stadt“ verwehrt wird. Diese Entwicklungen machen die Rückeroberung des Rechts auf die Stadt notwendig. (vgl. España/Toscana, 2019: 17f.) Dieses wird besonders seitens sozialer Bewegungen gefordert; und sollte auch in der Gentrifizierungsforschung künftig besonders beachtet werden. (siehe Kapitel 2.3.2.)

2.3 Aus welcher Perspektive wird Gentrifizierung beforscht?

Durch den Ansatz von Ruth Glass, werden seit den 1960er Jahren Aufwertungsprozesse in Städten mit der Verdrängung der Arbeiter*innenklasse aus ihren Wohnquartieren in Zusammenhang gesetzt. Damit ist ein Forschungszweig der Geographie und Stadtsoziologie entstanden. Davon ausgehend lag bis in die 1990er Jahren der Fokus vieler Studien auf den sozialen Kosten städtischer Aufwertungen, beziehungsweise auf negativen Effekten wie Verdrängung. Forscher*innen waren sich weitgehend einig, dass Gentrifizierung Verdrängung produziert und sich negativ auf die Betroffenen auswirkt. Die Frage nach der politischen Verantwortung wurde also gestellt. (vgl. Holm, 2010: 52f.)

Während in den 1970er und 1980er Jahren seitens der Stadtverwaltung noch versucht wurde, Verdrängung entgegenzusteuern, beginnen sich seit den 1990er Jahren Stadtverwaltungen und Stadtentwicklungspolitiken verstärkt am Leitbild der „unternehmerischen Stadt“ zu orientieren. (vgl. Holm, 2010: 51f.)

2.3.1. Verharmlosungs- und Romantisierungsdiskurse der Gentrifizierung

Anstelle einer kritischen Analyse von Gentrifizierung, haben sich seit Anfang der 1990er Jahre also vielfach „Verharmlosungs- und Romantisierungsdiskurse“ durchgesetzt (vgl. Holm, 2010: 53). „The eviction of critical perspectives is very serious for those whose lives are affected by reinvestment designed for the middleclass colonization of urban neighborhoods” (Slater, 2006: 752). Tom Slater argumentiert, dass kritische Perspektiven aus der Gentrifizierungsforschung zunehmend beiseitegelassen werden. Der ursprüngliche Klassencharakter, den Ruth Glass mit dem Konzept der Gentrifizierung in Verbindung brachte, rückt demnach in den Hintergrund. Dies führt dazu, dass Elemente sozialer Ungleichheit in der heutigen Gentrifizierungsforschung oftmals nicht betrachtet werden. (vgl. Slater, 2006: 737-757)

Holm (2010: 54f.) bezeichnet das als „Verharmlosungs- oder Romantisierungsdiskurs“, der vor allem von jenen betrieben wird, die Verdrängungseffekte im Zusammenhang mit städtischen Aufwertungsprozessen verleugnen und ausschließlich die “positiven” Seiten betonen. Oftmals wird dann auf verbesserte Wohnbedingungen in den renovierten Wohnungen oder auf die sogenannte „Soziale Mischung“ verwiesen. Durch den Zuzug von Besserverdienenden würden auch ärmere Bewohner*innen profitieren. Damit soll vor allem in „früher heruntergekommenen Armutsquartieren“ (Holm, 2010: 56) ein sozialer Ausgleich geschaffen und die Nachbarschaftsqualität erhöht werden.

Wien ist so ein Beispiel, wo Gentrifizierung vor allem von Stadtplaner*innen, Investor*innen und Kommunalpolitiker*innen geleugnet wird. Ein Stadtforscher aus Wien argumentiert, dass die Stadtpolitik immer ein Problem mit Gentrifizierung hätte, da es um einen Prozess sozialer Ungleichheit gehe, vor allem um Verdrängung aus dem Wohnraum. Das sei eine soziale Herausforderung für die Städte. Oft werde Gentrifizierung also geleugnet, da es nicht in das “Image der sozialen Stadtpolitik” hineinpasste. (Interview 2, Juli 2019, Wien)

„Gentrifizierung hat immer zumindest zwei Seiten, in dem Sinn, dass Gentrifizierung natürlich dazu führt, dass Viertel schöner aussehen, dass Wohnungen renoviert werden, dass die Leute, die dort einziehen eine schöne Wohnumgebung haben, dass die Eigentümer [...] Kapital daraus schlagen können und davon profitieren, und gleichzeitig sind es aber genau die positiven Effekte von Gentrifizierung, die auch negative Effekte induzieren“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Diskussionen zur Frage nach Gentrifizierung in Wien werden demnach noch nicht tiefgehend geführt. Nicht nur die sogenannte „Soziale Mischung“, sondern auch der hohe Anteil an sozialem Wohnbau sowie die 100 Jahre bestehende rote Stadtpolitik, sind gängige (Legitimierungs-)Argumente. (vgl. Kadi/Verlic, 2019: 7)

Der Wohnungsmarkt verändert sich jedoch auch in Wien stark: befristete Verträge, Mietpreissteigerungen und erschwerten Zugang zu (leistbarem) Wohnraum machen sich breit. Öffentliche Aufenthaltsorte, wie am Beispiel des Yppenplatzes in Wien Ottakring deutlich wird, werden enger (siehe Kapitel 4.1.4.). Damit verschieben sich auch die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung „und machen Gentrifizierung zu einem zunehmend relevanten urbanen Transformationsprozess“. (Kadi/Verlic, 2019: 8)

Auch im Stadtteil Lavapiés werden Bewohner*innen aus ihren Wohnungen und von öffentlichen Plätzen verdrängt. In den Interviews in Madrid kam das Argument der „sozialen Mischung“ nicht vor; vielmehr waren sich die Interviewpartner einig, dass im Viertel bereits ein Klassenaustausch stattgefunden hat und Lavapiés bereits ein Ort der Elite, der Mittel- und Oberschicht, sowie des Tourismus ist. (siehe Kapitel 4.2)

Zusammenfassend: Die Mehrheit der Arbeiten zu Gentrifizierung bezieht sich auf Beschreibungen des stadträumlichen Wandels der Aufwertungsgebiete sowie darin involvierte Akteur*innen, während die Verlierer*innen dieser Entwicklungen außer Acht gelassen werden. (vgl. Holm, 2010: 59) Anlehnend an die kritische Gentrifizierungsforschung, welche Teil der kritischen Stadtforschung ist, bezieht sich die Arbeit auf die Folgen von Gentrifizierung in Wien und Madrid im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit. [P]rogress begins when gentrification is accepted as a problem and not as a solution to urban poverty and blight” (Slater, 2006: 753).

2.3.2. Soziale Bewegungen und Widerstand in der Gentrifizierungsforschung

Obwohl sich kritische Stadtforscher*innen zwar einig sind, dass innerhalb der Gentrifizierungsforschung mehr auf Widerstand fokussiert werden sollte, scheint dieser Aspekt noch wenig präsent: “exploration of those strategies and tactics that seek to counter the violence of gentrification remain very limited” (Annunziata/Rivas-Alonso, 2018: 394).

Widerständische Praktiken gegen Gentrifizierung sind ein bisher wenig erforschter Aspekt von Gentrifizierung. "(...) [It seems] that focused analyses of antigentrification protests, struggles and activism had been sidelined by all the attention to (and debate over) cause and effect" (Lees/Slater/Wyly, 2010: 525). Dennoch gehen die Autor*innen davon aus, dass es in jeder aufgewerteten Stadt auch Widerstand gegen Gentrifizierung gibt (ebd.). Auch Kronauer/Siebel/Walther (2013: 340f.) argumentieren, dass sich die Stadtsoziologie künftig mehr mit den „Gegenkräften, auf die sich eine solidarische Stadtpolitik stützen könnte“, beschäftigen sollte. Denn schließlich organisieren sich vielfältige soziale Bewegungen, um ihr „Recht auf Stadt“ zurückzuerobern. „Anlässe, Trägerschaft, Organisationsformen, politische Reichweite und Chancen einer Allianz zwischen den sozialen Bewegungen und kommunaler Politik [...] könnten wichtige Themen künftiger Stadtforschung sein“ (Kronauer et. al 2013: 344f.).

Auch wenn die negativen Seiten der Gentrifizierung bei aktuellen Stadtentwicklungen- und Politiken noch nicht angekommen sind, lösen „Aufwertungsstrategien [weltweit] Proteste und Widerstand der bisherigen Bewohner_innen aus“ (Holm, 2010: 5). Die Folgen von Gentrifizierungsprozessen (insbesondere Verdrängung und Exklusion von Bewohner*innen) können am Beispiel von Antigentrifizierungskämpfen analysiert werden.

“In gentrification studies resistance has a very specific, social scientific meaning: it is the practices of individuals and groups who attempt to stay put in the face of exclusionary, neoliberalizing forces” (Annunziata/Rivas-Alonso, 2018: 395). Widerstand gegen Gentrifizierung kann einerseits kollektiv, politisch organisiert und sichtbar sein, und andererseits auch sehr heterogen, inkohärent, individuell praktiziert, unbewusst und weniger sichtbar (Annunziata/Rivas-Alonso, 2018: 395). Aktivist*innen leisten in verschiedener Form Widerstand: Hausbestzungen, Aufbau von Sozial- und selbstverwaltete Zentren, Graffiti, Demonstrationen, Versammlungen, etc. Verschiedene Allianzen über Städte und Themen werden gegründet; zwischen Aktivist*innen im Bereich des Wohnens, Kunst- und Kulturschaffenden, linken Gruppen, und marginalisierten Gruppen. (vgl. ebd.: 396)

In den folgenden Kapiteln werden Hintergründe und Auswirkungen städtischer Aufwertungen, sowie daraus resultierende Antigentrifizierungskämpfe von sozialen Bewegungen analysiert. Dabei werden Perspektiven und unterschiedliche Strategien von verschiedenen Initiativen beziehungsweise Mobilisierenden dargestellt, die Lösungen suchen, wie Städte gerechter und solidarischer gestaltet werden können. „Keiner sollte ein Recht darauf haben mit existenziellen

Bedürfnissen Profit zu machen“ (Interview 3, Juli 2019). Wie dies untersucht wurde, wird im nächsten Kapitel detaillierter ausgeführt.

3. Methodologie und Methoden

Dieses Kapitel beschreibt die Methodologie und Methoden, die für die Forschung angewandt wurden. Im Kapitel 3.1 werden Forschungskontext sowie Forschungsdesign dargestellt, während Kapitel 3.2 eine Übersicht über die Datenerhebungsmethoden bietet. Anschließend wird im Kapitel 3.3 angeführt, wie die im Forschungsverfahren generierten Daten ausgewertet wurden. Im letzten Kapitel (3.4) werden ethische Fragestellungen in der Forschung thematisiert, welches insbesondere die Rolle der Forscherin (kritisch) hinterfragt und analysiert.

3.1 Forschungskontext und Forschungsdesign

Die zwei Stadtteile Ottakring und Lavapiés wurden ausgewählt, da sie sich hinsichtlich ihres historischen Kontextes, der Bevölkerungsstruktur und dem Wandel, den sie in den letzten Jahren erfahren haben, ähneln. Beide Stadtteile haben folgende Entwicklungen erlebt: durch Aufwertungspolitiken seitens der Stadt wurden sie von sogenannten Arbeiter*innen- und Migrant*innenbezirken zu „alternativen“, attraktiven Vierteln. Von diesen Entwicklungen profitieren jedoch weniger die Bewohner*innen der Städte, sondern vielmehr die Immobilienwirtschaft. (siehe Kapitel 2.1.2.) Diese nutzt den Imagewandel für sich: Spekulation, Kommerzialisierung, Privatisierung und im Falle Madrids auch Touristifizierung sind die Folge. Die Bezirke werden teurer, Wohnraum und öffentlicher Raum zunehmend enger und der Leerstand größer. Die ursprünglich angesiedelte Bevölkerung wird dadurch aus den Stadtteilen verdrängt. Ziel der Forschung war es, zu analysieren, in welcher Form gegen diese Entwicklungen Widerstand geleistet wird.

Dafür wurde zwischen Mai und September 2019 eine Feldforschung in Wien (Ottakring) durchgeführt. Im Anschluss erfolgte zwischen September und November 2019 die Datenerhebung in Madrid (Lavapiés). Diese wurde im Rahmen eines kurzfristigen wissenschaftlichen Auslandsstipendiums absolviert und von der Universität Wien finanziert. Der zweimonatige Forschungsaufenthalt in Madrid wurde an der Fakultät für Soziologie und Politikwissenschaften in der Universidad de Complutense in Madrid durchgeführt.

Das Ziel war, widerständige Praktiken gegen Gentrifizierung in Ottakring und Lavapiés zu untersuchen; und dabei auf deren Ähnlichkeiten und Unterschiede zu verweisen. Dies wurde mit folgenden Methoden durchgeführt:

3.2 Datenerhebung

Um Formen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten der sich herausgebildeten widerständischen Praktiken Ottakring und Lavapiés herauszuarbeiten, wurden a. bereits vorhandene quantitative Statistiken zur Bevölkerungsstruktur der jeweiligen Stadtteile analysiert, b. teilnehmende Beobachtungen und c. Stadtspaziergänge in Ottakring und Lavapiés, sowie d. qualitative Interviews mit Expert*innen (Soziolog*innen, Stadtforscher*innen, Mitarbeiter*innen städtischer Einrichtungen), Künstler*innen und Aktivist*innen durchgeführt. Durch die Methodenvielfalt und unterschiedliche Hintergründe der Interviewpartner*innen, konnte das Thema multiperspektivisch betrachtet werden.

3.2.1. Methode A: Quantitative Daten

Die quantitativen Statistiken der Stadt Wien sowie der Stadt Madrid dienten dazu, die Gemeinsamkeiten der Stadtteilentwicklungen aufzuzeigen. Daten zur Bevölkerungsstruktur, Gebäudestruktur, Mietpreisentwicklungen, Anzahlen an Airbnbs und leerstehenden Gebäuden wurden unterschiedlichen Quellen entnommen.

3.2.2. Methode B: Teilnehmende Beobachtung

„Participant observation can be more or less central in a given research design – it can be the core of it or just a means to become more familiar with what we study“ (Della Porta, 2014: 160). Die Methode diente einerseits dazu, einen Eindruck über die Aktionen der Aktivist*innen zu bekommen, und andererseits um mit Aktivist*innen in Kontakt zu treten (vgl. Della Porta, 2014: 146; 154).

Diese Methode wurde ausschließlich in Madrid angewandt, da sich in Wien, – womöglich aufgrund der Sommerpause – keine geplanten (öffentlich angekündigten/zugänglichen) Aktivitäten zum Thema finden ließen. In Madrid wurden Asambleas, Versammlungen von sozialen Initiativen in Lavapiés, sowie eine Demonstration zu den Themen Gentrifizierung und Verdrängung (vor allem vom Wohnungsmarkt) im Zusammenhang mit Zwangsräumungen, Immobilienspekulation, Recht auf (leistbares) Wohnen und rassistische Polizeikontrollen, besucht. Zusätzlich nahm ich aktiv an Veranstaltungen in den selbstorganisierten (besetzten) Kunst- und Kultur bzw. Sozialzentren „La Ingobernable“ (Kapitel 6.2.5.) und „La Tabacalera“ (Kapitel 6.4.5.) teil. Die generierten Daten wurden anhand von Fotocollagen und Beobachtungsprotokollen aufgezeichnet.

Bei dieser Methode gilt es die Doppelrolle als Forscher*in und gleichzeitig auch Teilnehmende zu reflektieren. (siehe Kapitel 3.4) „On some sites, we only act as observers, whereas on others we engage with the group and participate“ (Della Porta, 2014: 160). Bei den Versammlungen und der Demonstration wurde ausschließlich beobachtet, während bei den Besuchen in den Sozialzentren aktiv an den Veranstaltungen teilgenommen wurde.

3.2.3. Methode C: Stadtpaziergänge

Die Stadtpaziergänge ermöglichten mir einen ersten Zugang zum Feld, und dienten besonders der Orientierung in den Vierteln. Zusätzlich wollte ich einen Eindruck darüber bekommen, wer sich in diesen Stadtteilen bewegt und wo sich die Bewohner*innen aufhalten. So konnte eine Beziehung zu dem erforschten Raum aufgebaut werden. „Stadtpaziergänge dienen dazu, sich einen ersten und noch sehr allgemeinen Eindruck von einem Quartier machen zu können.“ (Böhmer, 2015: 30) Es ist ein qualitatives Erhebungselement, beziehungsweise Beobachtungsmethode mit dem Ziel einen Ort in Form eines Spazierganges zu untersuchen. „Mit Hilfe des empirischen Spaziergangs können vor allem wesentliche Informationen über die soziale Bedeutung des öffentlichen Raumes gewonnen werden. Somit entsteht eine Beziehung zu dem untersuchten Raum“. (Gruszyk, 2014: 26) Zusätzlich dienten die Spaziergänge dazu, (sichtbare) Gentrifizierungsprozesse zu beobachten (siehe 2.1). In einem weiteren Schritt wurden die Stadtteile auch auf symbolische Formen des Widerstandes untersucht. Die Stadtpaziergänge wurden protokolliert, mit Fotos und Stadtplänen dokumentiert.

Es wurde vor allem darauf geachtet, inwieweit Gentrifizierung in den beiden Stadtteilen sichtbar wird. Besonderes Augenmerk wurde einerseits auf die Plätze Yppenplatz und den Plaza de Lavapiés, die zentralsten und auch stark frequentierten Plätze der Viertel, gelegt. Andererseits auf die zwei angrenzenden Märkte: den Brunnenmarkt und den Mercado San Fernando. Dabei wurden die Kommerzialisierung dieser Orte, das Warenangebot im Viertel, auf Gebäudestrukturen, Dachgeschoßbauten sowie Renovierungsarbeiten an Häusern und Plätzen beobachtet. (siehe Kapitel 2.1)

Zusätzlich lag bei den Stadtpaziergängen der Fokus auf Straßenbilder, Graffiti und Plakatierungen, welche als symbolische Protestform in beiden Stadtteilen eine große Rolle spielen und als widerständische Praktiken betrachtet werden können. Kreative Praktiken im urbanen Raum werden von Bevölkerungsgruppen praktiziert, um sich gegen soziale, kulturelle

und ökonomische Ausgrenzungen zu wehren. Damit äußern sie eine klare politische Haltung und formieren neue Arten der Zugehörigkeit. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 50f.) Mit Graffiti markieren die Künstler*innen eine Zugehörigkeit zum Viertel und manifestieren damit Probleme wie Armut, Vertreibung, Polizeikontrollen und die negativen Seiten der Sanierungsmaßnahmen. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 61) Die Straßenbilder vermittelten den Eindruck, dass in beiden Stadtteilen Widerstand gelebt wird.

In Lavapiés waren die Stadtpaziergänge zusätzlich besonders hilfreich, um mir einen Feldzugang zu schaffen. Denn vor den Aktionen der im Viertel aktiven sozialen Gruppen wurden im ganzen Quartier Flyer und Plakate angebracht. Dadurch konnte ich mich stets informieren, wann die nächste Aktion stattfinden wird; beispielsweise Versammlungen am Plaza de Lavapiés oder Demonstrationen.

3.2.4. Methode D: Qualitative Interviews

Nachdem, beziehungsweise während ich mir unter anderem durch die oben beschriebenen Methoden einen Feldzugang schuf, wurden 10 qualitative Interviews in Wien und 8 in Madrid durchgeführt. Die Interviewpartner*innen sind Expert*innen, (Aktivismus)forscher*innen, Künstler*innen und Aktivist*innen (siehe Tabelle 1). Drei der 18 Interviews wurden mit zwei Personen geführt. Dies war im Vorhinein nicht geplant und verlangte Flexibilität. Die bereits vorstrukturierten Interviewfragen mussten somit an die (unerwartete) Gesprächssituation angepasst werden.

In beiden Städten wurde so vorgegangen, dass zuerst Expert*innen zum Thema Gentrifizierung befragt wurden. Diese waren von universitären und städtischen Einrichtungen. Ziel dabei war es, einen Überblick über Gentrifizierungsprozesse und damit einhergehende soziale Ungleichheiten zu bekommen. Anschließend wurden Gespräche mit Aktivist*innen geführt. „In depth-interviews [...] are of fundamental importance for the study motives, beliefs, and attitudes, as well as the identities and emotions of movement activists”. (Della Porta, 2014: 229) Diese dienten dazu, über Formen, Organisation und Strukturen sozialer Mobilisierungen gegen Gentrifizierung zu erfahren. Zusätzlich war es mir ein Anliegen möglichst viele Aktivist*innen zu interviewen, da sie schließlich jene sind, die Widerstand leisten, und eine praxisnahe Perspektive auf das Thema werfen. Außerdem wollte ich den Aktivist*innen dadurch ermöglichen, ihre Anliegen und Sorgen zu teilen und ihre Stimmen in meine Arbeit einfließen zu lassen. Qualitative Interviews in Sozialer Bewegungsforschung ermöglichen es

den Aktivist*innen eine Stimme zu geben (vgl. Della Porta, 2014: 232). Das Ziel war die Aktivist*innen am Forschungsprozess teilhaben zu lassen.

Auswahl der Interviewpartner*innen

Die Auswahl der Interviewpartner*innen erfolgte in Wien einerseits durch Besuche von Veranstaltungen zum Thema und anschließend nach dem Schneeballprinzip. Der Besuch von Veranstaltungen eignete sich, um Expert*innen zum Thema zu finden und anschließend zu kontaktieren. Da ich selbst nicht aktivistisch tätig bin, war es schwierig Zugang zu Aktivist*innen zu finden (siehe Kapitel 4.3). Deshalb wurden mir schließlich Kontakte seitens meines Betreuers vermittelt. Anschließend wurde so vorgegangen, dass die Gesprächspartner*innen nach weiteren möglichen Interviewpartner*innen befragt wurden. Generell wurde also nach dem theoretischen Sampling vorgegangen, das heißt, dass zu Beginn die Interviewpartner*innen noch nicht festgelegt sind, sondern im Laufe des Forschungsverfahrens ausgewählt werden. (vgl. Schultz, 2014: 80f.)

In Madrid erfolgte die Auswahl der Interviewpartner*innen durch meine Betreuer*in vor Ort, sowie durch ein anschließendes Schneeballprinzip. Der Zugang zu Aktivist*innen selbst war in Madrid im Gegensatz zu Wien einfacher, da diese rasch auf meine Anfragen reagierten und alle von mir Kontaktierten bereit waren ein Treffen einzugehen. Außerdem schien die ausländische Institution (Universidad Complutense de Madrid) sehr gut mit Aktivist*innen in Madrid vernetzt. Während ich in Wien entweder gar keine Antwort auf diverse Einträge („Recht auf Stadt“ Netzwerk) in Blogs oder Mails erhielt, oder Absagen seitens der Angefragten, schien mir die Aktivist*innenszene in Madrid sehr offen und leicht zugänglich. Es bestand hier außerdem hohes Interesse mit mir (als Forschende) zu kooperieren und über die Situation in Wien zu diskutieren. Das Interesse an einer Vernetzung mit Forscher*innen und Aktivist*innen in Wien war seitens aller in Madrid interviewten Personen hoch. Aufgrund fehlender Zeitressourcen konnte ich in Madrid jedoch nicht alle bereitwilligen Interviewpartner*innen treffen.

Bezüglich der Auswahl der Interviewpartner*innen wurde versucht gleich viele Frauen* wie Männer zu interviewen. In Wien waren acht der interviewten Personen Frauen* und drei Männer. In Madrid wurden ausschließlich Männer interviewt, da mir durch das Schneeballprinzip nur Männer vermittelt wurden. Es war schwierig, Kontakte von weiblichen Aktivist*innen zu bekommen. Das könnte daran liegen, dass in Madrid vermehrt Männer

aktivistisch tätig sind, oder daran, dass sich diese innerhalb der sozialen Bewegungen in höheren Positionen befinden.

Unterschiedlichkeit in der Durchführung der Interviews

Obwohl in beiden Städten dieselbe Methode angewandt wurde, unterschied sich diese in der Umsetzung. Die Art und Weise der Durchführung der Interviews, hinsichtlich der Gesprächsführung sowie des Ortes, variierte in den beiden Städten. Generell wurden die Gespräche in Wien systematisch geführt, in Madrid hingegen ethnographischer, der Bezug zum Feld war hier stärker gegeben. Dies könnte daran liegen, dass in Madrid hauptsächlich Aktivist*innen interviewt wurden; in Wien hingegen überwiegend Expert*innen.

Alle Interviews wurden in beiden Städten mit einem Leitfaden vorstrukturiert. Die Fragen waren dabei in Themenbereiche gegliedert. Einerseits ging es darum herauszufinden, wie es um Widerstand gegen Gentrifizierung in Ottakring und Lavapiés steht, welche Initiativen es gibt, welche Formen des Protests sich herausgebildet haben, welche Akteur*innen sich vernetzen, welche Allianzen sich bilden, und in Wien zusätzlich, welche Visionen einer gerechteren Stadt die interviewten Personen haben. In Madrid wurden die Visionen, wie eine gerechtere, solidarischere Stadt aussehen könnte in allen Interviews von Anfang an klar (indirekt) ausgedrückt; während ich in Wien gezielt und explizit danach fragte.

Während ich mich in Wien strikter an die Leitfragen hielt, hatte ich diese in Madrid nur in einem der acht Interviews genutzt; denn in Madrid herrschte stets ein sehr offenes Gespräch, und ich passte mich somit der Gesprächssituation an. Der Leitfragen ist flexibel, die Fragen sind offen formuliert, und die Fragen werden an die Gesprächsdynamik, die Interviewpartner*innen und die Situation angepasst. Dies ermöglicht eine relativ offene Interviewführung. (vgl. Dannecker/Vossemer, 2014: 159) Da es in Madrid bei drei Interviews zu einem informellen Austausch und in einem Fall sogar zu einem von mir unerwarteten „walking interview“⁵ kam, war es zusätzlich auch unpassend in dieser Situation eine Tonaufnahme zu machen; stattdessen wurden anschließend Notizen gemacht.

⁵ „Walking interviews tend to be longer and more spatially focused, engaging to a greater extent with features in the area under study than with the autobiographical narrative of interviewees“ (Evans/Jones, 2011: 854).

Dieses Interview fand im selbstorganisierten Sozialzentrum „La Ingobernable“ (Kapitel 6.2.5.), einem Ort der Zusammenkunft für Aktivist*innen in Madrid statt. Zwei Aktivist*innen führten mich durch das Sozialzentrum, während sie mir über den Kontext des Gebäudes und über die Aktivitäten, die hier organisiert werden, erzählten. „It is argued that walking interviews generate richer data, because interviewees are prompted by meanings and connections to the surrounding environment and are less likely to try and give the ‘right’ answer. Indeed, it seems

Während die Interviews in Madrid locker verliefen, wurden jene in Wien formeller und in einem geschlossenerem Format geführt. Dies könnte eventuell an den von den Interviewpartner*innen ausgewählten Orten liegen, aber auch an der Auswahl der Interviewpartner*innen selbst. In Wien fanden alle bis auf ein Interview in den Büros der Befragten statt, während in Madrid ausschließlich die zwei Expert*inneninterviews an der Universität stattfanden und alle anderen in einer Bar in der Stadt, oder in den Sozialzentren, also im Feld selbst.

Interview	Person	Ort	Datum	Dauer
Interview 1	Expert*in (Arbeiterkammer Wien, Abteilung für Kommunalpolitik	Arbeiterkammer Wien	2. Juli 2019	00:42:04
Interview 2	Expert, Stadtforscher und Aktivist (TU Wien)	Campus Alte WU, Wien	4. Juli 2019	00:36:23
Interview 3	Aktivist (Recht auf Stadt Netzwerk, Zwangsräumungen verhindern, GANG)	Wohnpartner, Sandleiten, Ottakring, Wien	5. Juli 2019	01:10:08
Interview 4	Expert*in (FAWOS)	FAWOS, Volkshilfe Wien	8. Juli 2019	00:26:59
Interview 5	Aktivist*innen (Amerlinghaus)	Amerlinghaus, Wien	9. Juli 2019	00:55:38
Interview 6	Experte (Gebietsbetreuung Ottakring)	Gebietsbetreuung Ottakring, Wien	10. Juli 2019	00:56:17

intuitively sensible for researchers to ask interviewees to talk about the places that they are interested in while they are in that place” (Evans/Jones, 2011: 850).

Das Interview dauerte rund drei Stunden; nach und nach konnte mehr Vertrauen aufgebaut werden, und es endete in einer sehr offenen Gesprächssituation. „When inside respondents usually attempted to be helpful and give the ‘right’ kind of answers, whereas outside in the gardens, more informal and interesting interactions took place” (Evans/Jones, 2011: 854)

Interview 7	Expert*in und Aktivist*in (Caritas Wien)	Caritas 10. Bezirk, Wien	11. Juli 2019	00:31:16
Interview 8	Künstler*in (SOHO Ottakring)	Wirr, Yppenplatz, Ottakring, Wien	12. Juli 2019	01:06:04
Interview 9	Aktivist*in (Mo.ö, IG Kultur Wien)	Kitchen, Wien	23. August 2019	01:16:57
Interview 10	Expert*in und Aktivist*in (Dérive, Verein für Stadtforschung)	Dérive Büro, Wien	2. September 2019	00:49:36
Interview 11	Aktivist (SOS Malasaña)	Plaza de la Luna, Malasaña, Madrid	1. Oktober 2019	01:21:45
Interview 12	Experte (Universidad Complutense de Madrid)	Campus Somosaguas, Universidad Complutense de Madrid	7. Oktober 2019	00:28:32
Interview 13	Experte (Universidad Complutense de Madrid)	Campus Somosaguas, Universidad Complutense de Madrid	16. Oktober 2019	00:45:00
Interview 14	Experten (Provienda Madrid)	Büro Provienda, Madrid	18. Oktober 2019	01:32:24
Interview 15	Aktivist (La Tabacalera Madrid)	Bibliothek, La Tabacalera, Lavapiés, Madrid	26. Oktober 2019	01:38:28
Interview 16	Aktivist (Squatters´ Movement Europe)	Malasaña, Madrid	28. Oktober 2019	00:40:30
Interview 17	Aktivisten (La Ingobernable)	La Ingobernable, Madrid	6. November 2019	ca. 3 Stunden
Interview 18	Aktivist (Lavapiés, ¿dónde vas?)	Librería Casquería, Mercado San Fernando, Lavapiés, Madrid	11. November 2019	01:11:36

*Tabelle 1 Übersicht Interviewpartner*innen Wien und Madrid (eigene Darstellung)*

3.3 Datenanalyse

Auch wenn mehrere Methoden für die Untersuchung der ausgewählten Fälle Ottakring und Lavapiés angewandt wurden, und damit eine Methodentriangulation stattfand, wurde das gesammelte Datenmaterial unterschiedlich ausgearbeitet und analysiert. Um die zwei ausgewählten Fälle Wiens und Madrids einander gegenüberzustellen und anschließend zu vergleichen, wurde das gesammelte Datenmaterial folgendermaßen analysiert:

Die Beobachtungsprotokolle der Stadtspaziergänge, Versammlungen und Demonstrationen wurden nicht im Detail ausgewertet, da die Methode der teilnehmenden Beobachtung vielmehr der ersten Orientierung in den Stadtteilen, also dem Zugang zum Feld sowie dem Zugang zu Interviewpartner*innen diene. Die Datenauswertung der qualitativen Interviews hingegen erfolgte mittels qualitativer Inhaltsanalyse, indem Themen (Thematische Analyse) zuerst für den Fall Wien und anschließend für Madrid herausgearbeitet wurden.

Nach der Auswertung der empirischen Daten in Wien, die zwischen Mai und September 2019 gesammelt wurden, wurde eine erste Gliederung erstellt sowie die Forschungsfrage überarbeitet. Folgende Themenbereiche erschlossen sich: Die Rolle von Künstler*innen in Gentrifizierungsprozessen, die Nutzung von leerstehenden Räumen, Hausbesetzungen, Gentrifizierungsprozesse im Brunnenviertel, dessen Imagewandel sowie damit einhergehende Verdrängung, vor allem die Verdrängung vom Wohnungsmarkt und öffentlichem Raum.

Nach der Auswertung der Daten in Madrid, die zwischen September und November 2019 generiert wurden, wurde die Gliederung der These sowie die Forschungsfrage nochmals überarbeitet. Themenbereiche waren hier die Umstrukturierungsmaßnahmen der Stadtpolitik in Lavapiés, die zur Verdrängung der Bewohner*innen führt; Fokus lag hier besonders auf der Verdrängung am Wohnungsmarkt, sowie der Nutzung kommerzieller Strukturen. Ein großes Thema war die Touristifizierung des Stadtteils, insbesondere die hohe Anzahl an Airbnbs und die damit produzierte Verdrängung vom Wohnraum. Widerstand gegen Touristifizierung war deshalb ein sehr präsender Punkt, sowie auch die Besetzung von Sozialzentren im Stadtzentrum Madrids.

Die Auswertung beider Fälle erfolgte induktiv, das heißt, dass aus dem Material selbst Themen herausgearbeitet wurden (vgl. Deutschmann, 2014: 101). Um das Material zu reduzieren (vgl. ebd.: 102), wurden aus den transkribierten Interviews zuerst Kategorien gebildet und dann anschließend den übergeordneten Themenbereichen zugeordnet. Um die herausgearbeiteten

Themen inhaltlich zu strukturieren, wurden diese mit Hilfe eines Mind-Maps untereinander verbunden. Die thematische Analyse diente dazu das gesammelte Material zu ordnen, zu strukturieren und anschließend zu interpretieren (vgl. Deutschmann, 2014: 97; 100). Die sich herausgebildeten Themen der einzeln betrachteten Fälle wurden anschließend miteinander verglichen, wodurch eine finale Forschungsfrage formuliert werden konnte.

Insgesamt bestimmten die empirischen Daten den Forschungsprozess. Erst nachdem diese ausgearbeitet wurden, konnten eine finale Gliederung und die Auswahl konkreter Fallbeispiele stattfinden. Dadurch war der Forschungsprozess stets flexibel gestaltet, mit dem Ziel möglichst offen ins Feld zu gehen, die Aktivist*innen so am Aufbau und Inhalt der Arbeit teilhaben zu lassen, und damit ungleiche Machtverhältnisse zwischen Forschenden und 'Beforschten' möglichst gering zu halten.

Dabei wurde bereits vor den Interviews auf die Anonymisierung der Daten verwiesen. Da Aktivist*innen eine klare politische Haltung tragen und um sie nicht zu gefährden, wurden die Daten anonymisiert. Die Daten müssen stets vertraulich behandelt werden, vor allem im Falle einer Publikation muss jegliche Gefahr für Aktivist*innen ausgeschlossen werden. (vgl. Della Porta, 2014: 454f.)

3.4 Ethische Fragen im Forschungsprozess

„Reflexivity is an iterative and permanent process, and a dialogical one, transforming the researcher into the object of his own scrutiny, and potentially able to situate the researcher in a horizontal relationship with the research object” (Della Porta, 2014: 448)

Della Porta (2014: 447) schreibt, dass sich die Beschäftigung mit ethischen Fragen der Forschung über soziale Bewegungen damit beginnt, dass es keine apolitische und/oder neutrale Forschung gibt. „It implies interrogating our role as researchers, by addressing the divide between research, action, and policy making, as well as the differences between the organizational cultures of academia and activism, respectively” (Della Porta, 2014: 447).

3.4.1. Wer profitiert von den Daten?

Forscher*innen sollten sich innerhalb der Bewegungsforschung Fragen stellen, wie: Wem dient die Forschung? Wer profitiert von welchen Daten? (vgl. Della Porta, 2014: 447) Außerdem müssen Machtstrukturen reflektiert werden; besonders jene, die zwischen den Forscher*innen

und den ´beforschten´ Aktivist*innen herrschen: Forscher*innen haben die Macht Wissen zu produzieren und zu dissimilieren (vgl. Della Porta, 2014: 448). „Collaboration between the two often ends as soon as researchers have sufficient material to meet their needs. [...] The researcher may then assume a position from which they end up speaking ´on behalf of´ the movement, and are recognized as an authority in the field, while those who actually create counter expertise and engage in the action remain out of the spotlight” (ebd.). Daher ist es nicht unwahrscheinlich, dass Aktivist*innen den Eindruck haben, dass Forscher*innen in Bezug auf ihre wissenschaftliche Karriere von ihren aktivistischen Tätigkeiten profitieren, während Aktivist*innen selbst von der Forschung nicht profitieren (vgl. Della Porta, 2014: 456). Diese Annahme bestätigte sich vor allem in Wien, wo ich oftmals das Gefühl hatte, dass die Vertrauensbasis fehlt. Zwei der interviewten Aktivist*innen fragten mich beispielsweise, inwiefern sie denn von meiner Forschung profitieren würden.

In Madrid hingegen, war bei allen Interviewpartner*innen ein sehr großes Vertrauen gegeben, was sich in angenehmeren, lockereren und offeneren Gesprächen äußerte. Meine Rolle als Forscherin wurde nie hinterfragt und von allen akzeptiert. Die in Madrid geführten Interviews wurden weniger systematisch geführt und ein Austausch von Wissen (Madrid und Wien) zwischen Interviewten und Forschender konnte stattfinden. Um einen gleicheren Austausch zwischen Aktivist*innen und Forscher*innen zu schaffen, ist es notwendig, Vertrauen und gegenseitigen Respekt aufzubauen. Auch ein Interview sollte vielmehr ein Gespräch bzw. ein gleicher Austausch und gegenseitiger Lernprozess sein. Bewegungsforschung sollte nicht „über“ Aktivist*innen sein, sondern vielmehr „mit“ ihnen. (vgl. Della Porta, 2014: 458-460) Dies gelang letztlich nur in Madrid. In Wien hingegen, habe ich die Forscher*innenrolle eingenommen, teilweise auch ungewollt durch Zuschreibungen der Interviewpartner*innen sowie mangelndes Vertrauen und Bereitschaft ihrerseits. Dadurch gelang es in Wien auch nicht mit den Aktivist*innen zusammen zu forschen.

3.4.2. Zwischen Forschung und Aktivismus – Eine kritische Reflexion

Im Zuge des ganzen Forschungsprozesses hatte ich in Wien immer wieder damit zu kämpfen, selbst nicht Aktivistin zu sein; dies erschwerte mir einerseits den Zugang zum Feld und vermittelte mir in manchen Gesprächssituationen das Gefühl, von meinem Gegenüber nicht akzeptiert zu werden, beziehungsweise dass diese meiner Rolle und Forschung selbst skeptisch gegenüberstanden. Andererseits war es mir dadurch möglich eine gewisse Distanz zum Thema zu bewahren. In Madrid fand der Austausch stets auf Augenhöhe und ohne jegliche Skepsis

statt, was es mir auch ermöglichte an aktivistischen Tätigkeiten, wie Versammlungen und Aktivitäten in „La Ingoberable“ und „La Tabacalera“ teilzunehmen. Die Aktivist*innen bemüht mich in ihre Kollektive sowie bei Veranstaltungen und den geplanten Aktivitäten zu integrieren. Zusätzlich war es einfach, an den Asambleas teilzunehmen, da diese in öffentlichen Räumen stattfanden und damit für alle frei zugänglich waren, und davor auf Facebook oder anhand von Flyern und Plakaten im Viertel angekündigt wurden.

Besonders im Fall der „La Ingobernable“, die zum Zeitpunkt der Feldforschung von der Räumung bedroht war, habe ich mich selbst als Aktivistin wahrgenommen und meine Forscher*innenrolle außer Acht gelassen. Mit den Besuchen sah ich mich als Teil des Kampfes um den Verbleib in den Räumlichkeiten. Damit war mir auch bewusst, dass ich selbst jederzeit Teil der Räumung und des Polizeieinsatzes werden kann, und mich möglicherweise auch in Schwierigkeiten bringen könnte. Mit der aktiven Teilnahme am Widerstand wurde mir noch stärker bewusst, welche Arbeit diese Zentren für die Bewohnerschaft einer Stadt leisten und welche Bedeutung diese für die Nachbarschaft haben; und wie relevant es ist, sich für deren Erhalt einzusetzen. Die Räumung, die am Tag meiner Abreise stattfand, bedauerte ich zutiefst, da „La Ingobernable“ und das Kollektiv in den zwei Monaten zu meinem zweiten Wohnzimmer wurden. Gerne wäre ich bei der Demonstration gegen die Räumung, die wenige Stunden nach dem Polizeieinsatz im Stadtzentrum Madrids stattfand, dabei gewesen. Mir wurde bewusst, dass es (insbesondere in Wien) mehr von diesen Räumlichkeiten und Orten des politischen Austausches, wo tatsächlich noch Solidarität herrscht und alle willkommen und akzeptiert sind, braucht.

Während mir anfangs meine Doppelrolle zu schaffen machte und ich oft nicht wusste, ob ich eigentlich Aktivistin, Forscherin, oder beides, bin, kam ich im Laufe des Forschungsprozesses zur Einsicht, dass ich in meiner These eine klare Position vertrete, nämlich kritische Gentrifizierungsforschung betreibe, und somit als Forscherin und mit meiner Forschung selbst eigentlich auch Widerstand gegen Gentrifizierung leiste.

3.4.3. Motor von Gentrifizierungsprozessen? – Eine Zwickmühle

Während ich mich einerseits sowohl als Forscherin als auch als Teilnehmende (besonders in den Veranstaltungen der Kultur- und Sozialzentren in Madrid) als Teil der Widerstandsbewegung wahrnahm, befand ich mich dennoch oftmals in einer Zwickmühle. Einerseits betrachte ich Gentrifizierung in der Arbeit kritisch, und andererseits habe ich

teilweise während meiner Forschung, bei den Interviews oder in meiner Freizeit selbst am Yppenplatz und in Lavapiés Kaffee, Abendessen oder ein Feierabendbier konsumiert. An diesen Orten fand ich mich schließlich als Konsumentin zunehmend unwohler und habe mich oft selbst als Teil der Gentrifizierung betrachte. Beziehungsweise als Teil jener Personen, die sich den Konsum an solchen Plätzen und Orten leisten kann, und somit von Gentrifizierungsprozessen profitiert.

4. Gentrifizierungsprozesse in Wien und Madrid

Im Kapitel werden Gentrifizierungsprozesse in Wien und Madrid anhand der Beispiele Ottakring und Lavapiés beschrieben. Die ausgewählten Stadtteile zeigen, dass Gentrifizierungsprozesse aufgrund ähnlicher historischer Kontexte und Bevölkerungsstruktur in Städten gleich, beziehungsweise sehr ähnlich verlaufen. Das Kapitel bietet einen Überblick über die Geschichte der beiden Stadtteile, deren Bevölkerungsstruktur sowie einen Einblick in die Wohnungssituation der Bewohner*innen. Beide Stadtquartiere sind in den letzten Jahrzehnten von den Umstrukturierungsmaßnahmen und Aufwertungspolitiken Wiens und Madrids betroffen. Sie erleben einen Wandel von ehemaligen Arbeiter*innenbezirken zu „hippen“ Vierteln. Der Yppenplatz (Kapitel 4.1.4.) und der Mercado San Fernando (Kapitel 4.2.4.) illustrieren diesen Wandel, da Gentrifizierungsprozesse und damit einhergehende Exklusion hier besonders deutlich werden. Im Kapitel wird beschrieben, wie und wann es zu den Aufwertungspolitiken kam, wie sich diese äußern und welche Folgen damit verbunden sind.

4.1 Beispiel Ottakring

Der 16. Wiener Gemeindebezirk befindet sich im Westen Wiens und erstreckt sich vom Gürtel bis zum Wienerwald (vgl. Smetana, 2010: 1275). Der außerhalb des Gürtels liegende Bezirk war einst Vorstadt Wiens und ein traditioneller Arbeiter*innen- und Industriebezirk. 1890 wurde Neulerchenfeld mit Ottakring zum 16. Bezirk zusammengelegt. (vgl. Maderthaner/Musner, 2000: 66).

Hinsichtlich der Bevölkerung wächst der Bezirk stetig: während bei der letzten Volkszählung 2001, 86.129 Personen (vgl. Statistik Austria, 2001) im Bezirk lebten, leben 2015 hier bereits 100 738 (vgl. Stadt Wien, 2015: 60). Im Jahr 1900 war Ottakring der bevölkerungsreichste Bezirk Wiens und damals schon Zentrum der Arbeiter*innenbewegung. Besonders im Brunnenviertel, wo rund 7 000 der Einwohner*innen leben, ist der Anteil an Zuwander*innen in den letzten Jahren angestiegen; hier lebten 2010, 41% mit Migrationshintergrund (vgl. Smetana, 2010: 1277).

4.1.1. Historischer Abriss – Zur Geschichte Ottakrings

„Zum einen schreibt sich in die Vorstadt eine harte, Fakten und Strukturen schaffende Signaturen von Fabriken und Industrialisierung des Alltags [...] ein, die gleichermaßen Quelle politischer Bewegungen (sozialdemokratischer Arbeiterbewegung) wie eines unermesslichen [sic!] Alltagselend wird“ (Maderthaler/Musner, 2000: 51). Vorstädte waren durch Industrialisierung und Fabriken gekennzeichnet und bekannt als Orte und Zentren der Arbeiter*innenschaft (ebd). Generell wurden die Vorstädte des 19. Jahrhunderts durch „soziale Durchmischung“ und „kulturelle Heterogenität“ charakterisiert, als das 'andere Wien' „der Armen, Deklassierten der Proletarier, der Tagelöhner (...)“ (Maderthaler/Musner, 2000: 70)

Im 19. Jahrhundert führte die Industrialisierung zur Veränderung des Stadtbildes sowie der sozialräumlichen Struktur der Stadt. Landwirtschaftliche Flächen mussten für Fabriken weichen, Dörfer wurden somit zu Fabrikstandorten. (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 58) Ottakring wurde also im 19. Jahrhundert „mit seinen kleingewerblichen Zentren, Weinbau- und Agrarsiedlungen zu einem Industriestandort und Proletarierbezirk“ (Maderthaler/Musner, 2000: 58).

Der Industrialisierungsboom vergrößerte den Wachstums- und Verdichtungsprozess der Vorstädte. (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 54-56) Von 1830 bis 1850 kam es in den Vororten Wiens zu einer Bevölkerungszunahme von 40%, während der Wohnungsbestand jedoch nur um 10% stieg. (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 52) Viele Arbeiter*innen siedelten sich in den Vorstädten Wiens an. Mitte des 19. Jahrhunderts kam es auch zu Zuzügen seitens der ausländischen Bevölkerung. (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 51-66). Während die Bevölkerung im Quartier stark wuchs, blieb wenig Platz für Wohnraum. Wenn Wohnraum da war, war dieser meist von sehr hohen Mieten und schlechten Wohnverhältnissen geprägt. Aufgrund der schlechten Wohn-, Lebens-, sowie Arbeitsverhältnisse kam es damals bereits zu Protesten seitens der Arbeiter*innen. (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 51-67)

Außerdem wurde 1859 die 2. Wiener Bauordnung ins Leben gerufen, die mit der Rasterplanung der Stadt einherging (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 57). Geradlinige Straßen sollen das einheitlich angestrebte Stadtbild prägen: „Block um Block dieselbe Gestaltung“ (Maderthaler/Musner, 2000: 57). Daraus folgten hohe Spekulationen privater Baufirmen, die den Bau vieler neuer Wohnhäuser in Gang setzten. „Spekulative Bautätigkeit und

Zuwanderung verdichteten die Vorstädte zu Zonen extremer sozialer und baulich-räumlicher Enge (...)“ (Maderthaler/Musner, 2000: 65)

Während des ganzen 19. Jahrhunderts ist also die Einwohnerzahl der Stadt, insbesondere in den Außenbezirken erheblich angestiegen. Der starke Bevölkerungszuwachs ist vor allem auf den Arbeitsstandort der Arbeiter*innen, die Ringstraßenverbauung die mit der Verdrängung der “Unterschicht” (ebd.: 66) abseits des Gürtels einherging, sowie auf den Zuzug der ausländischen Bevölkerung zurück zu führen. (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 66) Luxuswohnungen prägten die innere Stadt, während in den Außenbezirken Arbeiter*innenwohnquartiere zu finden waren. Innerhalb des Gürtels sowie in der Innenstadt selbst war die Mittel und Oberschicht angesiedelt. „Bis zur Jahrhundertwende war ein stabiler Ring von dicht bebauten Arbeitervorstädten um die Innengürtelbezirke und die Innenstadt gezogen“ (Maderthaler/Musner, 2000: 54). Die sozial-räumliche Segregation der Stadt war also bereits im 19. Jahrhundert stark spürbar und sichtbar (vgl. Maderthaler/Musner, 2000: 87).

Die große Anzahl von Industriestandorten und Betrieben hielt bis zum Zweiten Weltkrieg. Danach wurden die Fabriken aus den Wohngebieten ausgegliedert. Die letzten bestehenden Betriebe, die heute noch existieren, sind die Ottakringer Brauerei, die Rösterei der Firma Julius Meinl sowie die Marmeladenfabrik „Staud´s“. (vgl. Der Standard, 2010) “Früher gab es hier viele Traditionsbetriebe [Verweis auf Yppenplatz], der Staud´s da unten ist hier einer der wenigen, der übrig geblieben ist. Hier wo wir sitzen [Wirr am Yppenplatz] war ein Sauerkrautgeschäft, in meinem Haus [am Yppenplatz] gab es auch ein Sauerkrautgeschäft. Da hinten, wo jetzt das Wetter, ein Restaurant, ist, war eine kleine Wäscherei.” (Interview 8, Juli 2019, Wien)



Abbildung 1 Staud's Marmeladenfabrik am Yppenplatz, August 2019

Was die Wohnungssituation im Bezirk betrifft, war der Anteil an Kleinstwohnungen bis zum Ersten Weltkrieg in den Außenbezirken bei 85%, während 4/5 der Bevölkerung der Vorstadt in der „ärmlichsten Wohnungskategorie“ wohnte. 1900 hatten nur 4% der Ottakringer*innen einen Raum für sich. Die hohen Mietpreise führten zu Überbelag und Bettgehortum. (vgl. Maderthaner/Musner, 2000: 67) 1971 gab es in Ottakring immer noch 75% Substandardwohnungen. Die meisten Leute wären in dieser Zeit weggezogen. (vgl. Interview 6, Juli 2019, Wien)

4.1.2. Bevölkerungsstruktur und Wohnverhältnisse im heutigen Ottakring

„Ottakring hat [heute] den fünfthöchsten Anteil an Migranten in Wiener Bezirken, der Brunnenmarkt wurde in den vergangenen Jahren zum Schlagwort für multikulturelles Miteinander, zum Vorzeigegrätzl für Integration“. (Der Standard, 2010)

Besonders im Brunnenviertel, wo rund 7 000 der Einwohner*innen leben ist der Anteil an Zuwander*innen in den letzten Jahren angestiegen. (siehe Kapitel 4.1.3.) Hier lebten 2010, 41% mit Migrationshintergrund. (vgl. Smetana, 2010: 1277) „Der Zuzug aus dem Ausland kennzeichnet das Bevölkerungsprofil von Ottakring“ (Stadt Wien, 2016: 67). Bei der letzten Zählung 2015, betrug der Anteil der nicht in Österreich geborenen Personen 39,4 %, während 44% der Bewohner*innen Migrationshintergrund haben, 63% davon aus Nicht-EU-Staaten

(vgl. Stadt Wien, 2015: 66), was deutlich über dem Wiendurchschnitt liegt (vgl. Stadt Wien, 2016: 67). 2001 waren die häufigsten nicht-österreichischen Staatsbürgerschaften jene aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien, Türkei sowie Bosnien-Herzegowina (vgl. Statistik Austria 2001).

Die Wohnbevölkerung Ottakrings ist relativ jung und die meisten Bewohner*innen sind zwischen 20 und 59 Jahre (vgl. Stadt Wien, 2015: 70). 2016 betrug das Durchschnittsalter 39,8 Jahre und damit jünger als die Durchschnittswiener*innen (vgl. Stadt Wien, 2016: 67). 2011 besitzt rund die Hälfte als höchst abgeschlossene Ausbildung einen Pflichtschulabschluss oder eine Lehre, und die andere Hälfte einen BMS, AHS, BHS oder Hochschul- bzw. Kollegabschluss (22,3%) (vgl. Stadt Wien, 2016: 67). 2013 sind 45, 2% der Bewohner*innen erwerbstätig, 18,8 % noch in Ausbildung, 19,3 % Pensionsbezieher*innen und 6,5% arbeitslos (vgl. Stadt Wien, 2016: 67).

Über die Hälfte des Bezirks sind Bauflächen, während davon 86% dem Wohnbau dienen. 6% aller Wiener*innen leben in Ottakring, und damit ist er der 5. Größte bevölkerte Bezirk der Stadt. Im Jahr 2016 gab es 50 792 bewohnte Wohnungen, die im Schnitt 62 Quadratmeter groß sind und somit nach Brigittenau und Rudolfsheim-Fünfhaus die kleinsten. Die durchschnittliche Nutzfläche je Wohnung in Wien ist hingegen mit 72 Quadratmetern deutlich mehr.

Die durchschnittliche Nutzfläche je Bewohner*in beträgt 31 Quadratmeter und liegt damit ebenso unter dem Wiener Durchschnitt von 35% (vgl. Stadt Wien, 2016: 69). Im Schnitt leben 2 Personen darin, und 47% der Wohnungen werden nur von einer Person bewohnt. Betreffend der Bauperiode der Gebäude, wurden 32,4 % vor 1919 gebaut und 27,1 % zwischen 1961-1990, während ausschließlich 12,1 % nach 1991 gebaut wurden (vgl. Stadt Wien, 2016: 67).

Bei der Gebäudezählung der Statistik Austria im Jahr 2011, waren in Ottakring 46 796 Wohnungen aus der Kategorie A und B⁶, 1 080 der Kategorie B und 9 463 der Kategorie D

⁶ Diese Kategorien beschreiben die Ausstattungskategorien der Wohnungen und richten sich nach dem Ausstattungszustand der Wohnung zum Zeitpunkt der Großzählung.

A: Zentralheizung oder gleichwertige Heizung, Bad/Dusche, WC in der Wohnung

B: Bad/Dusche, WC in der Wohnung

C: WC und Wasserentnahme in der Wohnung

D: keine Wasserentnahmestelle oder kein WC in der Wohnung (vgl. Stadt Wien, 2019b)

und damit auch der Bezirk in Wien mit der größten Anzahl an Kategorie D Wohnungen (vgl. Stadt Wien, 2019a).

4.1.3. Über den Wandel des Wiener Brunnenviertels

Das Wiener Brunnenviertel liegt im 16. Wiener Gemeindebezirk und ist gekennzeichnet durch seine dichte gründerzeitliche Bebauung (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 130). Heute ist besonders der Wiener Brunnenmarkt der wohl bekannteste Treffpunkt im Wiener Brunnenviertel. Der 600 Meter lange Markt wird auch „Orient ums Eck“ genannt. Er ist mit rund 160 Ständen der längste Straßendetailmarkt Europas. (vgl. Stadt Wien, 2016: 66) „Der Brunnenmarkt ist mit seinem bunten Ambiente ein interkulturelles Stadtgrätzl, wo Menschen unterschiedlicher Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit zusammentreffen“ (Stadt Wien, 2016: 66).

Durch die Abwanderungswelle österreichischer und dem Zuzug nicht-österreichischer Staatsbürger*innen erfuhr das Brunnenviertel besonders zwischen 1991 und 2001 einen bedeutenden soziodemographischen Wandel. (vgl. Dlabaja, 2013: 81)

Da hat ein echter Publikumstausch statt gefunden. Die Wiener sind weggezogen [...] Es sind alles Leute aus der Gründerzeit, die gesagt haben, endlich weg aus dieser engen, aus diesen Substandard. [...] und zurückgeblieben sind die Menschen, die sich das nicht leisten konnten: alleinerziehende Mütter, Menschen mit Migrationshintergrund. [...] Wir haben nach wie vor so Substandardhäuser, aber bei weitem nicht mehr so viel. [...] Dort, wo die Wohnungen sehr teuer sind, ist vorher ein Kaufhaus gestanden. Wo am Yppenplatz jetzt oben Journalisten wohnen und unten Substandardwohnungen sind, find ich toll. So eine Durchmischung finde ich großartig“ (Interview 6, Juli, 2019, Wien).

Zwischen 2001 und 2011 kam es dann wieder zu einem massiven Bevölkerungszuwachs im Quartier. (vgl. Dlabaja, 2013: 81) Besonders im Brunnenviertel, wo rund 7 000 der Einwohner*innen leben, ist der Anteil an Zuwander*innen in den letzten Jahren angestiegen; hier lebten 2010, 41% mit Migrationshintergrund (vgl. Smetana, 2010: 1277).

Das Wiener Brunnenviertel, insbesondere die Zone rund um den Brunnenmarkt und Yppenplatz waren Teil der Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse der Stadt und sind besonders von Gentrifizierung betroffen. Das Brunnenviertel und besonders der Brunnenmarkt sind seit den 1990er Jahren in die Aufwertungsprozesse der Stadt verwickelt. Akteur*innen der Umgestaltungsprozesse sind vielfältig, dennoch spielen vor allem die Gebietsbetreuung, die Stadtverwaltung, Bürger*inneninitiativen, die mediale Sphäre, private Investor*innen sowie Immobilienfirmen eine tragende Rolle. (vgl. Dlabaja, 2013: 89-106)

Bereits in den 1990er Jahren erfuhr das Gebiet rund um den Gürtel Aufwertungen im Rahmen von Sanierungsarbeiten. „In Folge fanden Prozesse des Wandels statt“ (Hammer/Wittrich, 2019: 130). Das Gebiet wurde zwischen 1994 und 2006 schließlich auch Teil des EU-Förderprogramms „Urban und Urban +“. Auch die Gebietsbetreuung Ottakring begann in Kooperation mit dem Bezirk mit dem Aufwertungsprozess des Brunnenviertels. Die Gebietsbetreuung Ottakring betont, dass der Brunnenmarkt im Jahr 2000 aufgrund des Bevölkerungsabganges fast am Zusperrern war. „Dann war unsere Idee: wir machen ein ganzheitliches Aufwertungskonzept und in diesem war natürlich sowohl die Umgestaltung des Yppenplatzes als auch die Brunnengasse drinnen“. (Interview 6, Juli 2019, Wien)

Zusätzlich nahm das Magistrat MA 19 (Architektur und Stadtgestaltung) das Brunnenviertel in ihr 50-Orte-Programm auf. Daraufhin wurde 2002 schließlich ein Bürger*innenbeteiligungsprozess eingeleitet, um ein Strategiepapier zu erstellen. Mit teilgenommen haben Bewohner*innen des Viertels, Betreiber*innen der Marktstände sowie Gewerbebetreibende. Ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept, das „10- Punkte Programm“ wurde gemeinsam mit der Bezirkspolitik, den Fachdienststellen der Stadt Wien und der Gebietsbetreuung erarbeitet. Dieses wurde schließlich zwischen 2005 und 2010 umgesetzt. (vgl. Smetana, 2010: 1277-1279) „Eine Strategie ist, dass wir versuchen auch das Image der Stadt, dieses Viertels zu verbessern. Das heißt, dass die Bewohner stolz auf ihr Viertel sind [...], dass sie sagen, das ist ein tolles Gebiet. Das war ein ganz wichtiges Programm von uns, das Image zu ändern, denn das Image war ganz schlecht. Und jeder wollte eine Veränderung, jeder.“ (Interview 6, Juli 2019, Wien)

Damit einher gingen beispielsweise die Neugestaltung der Fußgängerzone Brunnengasse, Anschluss zu Strom und Wasser für Marktstände, die Neugestaltung der Marktstände, sowie die Errichtung der sogenannten „Piazzetta“, ein temporär nutzbarer Freiraum, beziehungsweise Platz, sowie zahlreiche Lokaleröffnungen rund um die „Piazza“. (vgl. Smetana, 2010: 1277-1279) „Neue Marktstände, Neubauten, attraktiv sanierte Gründerzeithäuser, eine vielseitige Lokalszene, verkehrsberuhigende Maßnahmen, neu gestaltete Freiräume und ein besserer Nutzungsmix prägen das neue Bild des Viertels“ (Smetana, 2010: 1275). „Im Kontext von Sanierungs- und Aufwertungsoffensiven bekamen die Gegend rund um den Brunnenmarkt und auch der dort befindliche öffentliche Raum eine neue Gestalt. Hier konzentrieren sich neue Konsuminfrastrukturen, die den Wandel des Viertels widerspiegeln“ (Hammer/Wittrich, 2019: 130).

„Soziale Durchmischung“ im Quartier.

„Durch den sanften Aufwertungsprozess [...] blieb die immer wieder prognostizierte Absiedelung von einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen geringfügig, vielmehr ist ein stärker sozial durchmischter Stadtteil in Entstehung begriffen“ (Smetana, 2010: 1275). Bei den Umgestaltungsprozessen des Brunnenviertels, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, wurde laut der Gebietsbetreuung (vgl. Interview 6, Juli 2019, Wien) besonders auf eine „soziale Durchmischung“ geachtet. „Das heißt, dass Menschen hierherziehen, die das Viertel insofern aufwerten, dass sie sagen, wir können mit diesen anderen Menschen, aus den unterschiedlichsten wunderbar zusammenleben. Genau das war der Wunsch, dass hier soziale Durchmischung stattfindet“ (Interview 6, Juli 2019, Wien). Das Argument der Gebietsbetreuung im Bezirk bestätigt die Annahme Holms (2010: 54f.), dass Gentrifizierung durch den Diskurs der „sozialen Mischung“ verharmlost wird.

Die „soziale Durchmischung“ im Wiener Brunnenviertel wurde auch von den Interviewpartner*innen in Wien als Positivbeispiel hergenommen, indem argumentiert wurde, dass Gentrifizierungsprozesse im Quartier noch nicht so vorangetrieben wären. Sechs von zehn Interviewpartner*innen waren sich einig, dass Gentrifizierungsprozesse in Wien vor allem im 7. und im 2. Bezirk sichtbar und eindeutig sind, die Lage im 16. Bezirk jedoch anders ist. Einerseits seien Gentrifizierungsprozesse besonders um den Yppenplatz und das Brunnenviertel sichtbar, nicht jedoch im gesamten Bezirk. „Gerade im 16. Bezirk lassen sich unterschiedliche Diagnosen feststellen [...]. Also zum Teil merkt man da sicher eine Aufwertung der baulichen Substanz, auch der Ausbau der Dachgeschoße, auch eine andere Form der Geschäftsstruktur, Gastronomie gerade am Yppenplatz. Gleichzeitig kann man aber nicht sagen, dass sich das flächendeckend durch den ganzen Bezirk durchgezogen hat, und dass die Rolle so als migrantischer Bezirk, gerade von besonders einkommensstarken Haushalten immer noch eine total wichtige ist, so als ankommender, integrierender Bezirk“ (Interview 7, Juli 2019, Wien). Die „soziale Durchmischung“ spielte in den Argumentationen eine wichtige Rolle.

Ein Interviewpartner (Interview 3, Juli 2019, Wien) erwähnt beispielsweise, dass der Yppenplatz besonders durch die Brunnenpassage ein positives Beispiel „sozialer Mischung“ sei, es sei ein Platz wo viele Leute zusammenkommen, wo viele Leute von überall her etwas zusammen machen, „da passiert ganz viel gute Community Arbeit“ (ebd.).

“Yppenplatz... Das ist auch was wir daran schätzen, dass da viele zusammenkommen. Wenn man im positiven Sinne von sozialer Mischung spricht, glaub ich, dass das schon als sehr positiv gesehen wird. Gerade auch die Brunnenpassage, die in den letzten Jahren sehr viel gemacht hat und wirklich Leute verbunden bei den verschiedenen Projekten, und dass Leute von überall her was zu zusammen machen” (Interview 3, Juli 2019, Wien).

“(...) wobei ich gerade im 16. auf einem Konzert war von Erap und ein paar anderen am Yppenplatz und mir schon gedacht hab’, die Situation ist schon eine andere. Du hast einen Brunnenmarkt, und hast die österreichisch, türkische Community dort [...] und das ist ein Platz der sich immer noch teilt. Wenn du dich da [Verweis Spittelberg] umschaust, da fahren die Porsche in die Tiefgarage, und alle sind Weiß” (Interview 5, Juli 2019, Wien).

Ein im Viertel aktiver Aktivist verweist hier jedoch auch auf die Konsequenzen und argumentiert, dass vorangetriebenen Pläne zur Stadterneuerung, die Sanierung des Gürtels sowie des Yppenplatzes und der ganzen Gegend, Aufwertung vorangetrieben hat: “Aufwertung, Gebäudestrukturen, dass sie wieder fit sind, dass man da gut wohnen kann, auch positiv, wenn das Klo nicht auf dem Gang ist. Aber dadurch natürlich auch steigende Mieten, und Attraktivierung der ganzen Gegenden, Restaurants...und dann gibt’s keinen Platz mehr für die Wohnung” (Interview 3, Juli 2019, Wien).

“Da geht schon vieles in die richtige Richtung, aber es muss eben immer wieder erkämpft werden. [...] Da ist wieder das Problem...okay, da passiert viel Cooles, viele Leute machen was Cooles, aber wer schöpft dann den Profit von den ganzen menschlichen, unbezahlten Leistungen des wir versuchen eine gute Gemeinschaft hier zu schaffen” (Interview 3, Juli 2019, Wien)

4.1.4. Der Yppenplatz als Teil der Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse des Brunnenviertels

Neben dem Brunnenmarkt ist der angrenzende Yppenplatz seit 2009 Teil des Wiener Brunnenviertels (vgl. Dlabaja, 2013: 82). Der Yppenplatz ist ein „wichtiger Treffpunkt im Quartier“ (Hammer/Wittrich, 2019: 129). Damit gemeint ist meist der Yppenmarkt, der sich zwischen der Brunnengasse und der Payergasse (mit der sogenannten „Piazza“) befindet. Dazu gehört auch der dahinter liegende Yppenplatz mit Frei- und Spielflächen. (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 129)

Da der Yppenplatz zum Brunnenmarkt dazu gehört, war und ist dieser besonders von den Aufwertungsprozessen der Stadt betroffen: Das Ziel der Umgestaltung war laut einem Mitarbeiter der Gebietsbetreuung folgendes: „Der Yppenplatz selber ist ja nur Teil des Brunnenviertels. Wir haben den Yppenplatz nie isoliert gesehen. Der Yppenplatz gehört zum Markt und war auch immer funktionell mit dem Markt verbunden, und ist für uns eine ganz wichtige städtebauliche Ergänzung zum Brunnenmarkt [...] Wir haben gesagt, wir müssen schauen, dass die Bedeutung des Yppenplatzes über dieses Viertel hinaus gehen muss“ (Interview 6, Juli 2019, Wien).

Der Yppenplatz „liegt in einem Gebiet, in dem sich Gentrifizierungsprozesse abzeichnen“ (Hammer/Wittrich, 2019: 129) Der Standard berichtet 2010, also nach Vollendung des Umgestaltungsprozesses des Viertels, dass dieser in den vergangenen Jahren „zum neuen, schicken Grätzl mutierte“ (ebd.). Studierende, Jungfamilien, die „junge, urbane“ (ebd.) Szene würde sich hier vermehrt ansiedeln. Gemeinsam mit dem Brunnenmarkt kommt der Platz auf 550 Betriebe und ist gleichzeitig „der neue Treffpunkt der so genannten Bobos⁷“ (ebd.). In der Tageszeitung wird auch auf die Gefahr hingewiesen, dass der Bezirk dadurch in verschiedene Welten abdrifte. (vgl. Der Standard, 2010)“(...) [W]enn man vom Brunnenviertel redet, meistens vom Yppenplatz. Der wird viel mit Gentrifizierung assoziiert, oder als hipp oder bobo [...] gesehen.“ (Interview 8, Juli 2019, Wien)

Besonders der Yppenplatz würde wesentlich zum Wandel und neuen Image des Viertels beitragen (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 130). „Der Platz strahlt über das Grätzl hinaus eine Anziehungskraft aus, er kann als *besonderer* Ort im Kontext der Aufwertung verstanden werden“. (Hammer/Wittrich, 2019: 130)

Der Yppenplatz, als wichtiger Ort für die Bewohner*innen des Viertels, bietet Frei- und Sportflächen und der dahinterliegende Huberpark dienen als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche. Der Yppenmarkt und der Bereich der Piazza verfügen über zahlreiche Bars und Restaurants. Während die Piazza Ende der 1990er Jahre noch eine große freie

⁷ Der Begriff „Bobo“ setzt sich zusammen aus „bourgeois“ und „bohemians“ und wurde 2000 von David Brook, einem Kommentator der New York Times eingeführt. Damit gemeint ist die neue Oberklasse. (vgl. Seiler, 2018) Er fusionierte die zwei Begriffe, um auf zwei unterschiedliche Gesellschaftsgruppen zu verweisen: Einerseits das „karrierebewusste, ehrgeizige und erfolgreiche Bürgertum („bourgeois“), auf der anderen aber die gegenkulturell angehauchte, hedonistische Bohème („bohemian““ (Seiler, 2018). Meist sind das erfolgreiche, junge Leute, die über ein hohes kulturelles Kapital verfügen. „Sie investieren ihr Geld [...] in „Lebensart, gutes, sorgfältiges ausgesuchtes Essen, großzügiges Wohnen, Kunstsinnigkeit, ein Faible für Design, Umweltschutz und permanente kulturelle Weiterbildung“ (Seiler, 2018).

Aufenthaltsfläche war, wurde diese nun zur Konsummeile. (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 130f.) Kennzeichnend sind im Sommer vor allem die Gast- bzw. Schanigärten der Restaurants. Auch zum „Frühstücken und Aperol Spriz trinken“ (Dlabaja, 2013: 92) zieht der Yppenplatz viele Leute, insbesondere Tourist*innen an.

“Es ist natürlich eine Kommerzialisierung des Platzes, andererseits ist es auch ein Verweilort. Es vermischt sich sehr viel Publikum. Da gibt’s ja vorne auch so Sitzgelegenheiten, die geschaffen wurden, wo man nicht zahlen muss. Es ist verkehrsberuhigt, was auch ungewöhnlich ist in Wien. Also da hat der Bezirk schon viel geschafft. Also eine Art Oase zu schaffen, die auch sehr bekannt geworden ist”. (Interview 8, Juli 2019, Wien)

Im Rahmen der Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse wurden unter anderem an konsumfreien Zonen am Yppenplatz Sitzelemente aufgestellt, Trinkbrunnen sowie eine öffentliche WC-Anlage (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 131). Dennoch gilt der Yppenplatz als umkämpfter Raum, von dem bestimmte Personengruppen ein- und ausgeschlossen und verdrängt werden (ebd.). Dlabaja (2013: 89) führt aus, dass in Bezug auf die räumliche Aneignung und Gestaltung das Brunnenviertel und insbesondere der Yppenplatz besonders umkämpft sind.

Hammer und Wittrich (2019: 135) verweisen in diesem Zusammenhang auf Gentrifizierungsprozesse, die hier am Platz stattfinden. Diese würden besonders im öffentlichen Raum mit sichtbaren Veränderungen der Konsumstrukturen einhergehen. Als Beispiel führen die Autor*innen (2019: 133) hier den Anstieg der Anzahl der Gastronomielokale an, welcher mit der Umgestaltung und Aufwertung der Piazza einhergeht. Restaurants und andere Lokalitäten sowie deren Schanigärten nehmen mehr und mehr Raum ein, der davor von Kindern, oder anderen Personen, die beispielsweise auf den Bänken verweilten, benutzt wurde. Eine ehemalige Freifläche, die besonders von Kindern und Jugendlichen zum Roller- und Fahrradfahren benutzt wurde, ist nun beispielsweise ein Terrassencafé (siehe Abbildung 2). (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 135)



Abbildung 2 Geschäftslokal WIRR am Yppenplatz, August 2019

Das Beispiel zeigt, dass Gentrifizierungsprozesse häufig mit schnell wachsenden kommerziellen Strukturen in Verbindung stehen. Dies ist besonders für städtische Plätze mit hoher ökonomischer Verwertbarkeit relevant. Am Beispiel des Yppenplatzes wird deutlich, dass durch die Neustrukturierung des Platzes Konsumzonen vergrößert werden und öffentlicher, beziehungsweise konsumzwangsfreier Raum kleiner wird. (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 137)

Man merkt, dass natürlich mit der Gastronomie, die stark am Platz vertreten ist, dass insgesamt weniger öffentlicher Raum zur Verfügung steht. [...] Die Leute, die den Platz nutzen, ohne zu konsumieren also ganz stark Kinder und Jugendliche, es gibt aber auch eine Gruppen von Menschen die obdach- oder wohnungslos ist, die den Platz immer frequentiert genutzt haben [...] und dann gibt es da Gruppen, die sind irgendwie schwächer und haben da immer weniger Raum und werden da auch zunehmend verdrängt. Genau...das ist auf jeden Fall sowas, was sich verändert hat. Und ja damit, nicht nur damit, aber auch wahrscheinlich damit, dass der Platz über das Viertel hinaus einfach ein Anziehungspunkt geworden ist. (Interview 1, Juli 2019, Wien)

Hammer und Wittrich (2019: 136f.) implizieren damit, dass durch die Kommerzialisierung des Platzes bestimmte Personengruppen, wie von Armut betroffene Menschen, Obdachlose oder Kinder und Jugendliche verdrängt werden. Zudem sei der Nutzungsdruck auf den Bereich der Freiflächen in den letzten Jahren gestiegen. Für Kinder und Jugendliche wird es zunehmend enger, während Lokalen und Schanigärten immer mehr Raum zur Verfügung stehe. Diese Entwicklungen würden zeigen, dass der öffentliche Raum sowie anerkannte und mögliche Nutzungsformen „einem ständigen Aushandlungsprozess unterliegen“ (Hammer/Wittrich, 2019: 136). Die Autor*innen resümieren daher, dass in Zukunft mehr Rücksicht auf

marginalisierte Personen genommen, und deren Platz im öffentlichen Raum verteidigt werden sollte. „Da diese Gruppen im Kontext von expandierenden Konsuminfrastrukturen offensichtlich verhandlungsschwächer sind, müssen ihre Interessen von öffentlicher Seite besonders geschützt werden (Hammer/Wittrich, 2019: 136)“. Besonders der Yppenplatz sei ein Beispiel für Exklusionsmechanismen im öffentlichen Raum. Daher sei es notwendig, nicht-kommerzielle Platznutzungen zu schützen und damit jene Personen zu unterstützen, die weniger Verhandlungsmacht haben. (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 137) „Der öffentliche Raum ist eine wertvolle soziale und kulturelle Ressource der Stadt. [...] Es gilt, den öffentlichen Raum als Ort der Teilhabe und Inklusion zu sichern und zu verbessern.“ (Hammer/Wittrich, 2019: 136)

„Die Wiener Stadtregierung und-verwaltung steht vor der Herausforderung, qualitativ hochwertige öffentliche Räume (auch neue) zu schaffen, zu erhalten und zugunsten von konsumzwangfreien Aufenthaltsmöglichkeiten umzuverteilen und Nutzungsvielfalt zu gewährleisten“. (Hammer/Wittrich, 2019: 138)

Abgesehen von der Abnahme des öffentlichen Raumes, erwähnt ein Aktivist die hohen Mietpreise rund um den Yppenplatz, eine andere Form von Verdrängung, die mit den Stadtentwicklungen und Umgestaltungsmaßnahmen einhergehen (vgl. Interview 3, Juli 2019, Wien). Dieser erklärt, dass durch den Zuzug der Migrant*innen, die vor allem in Substandardwohnungen Ottakrings gezogen sind, der Bezirk „aufgepöppelt“ (ebd.) wurde. „Und jetzt ist es irgendwie cool und hipp. Und jetzt müssen die, die den besonderen Raum geschaffen haben, wieder weichen“ (Interview 3, Juli 2019, Wien).

Während sich rund die Hälfte der Interviewpartner*innen einig waren, dass die Umgestaltungsprozesse im Viertel soziale Exklusion vom Wohnraum und auch öffentlichen Raum (Beispiel Yppenplatz) produzieren, argumentierten viele immer noch mit dem Argument der sozialen Mischung, was die negativen Folgen der Aufwertungsprozesse im Quartier „verschleiert“ und „romantisiert“ (vgl. Holm, 2010: 54-56) Besonders seitens der Stadtpolitik wird Gentrifizierung oft geleugnet (siehe Kapitel 2.3.1.). Das wurde im Interview mit der Gebietsbetreuung Ottakring bestätigt. Ein Interviewpartner erklärt das folgendermaßen: Die Stadtpolitik hat immer ein Problem mit Gentrifizierung, da es um einen Prozess sozialer Ungleichheit gehe, vor allem um Verdrängung aus dem Wohnraum. Das sei eine soziale Herausforderung für die Städte. Oft werde Gentrifizierung also geleugnet, da es nicht in das „Image der sozialen Stadtpolitik“ hineinpasste. (Interview 2, Juli 2019, Wien)

4.2 Beispiel Lavapiés

Lavapiés befindet sich im Zentrum Madrids, welches besonders von den Umstrukturierungsmaßnahmen der neoliberalen Stadt Madrids in den letzten 15-20 Jahren betroffen ist. Die sozialen Konsequenzen, die damit einhergehen, verstärken sich nicht nur aufgrund der Aufwertungspolitiken, sondern vor allem durch die Wirtschaftskrise des Landes.

Der Stadtteil ist gekennzeichnet durch einen hohen Bevölkerungsanteil sowie Migrationsanteil und war früher ein Arbeiter*innenbezirk. Zudem ist Lavapiés charakterisiert durch schlechte Wohnverhältnisse (infravivienda⁸), eine hohe Bevölkerungsdichte, und hohe Leerstandszahlen. Aufgrund der hohen Prekarisierung des Stadtteils war und ist dieser besonders von den Aufwertungspolitiken der Stadt betroffen. (vgl. García Pérez, 2014: 71-74)

Der ehemalige „prekäre“ Stadtteil erfuhr durch die Umstrukturierungspläne der Stadt eine Attraktivierung und einen Imagewandel. Vermehrt wurde in Kulturangebot, Sicherheitsmaßnahmen sowie in Renovierungen von öffentlichen Räumen, wie Plätzen und Märkten investiert. Dabei spielt vor allem der Tourismus eine große Rolle. (vgl. García Pérez, 2014: 77-79)

Daraufhin hat sich auch die Bevölkerungsstruktur Lavapiés verändert: alte Leute werden durch ein junges, studentisches Publikum ersetzt. Auch der Anteil an Migrant*innen sinkt. Nun ist es ein Ort für Alternative, Tourist*innen sowie Studierende und als Ausgehzentrum für sein belebtes Nachtleben bekannt. Lavapiés erfuhr einen Klassenaustausch und ist nun Zentrum und „Aufenthaltort der Elite“. (vgl. García Pérez, 2014: 87)

4.2.1. Historischer Abriss – Zur Geschichte Lavapiés

Lavapiés liegt im sogenannten distrito centro, im Stadtkern Madrids und gehört zum Bezirk Embajadores. Das distrito centro ist einer der dichtest bevölkerten Teile der Stadt. Dieses verlor zwischen 1960 und 2000 bis zu 40% seiner Einwohner*innen, was jedoch 2001 mit der Immigration und einer Geburtenzunahme kompensiert wurde. 2001 waren im Zentrum 7% der Wohnungen ´infravivienda´ und mehr als 30% der Wohnungen standen leer. (vgl. García Pérez, 2014: 75f.)

⁸ Das sind besonders kleine Wohnungen, die in schlechtem Zustand sind und beispielsweise über keine sanitären Einrichtungen verfügen. Diese werden vor allem von Personen mit wenig ökonomischen Ressourcen und Migrant*innen bewohnt. (vgl. García Pérez, 2014: 76; 85; vgl. Sequera Fernández, 2013: 132) (Siehe 4.2.1.)

Lavapiés ist ein ehemaliges arabisches und jüdisches Viertel und historisch gesehen bereits ein Ort, an dem Personen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben. (vgl. García Pérez, 2014: 76) Ende der 80-iger Jahre verfügte das Viertel über einen hohen Anteil an alten Leuten. Auch junge Menschen mit wenig ökonomischen Ressourcen zog es in den 80-iger und 90-iger Jahren ins Quartier, da die Mietpreise aufgrund der prekären Wohnverhältnisse im Vergleich zu anderen Stadtteilen im Zentrum gering waren. Die niedrigen Mietpreise zogen schließlich auch Migrant*innen an. Diese Bevölkerungsgruppen lebten meist in den sogenannten „Corralas“, eine spezifische Wohnbauart in den Städten Spaniens, vor allem in der Altstadt Madrids gebaut zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert. Charakterisiert sind die Wohnungen durch einen Innenhof und dahin ausgerichtete Balkone. Die Wohnhäuser verfügen über sehr viele kleine, schlecht belüftete und dunkle Einzelwohnungen, die nicht mehr als 30 Quadratmeter haben; sanitäre Einrichtungen befinden sich am Gang. (vgl. Schmidt, 2012: 11)

Das Viertel ist ein beliebtes Ziel für Migrant*innen; zuvor vor allem für Leute aus den ländlichen Regionen des Landes, und seit den 90-iger Jahren nahmen auch Zuzüge aus dem Ausland zu. (vgl. García Pérez, 2014: 76) Die rund 12% nicht-spanischer Herkunft im Jahr 1998 stiegen im Laufe der Jahre stetig an 2005 waren rund 37% der Einwohner*innen Lavapiés aus dem Ausland, 2009 knapp 40%. Nach 2010 beginnt der Anteil wieder zu sinken, 2013 waren es rund 35%. (vgl. García Pérez, 2014: 82) Die Autor*in (ebd.) führt den Bevölkerungsabschwung, der sich besonders 2012 und 2013 bemerkbar macht auf die Wirtschaftskrise zurück.

Lavapiés wird deshalb oft als „multikulturell“ beschrieben. Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte verfügt Lavapiés über eine hohe Anzahl an ‚infravivienda‘, kleinen Wohnungen, die in schlechtem Zustand sind und beispielsweise über keine sanitären Einrichtungen verfügen. (vgl. García Pérez, 2014: 76; 85) 2001 waren 43% der Wohnungen in Embajadores ‚infravivienda‘. In diesen wohnen hauptsächlich alte Menschen und Migrant*innen; teilweise wohnen bis zu 8 Personen auf 30 Quadratmeter. (vgl. Sequera Fernández, 2013: 132). Generell ist Lavapiés der Stadtteil Madrids mit der höchsten Anzahl an kleinen und alten Wohnungen. (vgl. García Pérez, 2014: 76; 85)

Aufgrund der in den 90-iger Jahren noch im Vergleich zu anderen Stadtteilen niedrigen Mieten, der hohen Anzahl an leerstehenden Häusern und Wohnungen zieht es zunehmend Künstler*innen, junge Leute sowie Migrant*innen ins Quartier. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 56) In den letzten Jahren bildet sich nach und nach ein „alternatives und multikulturelles

Milieu“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 56) heraus. „Nicht länger gilt Lavapiés als ein klassisches Arbeiterviertel“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 56). „Das Viertel ist sehr attraktiv. Sehr pittoresk“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid).

4.2.2. Bevölkerungsstruktur und Wohnverhältnisse in Lavapiés

Im Viertel Embajadores lebten bei der letzten Volkszählung 2018, 44.630 Personen. Tendenziell weist das Viertel einen Altersdurchschnitt von 42,93 Jahren auf; im Unterschied zu anderen Stadtteilen ist dies eine relativ junge Bewohnerschaft. Der Anteil unter 15-Jähriger beträgt 9%, während 77% zwischen 16 und 64 Jahre sind, und 14 % über 65. 2018 waren 25.3% der Bevölkerung Embajadores nicht-spanischer Herkunft; 33.85% sind im Ausland geboren. Von den 25.3% ist die Mehrheit aus Asien und Ozeanien (31.4%) sowie aus der Europäischen Union (22.8%); 20% aus Lateinamerika und der Karibik sowie 12.2% aus Afrika. (vgl. Ayuntamiento de Madrid, 2018) Die meisten Migrant*innen sind aus Bangladesch, Marokko, Senegal, Italien, China, Ecuador, Frankreich, Amerika und England. (vgl. Domínguez Pérez, 2017: 13f.)

Über 40% der Bewohner*innen hat keinen ausreichenden Bildungsabschluss (‘educación insuficiente’; ebd.), das heißt, Personen, die nicht lesen oder schreiben können, keinen Bildungsabschluss und/oder keine abgeschlossene Primarbildung haben. In Madrid liegt der Anteil bei 20%. Während in Madrid rund 30% der Bewohner*innen über eine Hochschulbildung (‘educación superior’; ebd.), verfügen, beträgt dieser Anteil in Embajadores nur rund 15%. (ebd.) Zudem waren 2017, 9% der Bewohner*innen des Stadtteils arbeitslos. (ebd.)

Wohnungssituation

Im Durchschnitt leben 2016 pro Wohnungseinheit 2.07 Personen in Embajadores, während im Zentrum Madrids 2.01 leben. Die Mehrheit der Wohnungseinheiten besteht aus einer einzelnen männlichen Person zwischen 16 und 64 Jahren (18.6%), einer einzelnen Frau* zwischen 16 und 64 Jahren (17%) sowie kinderlosen Pärchen (18%). Außerdem sind rund 8% alleinlebende Frauen* über 65 Jahre, und 3% alleinlebende Männer über 65 Jahre. (vgl. Domínguez Pérez, 16-18)

2001 hatten 48% der Wohnungseinheiten in Embajadores nicht mehr als 60 Quadratmeter; 26,37 % zwischen 30 und 45 Quadratmeter. 44.5% der Gebäude wurde in Embajadores vor 1900 und 66.4% bis 1920 erbaut und rund die Hälfte vor dem 20. Jahrhundert. Da heißt, das Viertel weist nicht nur über viele kleine Wohnungseinheiten, sondern auch einen alten Wohnungsbestand auf. (vgl. Domínguez Pérez, 2017: 18f.; Schmidt, 2012: 11)

Die Verfügbarkeit von Wohnraum im Viertel wird in den letzten Jahren immer weniger. Das ist auf den starken Tourismuszuwachs der Stadt zurückzuführen. Lavapiés ist aufgrund der zentralen Lage ein beliebter Ort für Tourist*innenunterkünfte. Immer mehr Wohnraum in Lavapiés steht nur für Airbnbs zur Verfügung. In einigen Teilen Lavapiés waren bereits 15% aller Wohnungen offiziell als Airbnb gemeldet. (vgl. Sánchez/Ordaz, 2018) „Das Aufkommen der Airbnb Vermietungen bedeutete die Ausbeutung aller Gebäude, die zur Miete freistanden. Diese werden nun nicht mehr an die Bewohner*innen vermietet, um die Einnahmen zu verdoppeln. Das hat gravierende Auswirkungen für das Leben in den traditionellen Arbeiter*innenbezirke“ (Interview 11, Oktober 2019, Madrid).

„Airbnb hat im Viertel einen großen Schaden angerichtet. Warum? Weil es nicht einzelne Wohnungen, sondern ganze Wohnhäuser betrifft, in denen auch alte Leute Wohnen, die den Rauschzustand derer ertragen müssen, die nachts betrunken von der Party kommen. [...] Sie spielen Musik, machen Lärm, und schaden dem regulären Leben im Viertel“. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

„Airbnb hat tatsächlich dazu beigetragen, dass der Gentrifizierungsprozess des Viertels explodiert“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid).⁹

4.2.3. Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse in Lavapiés

„Das historische Stadtzentrum von Madrid, inklusive des Stadtteils Lavapiés, ist ein äußerst dynamisches Beispiel für die Aufwertung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume und damit verbundener sozialer Probleme und Ausschlüsse“. (Youkhana/Sebaly, 2014: 54f.)

Durch die in der Mitte der 1990er Jahre einsetzenden Transformationsprozesse der Stadt Madrid, welche die Neoliberalisierung der Stadt sowie Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse fördern, wurde besonders das Stadtzentrum „zu einem Schauplatz des

⁹ Die Auswirkungen und Folgen des Tourismus werden im Kapitel 6.2 genauer ausgeführt.

Konsums, Tourismus und urbanen Spektakels“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 49). Lavapiés als Teil des historischen Zentrums, war besonders stark von den Aufwertungspolitiken der Stadt betroffen. Als ehemaliges Arbeiter*innen und Migrant*innenviertel war Ziel der Politik, das Viertel aus seiner sogenannten „Marginalität“ herauszuholen. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 55) „(...) there is an effort being made to convince the population of Madrid that Lavapiés is a dangerous ghetto in urgent need for cleansing“ (Díaz Orueta, 2007: 188).

„Damit die fortschrittliche Bourgeoise in ein multikulturelles Viertel ziehen kann, ist es notwendig, zuerst dieses Viertel von der kulturellen Vielfalt zu leeren, von seltsamen Elementen zu befreien, die Dekoration zwar stehen zu lassen aber das Innere zu leeren. Wenn das erreicht wurde, können die Preise erhöht werden, denn Teures ist Gutes, und das Viertel kann endgültig den Touristen geopfert werden.“ (Sequera, 2010: 128) Ein Interviewpartner bestätigt, dass Lavapiés mittlerweile ein attraktiver Ort für Tourist*innen ist und fasst dies unter die letzte Phase der Gentrifizierung. „Es gibt Touristen der Mittelschicht, die nie in die Wohnungen kommen würden, wo Migrant*innen leben, aber vielleicht machen sie das für ein Wochenende. Sie können sogar einen Gefallen finden auf diese Art und Weise für ein Wochenende zu leben.“ (Interview 12, Oktober 2019, Madrid)

Besonders der Stadtentwicklungsplan von 1997 (Plan General de Ordenación Urbana de Madrid 1997) war ausschlaggebend für die oben genannten Umgestaltungen; „es war der Anfang der Gentrifizierung“ (Interview 11, Oktober 2019, Madrid). Ziel dieses Projektes ist es, Madrid in eine wettbewerbsorientierte Stadt und zur drittgrößten europäischen Metropole umzuwandeln. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 50) „(...) it formed part of a broader strategy to 'heal' the centre of Madrid, rendering it fit for tourism“ (Díaz Orueta, 2007: 188). Durch die Modernisierungspläne wandelt sich der Stadtteil Lavapiés von einem alten, traditionellen Stadtviertel zu einem Szenario für Gentrifizierung sowie Ort der Mittelklasse (vgl. Sequera, 2010: 126). Damit würde die Stadtregierung alle Bewohner*innen und deren Leben homogenisieren: „sie stellen arme Leute gleich mit anderen und sehen die Unterschiede nicht“ (Interview 18, November 2019, Madrid).

Während in den Plänen von 1997 nur einzelne Teile des Stadtteils Ziel der Aufwertungen waren, wurden 2004 mit einem neuen Plan der Stadt Madrid (Plan de Acción de Urbanismo, Vivienda e Infraestructuras para la Revitalización del Centro Urbano, PERCU) die Vorhaben der Stadtteilerneuerung ausgeweitet. Zwischen 2006 und 2008 wurde schließlich der ganze Stadtteil von diesen Politiken vereinnahmt. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 50; 55)

Die Umgestaltungspläne umfass(t)en unter anderem Sanierungen der historischen Bausubstanz, die Errichtung öffentlicher Kultureinrichtungen, die Neugestaltung des öffentlichen Raums, Ausbau der Infrastruktur, Investitionen in die öffentliche Sicherheit, und öffentliche Subventionen für den privaten Immobilienmarkt. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 50; 55) Neun Jahre nachdem der Plan der Stadtregierung initiiert wurde, wurden die Umgestaltungsmaßnahmen besonders bei der Modernisierung Infrastruktur, Architektur, und (öffentlichen) Plätzen sichtbar. Ein Beispiel für letzteres ist die Umgestaltung des Marktes Mercado San Fernando in Embajadores (siehe Kapitel 4.2.4). (vgl. Díaz Orueta, 2007: 188) Ein Interviewpartner spricht über die aktuelle Situation im Stadtteil und erwähnt die Rekonstruierungsarbeiten an fast allen Plätzen in Lavapiés: „Wenn du durch das Viertel gehst, siehst du, dass nahezu alle Plätze Baustellen sind. Sie haben diesen Sommer damit begonnen, aber alle gleichzeitig und nicht einem nach dem anderen; mit dem Ziel, dass die Leute nicht auf den Straßen sind. Sie wollen einfach nicht, dass die Leute in Dialog treten“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid).

Zusätzlich wurde sehr viel in den Ausbau des Kulturangebots des Stadtteils investiert. (vgl. Díaz Orueta, 2007: 188) Theater, Kunstgalerien, Büchereien wurden eröffnet. Ein Beispiel ist unter anderem die Sanierung der ehemaligen Tabakfabrik und heutigen Sozialzentrum „La Tabacalera“ (Kapitel 6.4.5.).

Auch in die öffentliche Sicherheit wurde investiert, indem 48 Videoüberwachungskameras in Embajadores installiert wurden. Dazu kam eine Zunahme der Polizeipräsenz, besonders an öffentlichen Plätzen, wie zum Beispiel am Plaza de Lavapiés. (vgl. Sequera, 2010: 120) Ein Aktivist aus Lavapiés erzählt: „Polizei ist überall im ganzen Viertel. Sie machen gezielte Kontrollen. Wenn du ein Gesicht eines Ecuadorianers hast, komm, dann halte ich dich auf. Wenn du Tourist bist, dann geh weiter, wenn du schwarz bist, bleib stehen und zeig mir deine Dokumente. Das ist komplett illegal. Aber weil das Viertel ja in einem Gentrifizierungsprozess ist, müssen sie ja das ganze Viertel kontrollieren“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). Ein anderer in Lavapiés tätiger Aktivist stimmt dem zu: „Mit den jetzigen Sicherheitsoperationen erklären sie, wer die Bösen und wer die Unschuldigen sind. Die Bösen sind vor allem Migranten, aber auch die Aktivisten sind die Bösen“ (Interview 18, November 2019, Madrid).

Sequera (2010: 129) schreibt, dass diese Sicherheitsmaßnahmen nicht dazu dienen, dass sich die Bewohner*innen sicherer fühlen, sondern jene, die nach der „Säuberung“ des Stadtteils ins Viertels kommen. Hier bezieht er sich besonders auf die Mittelschicht und Tourist*innen. „All

of these were operations proposed in a global key, more for purposes of middleclass consumption and as part of the development of the city's tourism industry, than to meet the immediate needs of the local inhabitants" (Díaz Orueta, 2007: 188). Sequera (2010: 131) schließt, dass heruntergekommene, degradierte, urbane Zonen durch Modernisierungsmaßnahmen zwar wiederhergestellt werden; nicht aber für sozial benachteiligte Bewohner*innen der Stadt, sondern für jene der Mittel- und Oberschicht.

Durch den produzierten Wandel des Viertels hat sich die Bevölkerungsstruktur verändert. Der ehemalige „prekäre“ Stadtteil erfuhr durch die Umstrukturierungsmaßnahmen der Stadt eine Attraktivierung und einen Imagewandel. Lavapiés ist mittlerweile ein Ort der Mittelklasse und Elite sowie für Tourist*innen. „Lavapiés ist zu einem Geschäftsviertel geworden. Die Realität dieses Viertels hat sich sehr stark verändert, sehr stark, besonders in den letzten fünf Jahren“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). Traditionelle Lokale, Bars, Restaurants und Marktstände müssen weichen und werden den Bedürfnissen der neuen Gruppen angepasst. Hotels werden gebaut, Supermärkte eröffnet (z.B. 24h Carrefour), neue Bars sowie Shoppingmöglichkeiten entstehen. (vgl. García Pérez, 2014: 83) Durch die Umgestaltungsprozesse werden in Lavapiés neue Lebensstile herausgebildet und gelebt; zudem verändert sich das Konsumverhalten der Bewohner*innen, und damit einhergehend auch das kulturelle und gastronomische Angebot im Viertel: Nicht nur Mietpreise steigen, sondern auch die Lebensmittelpreise sowie jene der Restaurants. (vgl. Sequera, 2010: 119) Ein Aktivist aus Lavapiés beschreibt dies folgendermaßen: „Ein Investor mietet ein Lokal, richtet es sich zu seinen Gunsten und beginnt Kaffee um 2,50 Euro, Muffins und Brunchs zu verkaufen...aber hier ist alles Blutwurst, Chorizo und Paella. Das ganze Konzept des Viertels hat sich verändert“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid).

„Vor einigen Tagen bin ich die Straße Embajadores hoch gegangen und habe bemerkt, dass sie ein ehemaliges kleines Lokal in ein Schaufenster umgewandelt haben, mit Saftautomaten, alles gelb, alles voll mit Pokémon. Wann ist das bitte passiert? [...] Ja, vielleicht auf der Gran Vía, dem unpersönlichsten Teil Madrids, da ist das normal. Aber hier? Es ist absurd. Du entfernst eine Bäckerei für diese Scheiße? Das passt hier wirklich nicht hin und nutzt dem Viertel überhaupt nicht. Es ist also so nützlich, dass sogar der Schmied, der sein Leben lang hier gearbeitet hat, gehen muss“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). „Die Straße Embajadores verändert sich von Tag zu Tag [...] Geschäfte werden neu eröffnet: Fahrradwerkstätten, Bio-

Kaffees, Kunstgalerien, und dazu kommt die Revitalisierung des Mercado San Fernando“ (Sequera, 2013: 219)

Sequera (2010: 120) erklärt, dass das Viertel Embajadores, sowie auch das restliche Stadtzentrum zur Ware gemacht wird. „Das Zentrum ist kein bewohnbarer Ort mehr, sondern wandelt sich vielmehr in einen Ort der Kommerzialisierung“ (Interview 11, Oktober 2019, Madrid).

Insgesamt haben die oben beschriebenen Stadtplanungen und Interventionen der letzten Jahrzehnte, die mit Gentrifizierung des Stadtteils einhergehen, also sozialräumliche Segregation sowie soziale Ungleichheit produziert (vgl. García Pérez, 2014: 72f.). “[Gentrifizierung] ist kein natürlicher Prozess, sondern ein induzierter. Und ein Teil davon wird von den Verantwortlichen der Politik induziert. Alle wussten, dass [die Umstrukturierungspläne] nicht garantieren würden, dass die Leute in ihren sanierten Häusern bleiben würden, alle wussten, dass diese ausgeschlossen und verdrängt werden und die Bewohner*innenschaft ersetzt wird“ (Interview 18, November 2019, Madrid). García Pérez (2014: 73) beschreibt dies als Projekt, welches die Stadt neu konstruiert hin zu einer immer elitärer werdenden Stadt, die durch Gentrifizierung und damit einhergehender sozialräumlicher Segregation charakterisiert ist.

Nicht nur die Gentrifizierungsprozesse der letzten Jahre machen dem Stadtteil und dessen Bewohner*innen zu schaffen; vielmehr noch die Wirtschaftskrise des Landes. García Pérez (2014: 87f.) argumentiert, dass die von Krisen betroffenen Länder auch stärker von Gentrifizierung betroffen sind. Das heißt, diese zwei Entwicklungen überkreuzen sich und verschärfen die soziale Lage im Land.

Der Stadtteil Lavapiés wird besonders attraktiv für Investor*innen und zu einem beliebten Ort der Spekulation. Besonders betroffen von den Entwicklungen sind Leute mit niedrigeren Ressourcen, wie zum Beispiel illegale Migrant*innen. Soziale Konsequenzen, mit denen die Bevölkerung zu kämpfen hat, sind: Armutssteigerung, erhöhte Arbeitslosigkeit, Mietpreissteigerungen sowie Wohnungsprobleme. (vgl. García Pérez, 2014: 84-88) „Vor sieben Jahren hat eine Mietwohnung in Lavapiés zwischen 450 und 500 Euro gekostet, jetzt kostet sie um die 1200 und die Preise steigen weiterhin an. Das ist einfach ein zu hoher Prozentanstieg“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). Dadurch steigen auch die Zahlen der Zwangsräumungen stark an. Personen mit niedrigeren Ressourcen müssen jenen mit höheren

weichen und werden in die umliegenden Stadtteile verdrängt. (vgl. García Pérez, 2014: 84-88) “Sie werden in den Süden von Madrid verdrängt. Hauptsächlich nach Vallecas, Usera, Villaverda, Carabanchel, in irgendein Viertel in der Peripherie Madrids. Je weiter weg vom Zentrum, desto billiger. Es ist eine Verdrängung in Richtung Süden” (Interview 16, Oktober 2019, Madrid).

Die Sozialstruktur Lavapiés erfährt somit einen Wandel, von dem nur die wenigsten profitieren. „Diesem forcierten Transformationsprozess steht die soziale Marginalität der Alten, Arbeitslosen und illegalen Migrant_innen im Viertel gegenüber, die zumeist von prekären Wohnverhältnissen und übersteuerten Mieten betroffen sind“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 56). „Das Erscheinungsbild [des Viertels] wird geprägt von neuen Bewohner_innen in renovierten Eigentumswohnungen, die sich in unmittelbarer Nähe zu sanierungsbedürftigen Wohnobjekten befinden, in denen oft Migrant_innen in kleinen, überfüllten Wohnungen ihr Dasein fristen“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 56).

Dieser Transformationsprozess löst im Stadtteil Lavapiés eine bedeutende Welle sozialer Mobilisierung seitens der Bewohner*innen aus, die sich gegen die Rehabilitationsmaßnahmen und damit einhergehende soziale Folgen wehr(t)en. Besonders wurde kritisiert, dass die Stadtregierung die Bevölkerung selbst nicht an den Plänen teilhaben hat lassen. (vgl. Díaz Orueta, 2007: 189-191) (siehe Kapitel 6.4) „Thus, the mobilization not only forced changes in some of the project’s contents and brought the district to the attention of the entire city, but also became a determining factor in halting the internal fragmentation of Lavapiés”. (Díaz Orueta, 2007: 191)

4.2.4. El Mercado San Fernando als Teil der Aufwertungs- und Umgestaltungsprozesse in Lavapiés

Wie bereits im vorherigen Kapitel beschrieben, ist der Mercado San Fernando, welcher sich im Stadtteil Embajadores befindet, besonders von den Aufwertungsprozessen in Lavapiés betroffen. Es ist ein öffentlicher Markt, im Eigentum der Stadtgemeinde Madrid. Nachdem der Markt in den 90-iger Jahren mit dem Erhalt zu kämpfen hatte, wurde er 1998 Ziel der Modernisierungspläne der Stadt. Zu dieser Zeit waren nur mehr 13 Lokalitäten übrig, während aktuell 55 aktiv sind. (vgl. Alonso et.al., o.A.: 31) Unter dem Punkt „Interventionen der Infrastruktur“ war er auch 2005 wieder Teil der neuen Umstrukturierungspläne der Stadt, darunter die Sanierung der Marktstände im unteren Stock, sowie der Bau eines neues

Gesundheitszentrums im oberen Stockwerk. (vgl. Sequera, 2013: 127f.) Eine weitere Sanierung des Gebäudes fand 2014 statt.

In den Interviews wurde erwähnt, dass der Markt in den letzten Jahrzehnten immer wieder mit seinem Erhalt zu kämpfen hatte. Drei Aktivist*innen erwähnen, dass der Mercado San Fernando, der öffentlich ist, vor rund 8 Jahren an ein privates Unternehmen verkauft werden sollte. Daraufhin hat sich die Nachbarschaft zusammengeschlossen, um sich für den Erhalt des Marktes einzusetzen. „Aber das hat sich negativ auf das Viertel ausgewirkt“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). „Das hat man anfangs, ich glaube es war 2010 oder 2011, eigentlich gemacht, um sich gegen Gentrifizierung zu wehren. [...] Die Aktivist*innen des Viertels wollten einen Markt für das Viertel. Sie haben versucht, sich für die kleinen Geschäfte einzusetzen. Aber 2013, 2014 haben sich die Geschäfte innerhalb des Marktes radikal verändert. Viele neue Unternehmen wurden so angezogen, und der Markt wurde schließlich gentrifiziert. Jetzt ist der Mercado San Fernando ein paradoxer Effekt eines Kampfes gegen Gentrifizierung, der aber in Gentrifizierung endete, in einem Motor für Gentrifizierung des Viertels“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid).

Crespi und Domínguez (2016: 402) beschreiben den Mercado San Fernando als einen „alternativen“ Markt, der sich im Laufe der Jahre an die „neuen Konsument*innen“¹⁰ angepasst hat. Das Alltägliche und das Touristische werden miteinander verbunden. Auf der Suche nach dem „Authentischen und Lokalen“ (Crespi/Domínguez, 2016: 403), zieht es immer mehr Tourist*innen auf solche Märkte. Der Markt ist nun also nicht mehr nur ein wichtiger Standort für die Nachbarschaft und Versorgung der Bewohner*innen des Viertels, sondern auch eine Tourist*innenattraktion im Zentrum der Stadt. (vgl. Crespi/Domínguez, 2016: 403)

Das Konzept des traditionellen Marktes wurde verändert, „(...) von Verkäufen traditioneller Produkte an ältere Erwachsene am Morgen, hin zu einem Verkauf von Souvenirs, Getränken und Geschäfte für gentris die ganze Woche“ (Alonso et.al., o.A.: 31f.). Früher hätten dort Nachbar*innen ihre Einkäufe getätigt, und es war auch ein Ort der Zusammenkunft der Nachbarschaft, während es heute eher ein Ort ist, wo sich die Leute Freitag abends zum Trinken treffen (vgl. Alonso et.al., o.A.: 29).

¹⁰ Unter „neuen Konsument*innen“ verstehen die Autor*innen Tourist*innen, die neue Mittelklasse, beziehungsweise all jene, die das Stadtzentrum gentrifizieren. (Crespi/Domínguez, 2016: 403)

Beim Mercado San Fernando handelt es sich demnach um einen Markt, der einen Wandel erlebt hat: wo zuvor noch die Bewohner*innen der Stadt, beziehungsweise des Viertels Konsument*innen waren, wird dieser besonders in den letzten Jahren immer mehr zu einer Attraktion für Tourist*innen; dies führen Alonso et al. (o.A.: 27f.) auf die Touristifizierung des Viertels Embajadores zurück. „Der Prozess der Touristifizierung im Viertel Embajadores hat einen Transformationsprozess bezüglich des Konsumentenmodells, die den Mercado San Fernando besuchen, ausgelöst“ (Alonso et.al., o.A.: 28). Ein Grund sei auch, dass der Markt mittlerweile verstärkt in den Medien, Reiseführern angeworben wird, sowie auch das umliegende Viertel Embajadores, dass häufig als „coolstes Viertel Europas“ beschrieben wird. (ebd.: 29)

Auch die interviewten Aktivist*innen stehen dieser Entwicklung des Marktes kritisch gegenüber, da dieser Gentrifizierung produziere; nicht nur innerhalb des Marktes, sondern im ganzen Viertel: „Der Markt hat sich mittlerweile zu einem Markt entwickelt, der Gentrifizierung fördert“. (Interview 16, Oktober 2019, Madrid)

„Dieser Markt ist Scheiße. [...] Was machen die Snobs jetzt aus dem Markt? Die Sachen, die ihnen gefallen. Natürlich betreiben die jungen Bobos keine Kurzwaren. Nein, sie installieren lieber irgendeinen Bluecakeblödsinn. Alle betreiben dasselbe. Alles ist gleich. Der, der Erfolg damit hat, gewinnt. Der, der keinen Erfolg damit hat, kann scheißen gehen“ (Interview 18, November 2019, Madrid).

„Er hat sich sehr zu einem pittoresken Ort entwickelt. Ein Ort, wo es zwei Gemüsestände gibt, zwei Fleisch und Käsestände, und der Rest sind Bars, Restaurants, ein Sushi, und was weiß ich... griechisches Essen, türkisches Essen... fantastisch die Vielfalt. Aber bitte nicht alles konzentriert an einem so limitierten Ort, wie dieser Markt. Die Marktstandbetreiber mussten scheißen gehen und es sind die Unternehmen, die übriggeblieben sind... Das ist Gentrifizierung“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid).

Der Markt ist ein Beispiel für die Aufwertungspolitik der Stadt sowie daraus resultierende Folgen für die lokale Bevölkerung. Die „Neugestaltung von öffentlichen Plätzen und Aufenthaltsorten [fördert] räumlich selektiv Aufwertungsprozesse, einhergehend mit einer über Sicherheits- und Ordnungsdiskurse legitimierten Vertreibung von marginalisierten Gruppen (...)“ (Kadi/Verliê, 2019: 8). Wirtschaftliche und politische Interessen und jene der Bewohner*innen driften hier auseinander und bereiten ein Konfliktfeld.

Am Beispiel des Mercado San Fernando sowie auch des Yppenplatzes wird das Ziel der neoliberalen Stadtpolitik (siehe Kapitel 2.1.3.) besonders deutlich: Die Stadt soll für ein bestimmtes Klientel attraktiv gemacht werden, um wettbewerbs- und konkurrenzfähig zu sein (vgl. Twickel, 2013: 45-49; 61). España und Toscano (2019: 10-18) argumentieren, dass es sich bei diesen Entwicklungen um einen Bevölkerungsaustausch handelt, was sie mit Kolonialismus gleichsetzen und als „intraterritoriales, intraeuropäisches und intrastädtisches“ Kolonialismus bezeichnen. Kohn (2013: 305) bestätigt dies: „Critics of gentrification see the process as a colonization of working class and immigrant neighborhoods that creates a uniformly middle-class environment“.

Die sozialen Folgen und ungleichen Machtstrukturen, die aus den Aufwertungspolitiken resultieren, lösen Konflikte in den Städten aus.

5. Städtische Bewegungen im Widerstand gegen Gentrifizierung

Soziale Bewegungen machen in ihren Kämpfen auf die Folgen von Gentrifizierungsprozessen aufmerksam. Dabei stellen sie die neoliberalen Stadtentwicklungen- und Politiken in Frage, und setzen sich für ein „Recht auf Stadt“ für alle ein. „Die Widersprüche der Neoliberalisierung des Städtischen schlagen sich auch in den Arenen urbaner Bewegungen nieder“ (Mayer, 2013: 161). Besonders in Städten zeichnen sich die Konflikte zwischen Aufwertungspolitiken und sozialen Bewegungen aus (siehe Kapitel 5.1). Gentrifizierung wird zum Gegenstand der Auseinandersetzungen und löst Kämpfe aus, in denen ein „Recht auf die Stadt“ für alle gefordert wird. Dieser Ansatz („Recht auf Stadt“) wurde ursprünglich von dem französischen Philosophen Henri Lefebvre formuliert und gilt auch heute noch als Leitbild der ausgetragenen Antigentrifizierungskämpfe.

Dieses Kapitel beschreibt die Inhalte und Forderungen des Ansatzes und erklärt inwieweit dieser für die neuen sozialen Bewegungen von Bedeutung ist. Die neuen städtischen Protestbewegungen zeichnen ein „diffuses Bild von der Reichweite der Forderungen, der Bandbreite von Artikulationsformen und der Organisationsansätze der Recht-auf-Stadt-Mobilisierungen“ (Gestring et.al., 2014: 46).

5.1 Städte als austragende Orte für Kämpfe

Städte sind Orte, an denen sich Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität sowie Verkehrs- und Umweltprobleme manifestieren; und deshalb auch Orte, an denen neue Politikansätze herausgebildet werden. Somit sind Städte auch immer Orte, wo Widersprüche, Konflikte und Widerstand auftreten (vgl. Mayer, 2013: 157f.). Sie sind Orte der „Produktion, Begegnung und Organisation sowie des Widerspruchs und der Rebellion“ (Holm, 2011b: 91). „Städte waren und sind umkämpfter Gegenstand sozialer Bewegungen und politischer Interventionen“ (Holm, 2011b: 91). Aktuelle Forschungen zeigen, dass es sowohl in Madrid als auch in Wien Mobilisierungen gegen Gentrifizierung gibt, wobei diese in Madrid stärker zum Ausdruck kommen als in Wien (siehe Kapitel 7).

5.2 Proteste gegen Aufwertung und Verdrängung

In Zeiten der Neoliberalisierung bilden sich insbesondere anti-neoliberale Kämpfe heraus (vgl. Mayer, 2013: 157f.). Dabei wird vor allem gegen Mietpreissteigerungen, Zwangsräumungen, Großprojekte und die Einschränkung des öffentlichen Raums mobilisiert (vgl. Gestring et.al., 2014: 43). Vor allem Widerstand gegen Gentrifizierung wird innerhalb der Bewegungen bedeutender (vgl. Gestring et.al., 2014: 200).

Unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ wurde ein kooperatives Netzwerk gegründet, in denen unterschiedliche Gruppen zusammenkommen und sich Kooperationen zwischen Stadtteil- und Bürger*inneninitiativen, Mieter*innenorganisationen sowie Interessensvertretungen von Kunst- und Kulturproduzierenden sowie subkulturellen und autonomen Szenen entwickeln. (vgl. Gestring et.al., 2014: 44) Dieses Netzwerk spielt in den Mobilisierungen eine „Klammerfunktion“ (Holm, 2010: 73) und ermöglicht die Verknüpfung sonst getrennt stattfindender Kämpfe. Inhaltlich umfasst das Netzwerk viele Forderungen. Es bietet einen geeigneten Rahmen für die städtischen Konflikte im Neoliberalismus. (vgl. Holm, 2010: 75)

5.2.1. Die Herausbildung des „Recht auf Stadt“

Neue städtische Protestbewegungen, die sich weltweit unter dem Slogan „Recht auf die Stadt“ formierten, fordern eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen, um sich gegen die neoliberale Hegemonie zu stellen. Hintergrund ist die sogenannte neoliberale Stadt, dessen Produktionsweise neue Ausschlüsse und insbesondere die Verdrängung von Bewohner*innen aus gentrifizierten Innenstädten produziert. (vgl. Holm, 2011b: 90)

Die Forderung nach dem „Recht auf die Stadt“ ist auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre, beziehungsweise seinem Text „Le droit à la ville“ (1968) zurückzuführen, in dem er es als ein Recht auf „Nichtausschluss von den Qualitäten der urbanisierten Gesellschaft“ (Holm/Gebhardt, 2011: 7) beschreibt. „Das *Recht auf Stadt* legitimiert die Weigerung, sich durch eine diskriminierende, segregierende Organisation aus der städtischen Wirklichkeit verdrängen zu lassen“ (Lefebvre, 2016: 216).

Vor dem Hintergrund fordert Lefebvre die kollektive Wiederaneignung des städtischen Raums durch die an den Rand gedrängten Gruppen (vgl. Holm, 2011b: 89). Die aktuelle Krise der Stadt könnten nur Betroffene selbst lösen (vgl. Lefebvre, 2016: 153f.): Ausschließlich gesellschaftlicher Gruppen oder Klassen, die zu revolutionieren fähig sind, könnten städtische

Probleme lösen. „(...) [D]ie erneuerte Stadt wird das Werk dieser gesellschaftlichen und politischen Kräfte werden“. (ebd.: 159) Um die Stadt zu reformieren, müssen gegenwärtig herrschende Strategien und Ideologien aufgelöst werden, ein radikaler Wandel ist notwendig. (vgl. ebd.: 159f.; 162) Ein interviewter Experte und Aktivist bezieht sich im Interview auf Lefebvres Ansatz, indem er seine Vorstellung von einer gerechten Stadt äußert: „Es geht genau darum, dass es kollektive Auseinandersetzungen, kollektive Aushandlungsprozesse geben soll, an denen sich möglichst viele Leute beteiligen sollen. Die Frage ist, inwiefern das innerhalb des derzeitigen Systems möglich ist oder nicht. Das braucht natürlich ein radikales Umdenken wie Stadtentwicklung funktioniert und wie die Kräfte- und Machtverhältnisse in der Stadtentwicklung sind. [...] Es geht um ein radikales Umdenken, wie Stadt produziert wird und wer dort Einfluss nehmen kann“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Laut Lefebvre sei der Druck der Arbeiterklasse nötig, um folgende Rechte zu garantieren: Recht der Altersgruppen und Geschlechter, Rechte in Verbindung mit einer bestimmten Lage (Proletarier, Bauern, etc.), Recht auf Bildung und Erziehung, Recht auf Arbeit, auf Kultur, auf Erholung, auf Freizeit, auf Raumnutzung, auf Gesundheit, auf Wohnen, auf Begegnung und Versammlung. (vgl. Lefebvre, 2016: 164f.; 205; 216) Das „Recht auf Stadt“ umfasst auch das sogenannte Recht auf Zentralität, welches den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens darstellt. Ein weiterer Inhalt ist das Recht auf Differenz, beziehungsweise die Stadt als Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung. (vgl. Holm/Gebhardt, 2011: 8) Es geht darum, sich die Stadt (wieder) anzueignen und bestehende Machtverhältnisse zu stürzen. (vgl. Lefebvre, 2016: 204)

Insgesamt beschreibt Lefebvre das „Recht auf Stadt“ als eine „kollektive Wiederaneignung des städtischen Raumes, die zu einem veränderten, erneuerten städtischen Leben [...] führen soll“ (Holm/Gebhardt, 2011: 7). Eine gerechte Stadt und gesellschaftlicher Wohlstand können nur erreicht werden, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse, also die Produktionsverhältnisse selbst tiefgreifend verändert werden (vgl. Lefebvre, 2016: 218).

„Als gesellschaftskritisches Projekt umfasst «Recht auf Stadt» demnach eine oppositionelle Forderung zur radikal-demokratischen Neuentwicklung der Stadt nach den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner, das nicht einzuklagen ist, sondern sich von den Menschen genommen und durch kollektives Handeln geschaffen werden muss“ (Schipper, 2013: 31).

Seit den 2000er Jahren ist das „Recht auf Stadt“ auch in die kritische Stadtforschung verankert. David Harvey, ein bedeutender Stadtforscher, argumentiert, dass das „Recht auf die Stadt“ der kapitalistischen Stadt untergeordnet ist. Kritisch-akademische Debatten rund um das „Recht auf Stadt“ formierten sich vor allem rund um Lefebvre, um Kritik an bestehenden Verhältnissen auszuüben, während soziale Bewegungen vor allem praktische Veränderungen in Städten anstreben. (vgl. Holm/Gebhardt, 2011: 11) „Die neuerlichen Bezugnahmen auf das Recht auf Stadt sind allein aus den Debatten in den akademischen Elfenbeintürmen nicht zu verstehen, sondern unmittelbar mit sozialen Bewegungen [...] verbunden“ (Holm/Gebhardt, 2011: 10).

5.2.2. Das „Recht auf Stadt“ Netzwerk

Verschiedene soziale Initiativen verbinden sich unter dem „Recht auf Stadt“. Ihnen gemein ist die Annahme, dass besonders neoliberale Entwicklungen zu den Ausschlüssen bestimmter Personengruppen in der Stadt führten. (vgl. Holm/Gebhardt, 2011: 8f.) „In der neoliberal strukturierten demokratischen Gesellschaft beziehungsweise Stadt wird überdeutlich, dass das Versprechen der Gleichheit aller nicht eingelöst wird. Dementsprechend ist Teilhabe an Stadt für unterschiedliche Menschen unterschiedlich möglich und reglementiert.“ (Aigner/Kumnig, 2018: 171)

Die neoliberale Neustrukturierung der Gesellschaft wird vor allem in den Städten, die wirtschaftlich und politisch zunehmend an Bedeutung gewinnen, sichtbar. „Gesellschaftliche Utopien und Alternativen sind daher in immer stärkerem Maß auch Alternativen für die Organisation des Städtischen. Mit dem Einfordern eines Rechts auf Stadt verbindet sich die Hoffnung auf soziale Mobilisierungen und neue Bündnisse, und auf eine Vergesellschaftung jenseits von Staat und Markt“ (Holm/Gebhardt, 2011: 9).

Die Bewegung umfasst verschiedenste Forderungen, wie zum Beispiel Protestformen gegen Gentrifizierung und Vertreibung, Durchsetzung von Großprojekten, Schließung kommunaler Einrichtungen oder zunehmende Überwachung auf Straßen. Damit setzen sich Mobilisierende für eine gerechtere, nachhaltigere, demokratischere Stadt ein. (vgl. Mayer, 2011: 53)

„Die Recht auf die Stadt“-Bewegung als neue Phase in der Entwicklung städtischer sozialer Bewegungen, stellt also neoliberale Politiken in Frage. Der damit einhergehende Verlust an sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bürgerrechten, ist einerseits für die ausgegrenzten, benachteiligten Gruppen aber andererseits auch für privilegierte Stadtbewohner*innen spürbar geworden. (vgl. Mayer, 2011: 53)

Die Stadt wird zur Ware, weil sich Stadtpolitik in erster Linie am Standortmarketing orientiert, weil öffentliche Räume privatisiert und kommerzialisiert werden, weil die Bedürfnisse der Bewohner und Bewohnerinnen weniger zählen als Profitinteressen, weil fehlende Transparenz den Zugang zur Macht und gleichberechtigte Mitsprache versperrt. Als Folge wird das Leben in den Städten immer teurer, können sich immer mehr Menschen die steigenden Mieten nicht mehr leisten und werden an die gesellschaftlichen und räumlichen Ränder verdrängt. Ökonomische, rechtliche und politische Spielräume für alternative Lebensentwürfe und freies Denken werden zunehmend enger. (Recht auf Stadt, 2019)

Eine interviewte Person argumentiert, dass es genau deshalb eine gerechter gestaltete Stadt braucht: „(...) das heißt natürlich, dass man sich ein Leben hier gut leisten kann, dass man nicht von Verdrängung bedroht ist, sondern dass man sich seines Platzes sicher sein kann, dass man nicht prekarisiert leben muss [...] Das heißt auch, dass wir den öffentlichen Raum als solidarischen, geteilten Raum teilen, in dem alle unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Einkommen, ihrem Aussehen ihren Platz haben“ (Interview 1, Juli 2019, Wien).

5.2.3. Akteur*innen städtischer Bewegungen

Die Aufwertungspolitiken in den Städten haben städtische Protestkulturen verändert. Es engagieren sich nun nicht mehr ausschließlich Mieter*innenorganisationen und Bürger*inneninitiativen in den betroffenen Stadtteilen, sondern vermehrt auch Kulturschaffende und Bildungsbürger*innen. Vor allem die Mittelklasse scheint sich vermehrt gegen Aufwertung und Verdrängung zu wehren. (vgl. Holm, 2010: 94f.)

„Recht auf Stadt“ als globaler Zusammenschluss von unterschiedlichen Akteur*innen

Besonders die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und damit einhergehende Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen, führte zur weiteren (globalen) Ausdehnung der Bewegung. Konflikte und Auseinandersetzungen, an denen unterschiedlichste Gruppen teilnehmen, spitzen sich zu. (vgl. Mayer, 2011: 61-64) Am Beispiel Madrid (Kapitel 6) wird das besonders deutlich. Die Aktivist*innen erweisen sich als sehr heterogen, da unterschiedlichste Betroffene wie Künstler*innen, alteingesessene Mieter*innen, Linke, Autonome und lokale Umweltgruppen zusammenkommen. Benachteiligte Gruppen verbinden sich mit privilegierten Gruppen, was davor nicht gelang. Personen aus der Mittelklasse, aber auch „Marginalisierte“ wie Migrant*innen, people of color, Arbeitslose oder Obdachlose sind Teil der Bewegungsszene. (vgl. Mayer, 2011: 61-64; Mayer, 2013: 162)

Mayer (2013: 162f.) argumentiert, dass die meisten „Recht auf Stadt“ Netzwerke dennoch aus zwei unterschiedlichen Gruppen zusammengesetzt sind: Einerseits jene, die von der sogenannten „kreativen“ Stadtpolitik (siehe Kapitel 2.1.2.) profitieren, wie zum Beispiel radikal-autonome, anarchistische oder alternative Gruppen und linke Organisationen, Personen der sogenannten Mittelklasse, Studierende, Künstler*innen, „Kreative“ oder lokale Umweltgruppen. Andererseits, die von der kreativen Stadtpolitik Ausgeschlossenen, wie Arbeitslose, Migrant*innen, people of color und/oder Obdachlose (vgl. Mayer, 2013: 162). Letztere sind vor allem in Südeuropa aufgrund stärkerer repressiver Austeritätsmaßnahmen, die sich seit der Finanzkrise 2008/09 durchsetzen, sehr präsent (vgl. Mayer, 2013: 55; 162). Die Widerstände dieser Gruppen, die vor allem gegen Diskriminierung und Enteignung kämpfen, sind jedoch oft weniger sichtbar und finden weniger Gehör, so Mayer (2013: 163).

Die Akteur*innen der zwei Gruppen sind innerhalb der Stadt unterschiedlich positioniert und von unterschiedlichen Problemen betroffen (vgl. Mayer, 2013: 162f.). Die Distanz und unterschiedliche Lebensrealität der zwei Personengruppen führt zu einer Spaltung der Kämpfe. Für die Wirksamkeit und den Aufbau einer Gegenhegemonie zur neoliberalisierenden Stadt ist jedoch eine Verbindung verschiedener Akteur*innen auf lokaler, sowie transnationaler Ebene notwendig. (vgl. Mayer, 2013: 163f.) Die „PAH“ (Kapitel 6) in Spanien zeigt, dass durch die Verbindung verschiedener Akteur*innen ein erfolgreicher Kampf gegen Gentrifizierung geführt werden kann. In Wien scheinen die derzeit aktiven Netzwerke noch homogen, wie zwei Aktivist*innen in den Interviews bestätigen. „Bei ‚Zwangsräumungen verhindern‘ war auch die Idee [...], dass man wegkommt von dieser linken, Aktivisten-, Expertenrolle – wir beraten dich oder machen soziale Arbeit – mehr hin zu einem man´ organisiert sich gemeinsam. [...] Ich glaub´, das ist so ein klassisches Problem von politischen Gruppen in der Linken, dass es halt sehr homogen ist. Es sind meistens Leute, die studiert haben und in vielen Zusammenhängen Weiß“ (Interview 3, Juli 2019, Wien).

Für die Schaffung einer stärkeren gegenhegemonialen Bewegung (vgl. Mayer, 2013: 164) sollte es also vielmehr zu einer Verknüpfung der Kämpfe kommen: „Aber die Kämpfe all derer, die aus der neoliberalen Stadt ausgeschlossen sind [...] müssen vernetzt und verbunden werden, wenn das neoliberale Herrschaftsregime destabilisiert werden soll“ (Mayer, 2013: 164).

Um neue breite Bündnisse zu formieren ist ein inhaltlicher sowie organisatorischer Bezug zu den Verlierer*innen der neoliberalen Stadtpolitik von Bedeutung, denn „ohne den klaren Bezug auf die soziale Frage droht das ‚Recht auf die Stadt‘ als Lifestyle-Revolt von Mittelschichtsangehörigen zu versanden“. (Holm, 2011b: 97) „Antineoliberale Bewegungen müssen, parallel zur Entwicklung alternativer-ökosozialistischer, solidarischer, radikal-demokratischer-Regulationsmodelle sich auch über ihre jeweilige Stadt hinaus vernetzen und mit anderen Orten und Regionen, auch transnational, koordinieren“. (Mayer, 2013: 164)

Für eine erfolgreiche gegenhegemoniale Bewegung wäre zudem eine stärkere internationale, transnationale Vernetzung der fragmentierten, lokal- und kontext-spezifischen Bewegungen notwendig. Solche Prozesse sind derzeit durch das „Recht auf Stadt“ Netzwerk vermehrt im Kommen. (vgl. Mayer, 2013: 164)

Insgesamt wird das „Recht auf Stadt“ in den aktuellen Antigentrifizierungskämpfen aufgegriffen; indem gegen Zwangsräumungen, Verdrängung, Gentrifizierung, Minderheitendiskriminierung und für Mietrechte protestiert wird. Koalitionen von Leuten, die sich durch investorengetriebene Aufwertung und Verdrängung bedroht fühlen, bilden sich; zunehmend auch auf globaler Ebene. Trotz der Gemeinsamkeiten städtischer Kämpfe, sind die Unterschiede zwischen ihnen und die Probleme, mit denen sie sich konfrontieren, hoch. (vgl. Mayer, 2011: 62-64) (siehe Kapitel 6 und 7)

6. Aktuelle Konflikte und Kämpfe gegen Gentrifizierung in Wien und Madrid

Das Kapitel beschreibt einerseits den Entstehungskontext sozialer Mobilisierungen in Wien und Madrid, am Beispiel der Besetzer*innenbewegung (6.1 und 6.2) und andererseits aktuelle Widerstandspraktiken in den zwei Städten. Während im Abschnitt zu Wien mehr darauf eingegangen wird, warum sich in der Stadt zurzeit relativ wenig Widerstand ereignet, wird im Kapitel 6.2 argumentiert, welche Entwicklungen in Madrid zu einer starken Widerstandskultur führ(t)en. Anschließend wird in den Kapiteln 6.3 und 6.4 genauer auf die zwei Stadtteile Ottakring und Lavapiés eingegangen. Dabei werden aktuell aktive soziale Initiativen und Protestaktionen beschrieben, und im Anschluss detaillierter auf jeweils ein Beispiel eingegangen. Hierbei handelt es sich um die Kunst- und Kulturzentren „mo.ë“ und „La Tabacalera“. Ersteres illustriert die Verdrängung eines Kulturraumes in der Nähe des Yppenplatzes sowie den Kampf gegen die dominante Rolle des Immobilienmarktes. Zweiteres beschreibt ein seit 10 Jahren bestehendes, selbstorganisiertes Kunst- und Kulturzentrum in Lavapiés, welches als gegenhegemoniales Projekt zur neoliberalen Stadtpolitik Madrids entstand.

6.1 Beispiel Wien

In Wien gibt es aktuell zwar soziale Initiativen, die sich für ein „Recht auf Stadt“ einsetzen, und gegen Gentrifizierung kämpfen, die große Bewegung scheint jedoch noch auszubleiben. „Wien ist bekannt für den sozialen Wohnbau, nicht für Mieter_innenproteste“ (Kumnig, 2019: 165). „Es gibt immer wieder Vernetzungen aber die große Bewegung gibt es noch nicht“ (Interview 3).

Die Beschreibung des historischen Kontextes der Besetzer*innenbewegung in Wien dient dazu, aufzuzeigen, dass es einst viel und teilweise auch erfolgreichen Widerstand in Wien gab. Dies scheint jedoch historisch. Im Anschluss werden Argumente angeführt, die die derzeit eher schwache Mobilisierung erklären könnten. Auch wenn die große Bewegung historisch scheint, macht sich in den letzten Jahren dennoch Widerstand anhand einzelner Objekte in Wien breit.

6.1.1. Soziale Mobilisierungen gegen Gentrifizierung in Wien aus historischer Perspektive

„Angesichts von Wohnungsnot einerseits und leer stehenden Gebäuden andererseits haben Menschen immer wieder zum Mittel von Besetzungen gegriffen, sich leer stehende Häuser, aber auch Fabriken, Bürogebäude oder Theater angeeignet und damit nicht nur Wohnraummangel und vorherrschende Stadtentwicklungspolitik skandalisiert, sondern auch alternative Vorstellungen von kollektivem, selbstorganisiertem Leben und Arbeiten propagiert, die den kommerziellen Nutzungen städtischen Raums häufig entgegenstehen“. (Mayer, 2012: 44)

Hausbesetzungen sind eine politische Aktionsform, bei der es um die Aneignung und Sicherung von städtischem Raum geht. Die selbstorganisierten Räume werden dann für kollektive Zwecke verwendet. Die Bewegung hat sich herausgebildet, um ein Zeichen gegen Spekulation, den hohen Leerstand an Wohnungen, Mietpreiserhöhungen, Wohnraummangel und Stadtumstrukturierungen zu setzen. (vgl. Mayer, 2012: 44) Bei politischen Besetzungen ist „die Besetzung nicht Ziel, sondern eher Instrument zur praktischen Aneignung von kollektiven Freiräumen“. (Mayer, 2012: 48) Mit der Aneignung von Freiräumen soll die investorengetriebene Stadtentwicklung aufgehalten werden und ´Städte für Menschen, nicht für Profit´ (Mayer, 2012: 48) geschaffen werden.

Die Besetzer*innen setzten sich für eine Alternativkultur, leistbares Wohnen sowie Räume für „individuelle und kollektive Erfahrungen jenseits des ökonomischen Verwertungsdrucks“ (Nußbaumer/Schwarz, 2012: 21) ein. Dies kann als Gegenmodell zur sogenannten kapitalistischen Stadt gesehen werden, beziehungsweise, zu der kapitalistischen Gesellschaft, in der Raum zur Ware gemacht wird (vgl. Verlić, 2014: 34).

Soziale Mobilisierungen gegen Gentrifizierung in Wien bildeten sich bereits in den 70-iger und 80-iger Jahren – zu einer Zeit, in der vor allem die Besetzer*innenbewegung ihre Blüte hatte. “Den frühen Widerstand gegen Gentrifizierung würd´ ich eigentlich in den 70iger Jahren verorten, in den Anfängen der sanften Stadterneuerung und den Protesten gegen die Kahlschlagsanierung am Spittelberg” (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Die soziale Bewegung richtete sich damals vor allem an die Kommunalpolitik, „deren Wohlfahrtsplanung eine hohe Bereitschaft für Disziplin und Unterordnung voraussetzte“ (Nußbaumer/Schwarz, 2012: 20). Die Konflikte und Verhandlungsführungen waren in Wien

stark von Emotionen, überraschenden Bündnissen, Hinhaltetaktik und plötzlichen Entscheidungen seitens der Verantwortlichen der Stadt geprägt gewesen (ebd.). Ab den 1970er Jahren führten die fehlenden öffentlichen Räume zum Kampf um Jugendzentren, und später um Kultur- und Kommunikationszentren (vgl. Foltin, 2011: 84).

Eine Vorreiter*innenrolle nahm hier besonders die „Burggartenbewegung“ der 1980er Jahre ein. Die erste große Besetzung fand in Wien 1976 statt, nämlich die der Arena Wien. Angelpunkt der Besetzer*innenbewegung war neben diesen Ereignissen unter anderem auch das Amerlinghaus, dessen Besetzung 1978 zum ersten selbstverwalteten Kulturzentrum führte. (vgl. Nußbaumer/Schwarz, 2012: 27; Mayer, 2012: 45) Heute noch gilt das Amerlinghaus¹¹ als wichtiger Treffpunkt für Aktivist*innen, sowie als „Startout“ (Interview 5, Juli 2019, Wien) für einige aktivistische Gruppen, wie beispielsweise die „Anti-AKW“ Bewegung, die WUK Besetzer*innen, oder „Zwangsräumungen verhindern“ (siehe Kapitel 6.3). „Es hat ganz viel den Ausgangspunkt da genommen und das ist bis heute eine Kontinuität [...]. Wir im Amerlinghaus [...] machen Freiräume. Wir tragen sehr viel dazu bei, dass sich Leute einfach mal' begegnen und kennen lernen dürfen.“ (Interview 5, Juli 2019, Wien)

Während die Besetzer*innenbewegung besonders in den 1990er Jahren stillgelegt schien, kommt es in den 2000er Jahren, vor allem unter der Schwarz-Blauen Regierung wieder zu sehr vielen Besetzungen. „In drei durchschnittlichen Jahren wurden seitdem mehr Häuser in Wien besetzt als in den 1970er- und 1980er- Jahren zusammen“ (Uhl, 2012: 219). Diese neue Besetzungsbewegung entstand vor allem aufgrund der Kommerzialisierung von (ehemaligen) Besetzungsobjekten, wie beispielsweise die Arena oder das Flex (ebd.). Zunehmend kam es auch zur Kritik an Gentrifizierungsprozessen. Dabei richteten sich die Besetzer*innen vor allem gegen das kapitalistische System. Diesen neuen Bewegungen, wie zum Beispiel die Gruppe „Freiraum“, trat die Stadt jedoch repressiv gegenüber; solche Initiativen, die sich für Freiräume einsetzten, wurden entweder unterdrückt oder ganz verhindert. Bis 2009 wurden die Besetzungen sehr schnell beendet und geräumt. (ebd.: 220f.) „Besetzte Häuser konnten aber nie gehalten werden, da die Gemeinde keine Aneignung ohne Rechtsstatus zuließ. Aus diesem Grund erlangte nach der Besetzung des EKH im Jahr 1990 eine Kultur der Besetzungen in Wien kaum an Bedeutung. Auch mit anderen Städten vergleichbare Mieter_inneninitiativen entwickelten sich nur marginal“ (Foltin, 2011: 85). „[...] Trotzdem bildeten diese Zentren den Mittelpunkt einer florierenden gegenkulturellen Szene, von der auch im neuen Jahrtausend eine

¹¹ <http://www.amerlinghaus.at/> [Aufruf: 20.12.2019]

neue Besetzungswelle zur Erkämpfung neuer Hausprojekte ausgehen soll“ (Suttner, 2012: 144), wie das Amerlinghaus beispielsweise zeigt.

6.1.2. Was ist von der einst erfolgreichen Besetzer*innenbewegung Wiens übrig?

Insgesamt wird in der Literatur sowie auch in den Interviews argumentiert, dass aufgrund der nachfolgenden Gründe die Besetzungsbewegung in Wien aktuell schwach ist: Veränderungen am Markt, Investor*innen als neue Gegenüber der Besetzer*innen, schnelle Räumungsverfahren, negative Wahrnehmung der Besetzungen in der Öffentlichkeit, mangelnde Solidarität sowie fehlende Nachbarschaftsnetzwerke.

„Blendet man in die Gegenwart oder zumindest in den Zeitraum der letzten Jahre, dann zeigen sich deutliche Verschiebungen im Verhältnis zwischen Stadt und HausbesetzerInnen. Die Gemeinde hat einerseits ihr Verhalten allem Anschein nach deutlich versachlicht, man könnte auch sagen dazugelernt, und versucht, Konflikte seither im Vorfeld besser abzuschätzen“ (Nußbaumer/Schwarz, 2012: 20f.). Die Autor*innen argumentieren zudem, dass die Besetzungen für die Gemeinde mittlerweile keine Bedrohung mehr darstellen würden. Während damals die Gemeinde der größte Adressat und Gegenüber der Besetzer*innen war, sind das heute der Markt und internationale Investor*innen. (vgl. Nußbaumer/Schwarz, 2012: 21) Eine interviewte Aktivist*in bestätigt dies: Die Veränderungen im Besetzen von Häusern seit 1970, führt sie darauf zurück, dass das Gegenüber ein anderes ist und die Stadt außerdem viel neoliberaler gestaltet ist als zuvor zu Zeiten der Besetzungen des WUKs oder des Amerlinghauses. Nun sind Investoren im Spiel, mit denen auch die Stadt Wien „im Bett liegt“ (Interview 9, August 2019, Wien).

Das Zurückgehen der Besetzer*innenbewegung wird außerdem auf die schnellen Räumungsverfahren im Falle von Besetzungen zurückgeführt: In Österreich und auch Wien kam und kommt es zusätzlich bei Besetzungen schnell zur Räumung oder es wird ein Ausweichquartier angeboten. Deshalb konnten in den letzten Jahren nur wenige Besetzungen aufrechterhalten werden. (vgl. Suttner, 2012: 144) Eine Aktivist*in bestätigt dies, und argumentiert im Interview, dass Hausbesetzungen damals anders angelegt waren, und man anders damit umgegangen ist. Heute sei man sich als Aktivist*in im Klaren, dass man sowieso gleich geräumt wird. „Ich glaub´ das ist das Problem mit Besetzen. Also generell mit Besetzen, wie es praktiziert wird momentan oder wie es momentan nur praktiziert werden kann. [...] Also das ganz schnell, ganz klar geräumt wird, Punkt aus Schluss [...] Ich hab´ das Gefühl, dass

jetzige Besetzungsaktionen davon ausgehen: wir wissen, wir werden eh geräumt und kurz mal Farbe bekennen und gucken, dass nicht möglichst viele Leute Strafen kriegen“ (Interview 9, August 2019, Wien).

Zusätzlich hinzu kommt die negative Wahrnehmung von Besetzungen, sowohl in den Medien also auch bei den Nachbar*innen selbst: Das Beispiel der „Nele“-Hausbesetzung im November 2018 (siehe Kapitel 6.3.4.) zeigt, dass die Hausbesetzungen im Umfeld und auch in der Öffentlichkeit gar nicht oder wenn dann negativ wahrgenommen werden. Viele Passant*innen hätten am Tag der Räumung folgendes Ressentiment geschürt: „scheiß autonom, scheiß Linke, was macht´s ihr da?“ (Interview 9, August 2019, Wien). Die breite Bürger*innenbewegung wie in Berlin (Verweis auf 'Deutsche Wohnen enteignen'¹²) würde in Wien ausbleiben, so die Aktivist*in.

„Das es nicht in autonomen Blasen in einer gewissen Art bleibt, bräuchte es eigentlich Solidarität und das Verständnis von den Nachbar*innen. Man schreibt sich eigentlich auf Fahnen und T-Shirts, wir machen das für die Nachbarschaft, aber eigentlich denken sie, ihr habt eigentlich kein Gespräch mit der Nachbarschaft. Viele von den Nachbar*innen sind dann auch so: ich kenn´ die nicht. Schwarzvermummte und Ding. Hab´ ich keinen Bezug dazu. Wer soll das sein? Ich will, dass die weg sind. Die bringen mir die Polizei ins Haus.“ (Interview 9, August 2019, Wien).

Wie sollte in Zukunft mit Besetzungen in Wien umgegangen werden?

Die oben angeführten Interviewausschnitte zweier Aktivist*innen implizieren, dass es notwendig wäre, bereits bei der Nachbarschaft anzusetzen, um das Image der Besetzungen zu verändern. Außerdem erwähnt ein Aktivist, dass besonders die Stadt Wien mit Besetzungen anders umgehen sollte: „Trotzdem hat die Stadt jetzt kein Interesse glaub´ ich, dass in die Hand zu nehmen und Leute zu unterstützen. Also man könnte auch mit Besetzungen anders umgehen. Man könnte auch sagen, super! Da machen junge Leute was, oder Leute, und setzen sich für ein politisches Thema ein, bringen selber die Initiative rein, haben Ideen.“ (Interview 3, Juli 2019, Wien)

Nicht nur bei Besetzungen scheint derzeit die große Bewegung in Wien auszubleiben. Insgesamt sind sich die Interviewpartner*innen in Wien einig, dass es Widerstand in der Stadt

¹² <https://www.dwenteignen.de/> [Aufruf: 20.12.2019]

gibt, dieser jedoch recht schwach sei. Im Folgenden werden mögliche Gründe für das Ausbleiben einer starken Vernetzung angeführt.

6.1.3. Warum bleibt die große Bewegung in Wien derzeit aus?

Das Gentrifizierung in Wien lange Zeit geleugnet wurde, wird von den Interviewpartner*innen als Grund hergenommen, warum eine große Bewegung derzeit noch ausbleibt. Oftmals wird das besonders mit dem Argument begründet, dass Wien eine stark regulierte Stadt ist, und dass der Wohnbau anders zusammengesetzt ist (vgl. Interview 7, Juli 2019, Wien). Kadi (2014: 54) beschreibt dies als sogenannten „positiven und verschleiernenden Diskurs“. Das bedeutet, dass Wien, vor allem im internationalen Vergleich oft als positives wohnungspolitisches Beispiel genannt wird. Dies würde die Wohnungsfrage in Wien behindern. Es wäre jedoch wichtig, diesen Diskurs aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte (besonders am Wiener Wohnungsmarkt) zu ändern. An dem Argument des „verschleiernenden“ Diskurses wurde auch bei den Interviewpartner*innen festgehalten. Damit haben einige der interviewten Personen in Wien versucht zu analysieren, warum es in Wien derzeit wenig Widerstand gegen Gentrifizierung gibt.

a. Alles halb so schlimm.

„Ich glaub´ es gibt Städte, in die man schaut, in denen es wesentlich mehr und organisierteren und sichtbarerem Widerstand gegen Gentrifizierung gibt. Wenn ich jetzt an Berlin zum Beispiel denke [...], wo es eine sehr viel lebendigere, sichtbarere Bewegung gibt. Das Argument, was oft hervorgebracht wird ist, naja das ist halt, weil in Wien die Dinge noch nicht so schlimm sind, wie anderswo“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

„Ich glaub´ es braucht in der öffentlichen Meinung so einen Peak wie in Berlin, wo das so eklatant ist; da wird es ein Sinnbild. In Wien läuft alles so ein bisschen: hier ist ja alles nicht so schlimm. Hier läuft noch alles gut, im Vergleich zu... Das kann aber auch ein Trugschluss sein, gerade bei Räumen, wie mo.ë., wo man denkt, da dürfen wir uns eigentlich gar nicht beschweren, weil es ist ja im Vergleich zu anderen gar nicht so schlimm“ (Interview 9, August 2019, Wien).

b. Wien - eine stark regulierende Stadt.

“Da gibt’s natürlich trotz allem von politischer Seite regulative Maßnahmen, die auch auf so Plätzen wie diesen [Verweis Yppenplatz] greifen. Beispielsweise, dass es relativ viele Altbauten dort gibt, die im Mietrecht nochmal einer anderen Regelung und Regulierung unterliegen als anderswo. Und die greift auch da am Platz, oder rund um den Platz” (Interview 1, Juli 2019, Wien).

“Wien ist glaub ich jetzt nicht vergleichbar mit Berlin oder so, wo man so eine ganz starke Bewegung auch gegen Gentrifizierung sieht. Ich glaub das hat unterschiedliche Gründe: einerseits, weil es tatsächlich Regulative gibt, andererseits weil glaub ich, die Verdrängung, die passiert, sehr langsam, leise und vielleicht auch ein bisschen unsichtbar vor sich geht... und vielleicht immer nur so ein Stück weit, dass es den Widerstand dagegen auch noch nicht produziert. Also vielleicht ist der Widerstand diskursiver oder anders” (Interview 1, Juli 2019, Wien).

Ein Argument, das bei allen Interviewpartner*innen stark hervorgehoben wird ist, dass es in Wien den kommunalen, sozialen Wohnungsmarkt gibt, sowie regulative Mechanismen im Mietrecht. “Historisch ist eben Wien eine sehr stark regelnde Stadt, in der oft die Dinge für einen geregelt werden, wo man selber nicht aktiv sein muss; vielleicht auch nicht sein soll, ja” (Interview 1, Juli 2019, Wien).

„Wien ist stark geprägt durch das rote Wien, durch den Gemeindebau, das ist wirklich was Einzigartiges in der Welt, und das ist was Wunderbares, dass in jedem Nobelgrätzl auch ein Gemeindebau ist, weil es einfach mit einer Wohnqualität wirklich was zu tun hat [...]. Das stabilisiert ein bissi sozial und hat auch damit zu tun, dass die meisten Leute oder viele Leute immer noch sehr, sehr zufrieden sind“ (Interview 5, Juli 2019, Wien).

„Ich denk’ mir der Druck ist ein anderer. Das hat viel mit der Sozialpartnerschaft zu tun. Du hast auch in Berlin das Gefühl, es gibt ganz andere soziale Bewegungen und andere Kämpfe und Allianzen. Es hat auch damit zu tun, dass woanders, wo die Leute noch relativ eine Ruhe haben und noch eine gute Lebensqualität haben, tatsächlich schon so stark unter Druck sind oder tatsächlich auch konkret das Haus verlieren“ (Interview 5, Juli 2019, Wien).

Einerseits wird also der soziale Wohnbau als Argument genannt: „Das ist glaub´ ich schon ein ganz wichtiger Faktor, der da einiges verhindert, weil das sind erstens immer unbefristete Verträge und vergleichsmäßig günstigere Mieten, was nicht heißt, dass die für alle leistbar sind“ (Interview 7, Juli 2019, Wien). Andererseits, das regulative österreichische Mietgesetz, welches eine Mietpreisbegrenzung für Altbauten vorsieht, und sich damit unter einer Mietpreisregulierung befinden. Hier ergänzt eine Interviewende jedoch: „Da weiß man allerdings aus verschiedenen Studien, dass die Mietpreisregulierung schlecht bis gar nicht eingehalten wird“ (Interview 7, Juli 2019, Wien). Sie beschreibt das Mietrechtsgesetz dennoch als lückenhaft. „Es ist trotzdem ein wichtiges Gesetz, es braucht einen dringenden Reformbedarf, denk´ ich. Aber das hat sicher auch irgendeinen dämpfenden Effekt auf Gentrifizierung [...]“ (Interview 7, Juli 2019, Wien).

c. Wien – eine stark verwaltete Stadt.

Ein Argument ist zum Beispiel, dass Wien über viele Institutionen verfügt, die versuchen Maßnahmen zu setzen. „Am Ende ist es in Wien wirklich zu beurteilen vor dem Hintergrund, dass die Stadtpolitik hier anders funktioniert und ich glaub´, dass die Sichtbarkeit des Widerstands auf der Straße und in der öffentlichen Wahrnehmung nicht 100 Prozent das widerspiegelt, was möglicherweise auch im Hintergrund passiert. Ich denk´, dass das in Wien viel stärker über Institutionen passiert, wie die Arbeiterkammer, dass hier Wissen produziert wird und dass hier Druck auf die Politik aufgebaut wird, die dann beginnt, Maßnahmen zu setzen und in dem Sinn glaub´ ich tut sich schon einiges“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Kumnig (2019: 169) schreibt hierzu, dass es in Wien eine sehr verwaltete Stadt mit vielen Anlaufstellen und Institutionen ist und es dadurch zur „Vereinzelung der Mieter_innen“ (ebd.) kommt. Das bedeutet, jede Person kämpft eher für sich einzeln, anstatt sich zu organisieren. Individuelle Beratung ist möglich, aber die Möglichkeit mit anderen Leuten, die sich in derselben Situation befinden in Kontakt zu treten, nicht. Die Beratungsstellen seien zwar hilfreich, würden aber keine kollektiven Momente schaffen. (vgl. Kumnig, 2019: 169)

d. Fehlende Ressourcen im Kampf gegen Gentrifizierung.

“Auf der anderen Seite könnte es sein, dass die Gruppen, die besonders betroffen sind...dass ma´ da vielleicht denkt, ma´ darf, soll oder kann gar nicht widerständig sein, weil da geht´s schon im Vorfeld überhaupt um Aufenthaltslegitimität...wie sehr fühl´ ich mich hier als ne´ Person, deren Raum das auch ist und die widerständig sein darf (...)” (Interview 1, Juli 2019,

Wien) Bezüglich der Betroffenen selbst, erwähnt eine Interviewpartner*in in einer Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) in Bezug auf Delogierungen und Widerstand dagegen folgendes: „Es ist so...so lange die Wohnung nicht gesichert ist, und die Mieter*innen in einer Krise sind, diese keinen Kopf oder keine Energie haben für andere Dinge. Sie müssen sowieso schon sehr viel machen, um die Wohnung zu sichern. Und erst dann, wenn das Problem weg ist, gibt es wieder Ressourcen, auch so energetische Ressourcen“ (Interview 4, Juli 2019, Wien).

“Man muss auch sagen, diese Dinge passieren relativ schleichend oft und sie treffen eben vor allem auch oft Gruppen, die multiple benachteiligt sind. Also es geht da um den privaten Mietwohnungsmarkt in Wien und das ist tendenziell der Ort, an dem Leute, die sozioökonomisch schlechter ausgestattet sind, wohnen. Das ist der Bereich, wo viele Menschen mit Migrationshintergrund wohnen, die wenig soziales, kulturelles Kapital haben, um sich zu organisieren, um hier auch Widerstand zu leisten” (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Hierbei wurde von drei interviewten Aktivist*innen auch die Ressource Zeit genannt. Beziehungsweise der Zeitmangel, die fehlende Zeit sich zu organisieren, zu mobilisieren und vernetzen.

*Aber dass man andere Beziehungen auch im Alltag herstellt, mehr Sicherheit sich gegenseitig gibt. [...] Wenn man sich nicht um den Nachbarn kümmert, dann wird's auch keine Organisation geben. Man muss da schon seine revolutionären Vorstellungen umsetzen und die sind kleine, langweile Alltagssachen. [...] Das sind diese Minisachen, die aber das Eigentliche ausmachen. Da muss man Zeit dafür haben. Einfach da sein, schauen was passiert, resonanzfähig sein, und nicht: ich hab jetzt nen' Vortrag vorbereitet und hören wir uns den jetzt mal an und nachher entscheiden wir was wir machen. Kann in irgendeiner Prozessphase auch sinnvoll sein, aber am Anfang ist es einfach auf dem Bankerl sitzen und zuhören und schauen. Das ist natürlich schwierig, weil wer hat die Zeit. Das ist das typische Problem. Sagen wir die „Gegner*innen“ (in Anführungszeichen), die werden bezahlt, manchmal auch nicht schlecht für 40 Stunden, und wir müssen's neben dem Geldverdienen so machen. Schwierige Bedingungen irgendwie... seine Ressourcen, die man hat, in den Griff zu kriegen. [...] (Interview 3, Juli 2019, Wien).*

e. Organisationsstrukturen- und Strategien

Außerdem würde es in Wien an „kreativen Strategien“ (ebd.) sowie Organisationsstrukturen fehlen:

Da haben die Strategien- und einfach solche kreativen, anderen und gescheiterten Strategien krieg ich in Wien nicht mit. Weil ein Haus zu besetzen und zu wissen ich werd' nach 24 Stunden rausgetragen, da können die selber absehen, was passiert. Da ist das Ziel nicht im Haus zu bleiben, sondern ein Zeichen zu setzen. Jo, und dann hat man halt zwei Tage einen Hubschrauber über dem Haus und alle Nachbarn sind genervt.

Und wie wehrhaft die Viertel sind, ist auch nochmal ein großer Unterschied, wo in Wien einfach eine andere Gesellschaft, Mentalität und Milieu ist im Vergleich zu anderen Städten. In St. Pauli, wo eine Bezirks- und Stadtregierung sich schon einmal überlegt, was sie da machen, weil sie wissen, die Widerstand- die Leute agieren da recht schnell. Das müssen sie in Wien nicht fürchten. Also wir können aus dem mo.ö. was machen, aber, dass es so Organisationsstrukturen in einem Viertel gäbe, gibt es einfach nicht. (Interview 9, August 2019, Wien)

Solche Strukturen könnten aufgebaut werden, wenn man Kontakt zur Nachbarschaft pflegt und auch in dem Viertel selbst präsent und aktiv ist, so die Aktivist*in.

Ein weiterer Grund für die schwache Mobilisierung, sei die Art und Weise, wie man sich in Wien organisiert:

Viele organisieren sich halt ganz anders, die reden halt einfach immer viel miteinander- auch im Alltag, dann nochmal Kaffee trinken, nochmal Tee trinken, ne Tschick zusammen rauchen. Da sind die politischen Räume. Die Linke in Österreich, Deutschland- ganz häufig ist es halt: treffen wir uns für zwei Stunden, diskutieren was, haben was auf der Tagesordnung- das ist total unattraktiv für die allermeisten Leute. Es ist einfach ein ganz anderer Style und ich glaube man muss sich dem Stil was passt auch anpassen von den Leuten. Und das ist vielleicht nur die 20 Minuten, die sie haben, wenn man sich im Stiegenhaus trifft. Aber nicht die zwei Stunden beim Treffen am Abend auch noch. (Interview 3, Juli 2019, Wien)

„Im Prinzip denk ich mir, das Thema schreit nach Organisation. Das ist so spannend, weil die Leute haben so Probleme ihre Miete aufzustellen. Das wär´ echt gewonnen, wenn man da was tun würde zusammen. Viele Leute finden es eigentlich eh gut ihre Nachbarn zu kennen, aber die Hemmschwellen sind zum Teil sehr, sehr groß. Da muss man viel, viel Arbeit leisten.“ (Interview 3, Juli 2019, Wien)

6.1.4. Warum mehr Widerstand in Wien notwendig wäre

Wie bereits im Interview 3 (siehe oben) erwähnt, wäre es trotz der starken Regulierungen der Stadt auch in Wien notwendig, mehr Widerstand gegen Gentrifizierung zu leisten. „In vielerlei Hinsicht scheint Wiens Sonderstellung zunehmend als eine *historische*“ (Kadi, 2014: 54). Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen jedoch grundlegende Veränderungen in der Ausrichtung der Wiener Wohnungspolitik, so Kadi (2014: 54). Als Beispiele nennt er hierfür das Ende des Baus von weiteren Gemeindebauten, die Deregulierung des privaten Mietwohnungsmarkts (vgl. Kadi, 2014: 54). Zudem wurde die Mietgesetzgebung und der Mieter*innenschutz am privaten Wohnungsmarkt schrittweise liberalisiert, eine zunehmende Öffnung für privates Kapital, steigende Mietpreise, zunehmende Leistbarkeitsprobleme, und exkludierende und direkte Verdrängung wurden provoziert (vgl. Verlië, 2014: 41-44).

Um einige Beispiele detaillierter zu nennen: die Mietpreise in Österreich sind zwischen 2000 und 2010 stärker gestiegen als das Einkommen oder die Inflationsrate. In Wien sind die Mieten in den letzten 10 Jahren im Durchschnitt um 37% gestiegen, insbesondere am privaten Wohnungsmarkt. Im Altbausegment stiegen die Mieten um bis zu 67% an. Zusätzlich kommt es besonders durch die Einführung befristeter Mietverträge in Wien zunehmend zu exkludierender Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte aus den Innenstadtbezirken. Oft würde es auch zu illegaler Vertreibung der Vermieter*innen kommen, denn um die Mietpreise erhöhen zu können, müssen zuerst alle im Haus Verbleibenden raus. (vgl. Verlić, 2014: 41-44) Diese Entwicklungen zeigen, dass sich Profitinteressen gegenüber dem Recht auf Wohnen durchsetzen (vgl. Kadi, 2014: 54).

6.1.5. Die große Bewegung bleibt aus – Initiativen gibt es aber doch

Mieten steigen auch in Wien, sozialer Wohnbau ist nicht für alle zugänglich und im Schnitt werden täglich sechs Haushalte zwangsgeräumt (vgl. Kumnig, 2019: 165). Es gibt wenig Mobilisierung dagegen, aber dennoch vereinzelt Initiativen, die „Gentrifizierung thematisieren, leerstehende Häuser besetzen, gegen Zwangsräumungen mobil machen und Mieter_innen im Kampf gegen Spekulation mit Wohnraum unterstützen“ (Kumnig, 2019: 165). Jene Initiativen thematisieren steigende Mieten, befristete Mietverträge, Rassismus am Wohnungsmarkt sowie Verdrängungsmethoden (vgl. Kumnig, 2019: 165).

Einerseits haben sich einzelne soziale Initiativen herausgebildet, wie das „Recht auf Stadt Netzwerk“¹³, die „IG Kultur Wien“¹⁴(Wiener Interessensgemeinschaft für freie und autonome Kulturarbeit), „ARGE Räume“¹⁵(Kulturraumvernetzung) „Bikes and Rails“¹⁶(wohnungspolitische Initiative, für bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum), oder „Zwangsräumungen verhindern“¹⁷(wohnungspolitische Initiative). „Was man sagen kann ist, dass es doch in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit für das Thema Widerstand gibt. Und es gibt auch stärkere Mobilisierung und Organisation. Es gibt ja doch jetzt zum Beispiel rund um das „Recht auf Stadt“ Netzwerk eine Reihe von Gruppen, die sich formiert haben und sich organisiert haben. Ich denk jetzt an ´Mietenwahnsinn stoppen´ oder ´Zwangsräumungen verhindern´“ (Interview 2, Juli 2019, Wien). „(...) [S]ie alle thematisieren die schneller

¹³ <https://rechtaufstadt.at/> [20.12.2019]

¹⁴ <https://www.igkulturwien.net/index.php?id=488> [20.12.2019]

¹⁵ <https://arge-raeume.org/> [20.12.2019]

¹⁶ <https://www.bikesandrails.org/wp/> [20.12.2019]

¹⁷ <https://zwangsräumungenverhindern.noblogs.org/> [20.12.2019]

werdende Gentrifizierung in der Stadt und erzeugen Aufmerksamkeit für die Tatsache, dass das Recht auf Wohnen in Wien zunehmend durch private Profitinteressen ausgehebelt wird, getrieben, nicht zuletzt, durch wohnungspolitische Veränderungen und Reformen“ (Kadi, 2016).

Andererseits macht sich Widerstand am Beispiel einzelner Objekte breit. „Ich glaub´ auch, dass es so bestimmte Momente gegeben hat in den letzten Jahren, die der Relevanz von Gentrifizierung mehr Aufmerksamkeit gegeben haben und auch aufgezeigt haben, dass der Widerstand dagegen präsent ist. Und das sind oft so einzelne Objekte, an denen sich das entzündet“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

In den Interviews wurden Beispiele von Besetzungen der Vergangenheit wie das WUK, die Arena, das Amerlinghaus, die „Pizzeria Anarchia“ sowie rezentere Beispiele wie der geplante Abriss der Nordbahnhalle, den Umbau der Althangründe, die Alte WU, das „mo.ë“ und die „Nele“-Hausbesetzung genannt. Letztere zwei waren Teil der Forschung, da sich diese im Bezirk Ottakring ereigneten (siehe Kapitel 6.3).

Am häufigsten wurde hier auf den Fall der „Pizzeria Anarchia“¹⁸ im 2. Wiener Gemeindebezirk verwiesen: „das glaub´ ich hat auf jeden Fall gefruchtet, und war schon Anstoß, wo was passiert“ (Interview 2, Juli 2019, Wien). Als rezenteres Beispiel haben die Interviewpartner*innen vor allem das Objekt „mo.ë“ genannt, welches im Kapitel 6.3.5. genauer analysiert wird. „Ich glaub das mo.ë war zuletzt ein anderes Objekt, an dem sich gezeigt hat, dass hier der Widerstand organisierter wird“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Vier der Interviewpartner*innen in Wien sind außerdem der Meinung, dass es einen konkreten Ort und einen konkreten Fall bräuchte, um den Widerstand in Wien anzukurbeln. „Und weil ja Aktivismus in Wien nicht gerade endlos ausgebaut ist. Es gibt ja jetzt nicht 100 Beispiele von Leuten, die sich für so Dinge einsetzen“ (Interview 10, September 2019, Wien), aber dennoch würde auch in Wien Mobilisierung gelingen „an einem sehr konkreten Ort und an einer sehr konkreten Frage und Objekt“ (Interview 10, September 2019, Wien).

¹⁸ <https://pizza.noblogs.org/> [Aufruf: 02.01.2020]

6.2 Beispiel Madrid

In Madrid lösen besonders die Transition der Franco-Diktatur zur Demokratie sowie die Wirtschaftskrise und dessen sozialen Folgen Widerstand aus. Um sich gegen die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes zu wehren, formieren sich in ganz Spanien soziale Bewegungen. Besonders erfolgreich waren und sind die „PAH“ sowie die „15-M“ Bewegung, die sich vor allem gegen die neoliberale Entwicklung der spanischen Städte stellen. Neben dem Hauptziel, die in und nach der Wirtschaftskrise stark ansteigenden Zwangsräumungen zu verhindern, ist eine ihrer Strategien, Häuser und Sozialzentren zu besetzen. Das fast zwei Jahre lang besetzte Sozialzentrum „La Ingobernable“ (6.2.5.) ist ein rezentes Ereignis und illustriert die aktuellen Widerstände in der Stadt.

6.2.1. Soziale Mobilisierungen gegen Gentrifizierung in Madrid aus historischer Perspektive

“(…) the neoliberal city engaged in growth machines, new technologies, and the availability of activists who are developing new forms of political activism through urban intervention in relation to current socio-economic conditions in terms of severe crisis”. (Walliser, 2013: 343)

Mit der Krise setzten sich in Spanien Austeritätspolitiken verstärkt durch (vgl. Martínez, 2018a: 1). Austeritätspolitik ist eine auf „Haushaltsdisziplin begründete Wirtschafts- und Finanzpolitik“ und zentrales Element des Neoliberalismus, welches besonders nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 und vor allem in den davon am meisten betroffenen südeuropäischen Ländern verstärkt an Bedeutung gewinnt. Damit werde versucht, der Finanzbeziehungsweise Schuldenkrise des Staates mit einer Sparpolitik entgegenzuwirken. Von der Erhöhung von Massensteuern und Gebühren sowie Kürzungen staatlicher Leistungen sind vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen und prekarierte Gruppen betroffen. (vgl. Wiegand et al. 2015: 16f.) Austeritätspolitiken führen zu Haushaltskürzungen, Rationalisierungsmaßnahmen im Dienstleistungsbereich, Rückgang der Zahlen von öffentlichen Bediensteten und Einschränkungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie sozialen Bereichen (vgl. Peck, 2015: 22-24). Der Anstieg an Investitionen in Immobilienspekulationen sowie Finanzierungen durch Kredite waren beziehungsweise sind Folgen daraus. Zusätzlich wurde viel in Städte investiert, im engen Zusammenhang mit Gentrifizierung. (vgl. Martínez, 2018a: 1)

Die Rehabilitierungsprojekte der Stadt Madrid und somit auch die ersten Prozesse von Gentrifizierung begannen bereits in den 70iger, frühen 80iger Jahren. (vgl. Díaz Orueta, 2007: 183) Diese Entwicklungen führten schließlich zur Verdrängung von Armen sowie Personen der Arbeiter*innenklasse. Außerdem hat dies eine räumliche Segregation und nicht leistbares Wohnen zur Folge. (vgl. Martínez, 2018a: 1) Folglich stiegen auch soziale Ungleichheit, Armut und Segregation an. (vgl. Díaz Orueta, 2007: 183)

“Seit 2011 [...] als die Bürger_innen in Folge der Krise und aus Unzufriedenheit mit der Regierung zunehmend auf die Straße gingen, hat sich eine Explosion von [...] Gegenmachtsinitiativen entwickelt” (España/Toscano, 2019: 19). Der Wunsch nach einer verantwortungsvollen politischen Gestaltung ist hoch (vgl. Youkhana/Jüssen, 2015: 153; 170). Als Antwort darauf formierten sich soziale Bewegungen, welche sich insbesondere gegen das Stadtmodell, -dessen Ziel die Attraktivierung und Konkurrenzfähigkeit der Stadt war- und damit einhergehende Umgestaltungsprojekte, wehrten. Stark verbunden sind deren Forderungen auch mit den Anti-Globalisierungsprotesten und dem Anspruch auf mehr demokratische Rechte, sowie ein Recht auf Wohnen. Das Thema Wohnen war vor allem seit den 80-iger Jahren, als die Mietpreise stark angestiegen sind, stets präsent. Daraufhin wurden seitens der sozialen Bewegungen alternative Stadtmodelle entwickelt. (vgl. Díaz Orueta, 2007: 183f.)

Diese sozialen Initiativen leisten besonders in Form von Hausbesetzungen und Asambleas (Anwohner*innenversammlungen) in den Stadtvierteln Widerstand. Mit ihren Forderungen und Aktionen versuchen sie sich die Stadt wieder anzueignen und artikulieren den Wunsch, sich die Stadt zurückzuerobern. (vgl. España/Toscano, 2019: 19-21) “Ihre Aktionen dienen dazu, die Enteignungsprozesse in der neoliberalen Stadt zu reflektieren und ihnen entgegenzuwirken.” (España/Toscano, 2019: 19)



Abbildung 3 Asamblea, Plaza de Lavapiés, Juni 2019, Madrid

Wer sind die Hauptakteur*innen der Mobilisierungen?

Gruppen, wie die „PAH“ (Plataforma de Afectados por la Hipoteca) und die Bewegung „15-M“ formierten sich aufgrund der Stadterneuerungen und damit einhergehender Gentrifizierung sowie Ausschlusses der Bewohner*innen an sozialer, politischer und wirtschaftlicher Partizipation (vgl. Youkhana/Jüssen, 2015: 170). “The 15M movement in Madrid can be interpreted as an outcome of previous social movement dynamics in which new forms of activism and mobilisation are being focused on the production of urban space. This has given rise to new groups and collectives pursuing the improvement of the city’s community life through transformative action.” (Walliser, 2013: 330) Die Bewegung „15-M“ fordert vor allem die Remunizipalisierung bestimmter Dienstleistungen, die Förderung selbstverwalteter Sozialzentren, eine Stadtplanung, gegen Gentrifizierung und Touristifizierung der spanischen Städte, sowie für ein Recht auf Wohnen und ein Recht auf Bildung (vgl. Brunner et.al, 2017: 17). “The 15 M movement has [...] transformed the assemblies into local action groups that correspond to the neighborhoods of the city, focusing particularly on issues related to the right to the city, such as evictions and the right to housing” (Walliser, 2013: 334). Durch die Aneignung öffentlicher Räume, sozialer Vernetzung und kreativen Protest gelingt es ihnen sich politisches Gehör zu schaffen (vgl. Youkhana/Jüssen, 2015: 170).

6.2.2. Besetzungen als Hauptstrategie sozialer Bewegungen Madrids

Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise und deren sozialen Konsequenzen für die Bewohner*innen Spaniens, formierten sich zu dieser Zeit vermehrt Kollektive, die Besetzungen als Hauptstrategie verwenden und besonders für einen Gesellschaftswandel plädieren (vgl. Martínez, 2018a: 1f.; Adell et al., 2004: 24). Besonders durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 nehmen Besetzungen in Spanien eine bedeutende Rolle ein: „(...) squatting in Western cities came to represent a visible indicator of the economic recession“ (Martínez, 2018a: 1). „Zwischen 2011 und 2014 gab es ein positiveres Bild gegenüber Besetzungen, weil es sehr, sehr viele Hausbesetzungen gab und sich die Wirtschaftskrise zugespitzt hat“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid).

„The combined effect was an increase in homeless people and marginalized groups seeing squatting as a feasible and reasonable last resort, regardless of its legal implications.“ Martínez (ebd.) beschreibt diese Form des Protests als sozialen Protest. „Die Besetzung von Sozialzentren hatte eine starke Komponente von jungen, linken Personen, aber auch von Personen unterschiedlichen Alters, von verschiedenen sozialen Bewegungen, von verschiedenen Organisationen, vor allem Leute aus dem Viertel selbst.“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid) Seit 2011 und mit dem Aufkommen der „PAH“ hat sich das Profil der Aktivist*innen verändert: „viele Frauen*, Migrant*innen, Familien mit Kindern, Leute mit unterschiedlichsten Konditionen und Alter, begannen sich zu formieren. Sehr viele arme Menschen, sehr viele, die mit sozialen Bewegungen und Wohnungsinitiativen, vernetzt waren, besonders mit der PAH.“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid)

6.2.3. Über den Wandel und Erfolg der Besetzer*innenbewegung Spaniens – Am Beispiel der „PAH“ und „15-M“ Bewegung

Madrid hat eine lange Tradition in der Besetzerszene, insbesondere in der Besetzung von Sozialzentren. Bereits Mitte der 80iger Jahre hat sich die soziale Bewegung der Hausbesetzer*innen herausgebildet. Stütze und Mittelpunkt für diese waren Sozialzentren. (vgl. Martínez, 2018b: 309f.) “Throughout the country, the squatting movement has been strongly supported by social centers throughout the decade of the '90s” (Lledin, 2018: 301). “Sozialzentren sind der Kern der Besetzer*innenszene” (Interview 16, Oktober 2019, Madrid).

Nichtsdestotrotz wurden 1996 Besetzungen in Spanien kriminalisiert: „(...) it was very strange to consider squatting as a crime, like all the crime is against life, basic rules or basic rights of people”. (Martínez, 2018b: 311) Als Reaktion auf die Kriminalisierung von Besetzungen kam es zu noch mehr Besetzungen seitens der Aktivist*innen: „But anyway, in spite of that situation, the case is that we are still putting squatting into practice. Even when you are facing that you can be evicted in two weeks or two days it doesn't matter“ (Martínez, 2018b: 311). Schließlich waren die Jahre 1995-1998 die Blütezeit der Hausbesetzer*innenbewegung. (ebd.)

Die Besetzungsszene in Spanien hat sich jedoch über die Jahre verändert, insbesondere durch das Aufkommen der „15-M“ Bewegung: „social centers have evolved beyond the '80s stereotype image of a punky house“ (Moore, 2018: 343). Einen Höhepunkt erlebt die soziale Bewegung der Besetzer*innen also vor allem mit dem Aufkommen der „PAH“ und der „15-M“ Bewegung, welche Besetzungen als Form des Widerstandes gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ausüben. „Die PAH kämpft gegen Zwangsräumungen, welche seit 2010 sehr intensiv stattfinden. Bei der Gründung ging es darum, Zwangsräumungen zu verhindern, die fast immer Migrant*innen oder arme Familien betreffen. Dieser Kampf wurde fortgesetzt mit einem Kampf gegen die Mietpreissteigerungen, welche alle Bewohner*innen des Viertels betrifft. [...] es ist ein kontinuierlicher Kampf, ein Kampf für das Wohnen, was ein Antigentrifizierungskampf ist, dafür, dass die Nachbar*innen des Viertels in ihrem Viertel bleiben können“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid).

Eine große Demonstration am 15. Mai 2011 (daher auch der Name „15-M“ Bewegung) löst eine starke Protestwelle in ganz Spanien aus. Dabei wurde gegen die hohe Arbeitslosigkeit und Missstände des sozialen und politischen System Spaniens gekämpft. Daraufhin kommt es am 11. Juni, also einen Monat später in Madrid zum ersten Erfolg der „PAH“. In Tetuán, einem Arbeiter*innenbezirk der Stadt konnte durch die „PAH“ die Zwangsräumung einer Familie verhindert werden. Die „PAH“ ist eine Gruppe, die sich 2009 in Barcelona 2009 formierte – zu Zeiten wo die Arbeitslosigkeit in Spanien ihren Höhepunkt erreicht hatte; zwischen 2007 und 2012 stieg diese von 8.57% auf 25.77% an. Zusätzlich sind die Wohnungspreise zwischen 1996 und 2006 um 180% gestiegen. Den Leuten war es unmöglich, die Kredite, die die Jahre davor aufgenommen wurden, zurück zu bezahlen. Dadurch stieg auch die Anzahl an Räumungsklagen und Zwangsräumungen. Als Reaktion haben sich die „PAH“ und andere soziale Wohnungsinitiativen kollektiv organisiert. In Madrid sind die stärksten Wohnungsinitiativen in den Arbeiter*innenbezirken Tetuán, Lavapiés und Vallecas zu

verorten. Hauptmotiv der „PAH“ war zu Beginn ihrer Arbeit Zwangsräumungen im ganzen Land zu stoppen unter dem Hashtag #Stopdesahucios. Innerhalb von 4 Jahren ist es ihnen gelungen 1.663 Zwangsräumungen in Spanien zu stoppen. (vgl. Lledin, 2018: 298-302)

2012 haben die Wohnungsinitiativen der „15-M“ Bewegung sowie die „PAH“ ihre Strategien erweitert und begonnen leerstehende Häuser zu besetzen. „Squatting empty houses politically realizes the right to housing and covers the basic needs of people”. (Lledin, 2018: 304) Besetzungen gab es zuvor schon, aber erstmal wurden diese auch öffentlich und eine Kommunikationsstrategie entwickelt. Die Gruppen haben beispielsweise Sprecher*innen, die in den Medien sehr präsent sind und Besetzungen öffentlich machen. Bekanntestes Beispiel Spaniens ist die derzeitige Bürgermeisterin Barcelonas, Ada Colau, Mitglied der „PAH“. (vgl. Lledin, 2018: 303-305)

Aufgrund der prekären Situation im Land, haben sich auch die Akteur*innen der Besetzungen verändert. Einst waren es vor allem junge Leute, Studierende, viele davon mit einer liberalen Ideologie. Nun sind Leute mittleren Alters, Alleinerzieher*innen, Arbeiter*innen, etc. dazugekommen; all jene, sind durch den Wohnungsverlust aktiv geworden. (vgl. Lledin, 2018: 306) „Nowadays the social image is changing. The heterogeneity of the squatters, and the fact that they are in the mainstream speaking as ‘normal people’ generates some empathy, because anyone can be in the situation” (Lledin, 2018: 306).

“The society at large understands the reasons for squatting. The housing movement in Spain has achieved an important victory in recent years, overcoming old prejudices and traditional political patterns. The movement has generated changes in social attitudes and practices” (Lledin, 2018: 306).

6.2.4. Die Besetzung von Kultur- und Sozialzentren

Der sichtbarste Ausdruck des politischen Protests sind Besetzungen von Sozialzentren, manchmal auch in Kombination mit Hausbesetzungen. Damit wird Kritik an der (Stadt)Politik sowie am kapitalistischen System selbst geübt. (vgl. Martínez, 2018a: 2f.) Sozialzentren sind nicht-kommerzielle Orte, die gegen Spekulation, Privatisierung, soziale Ungleichheit und das kapitalistische System ein Zeichen setzen (vgl. Martínez 2018b: 312).

Die Besetzung von Sozialzentren dient dazu eine politische und kulturelle Gegenhegemonie aufzubauen, auf Leerstand und Mangel an leistbarem Wohnraum aufmerksam zu machen – also eine verfehlte Wohnungspolitik zu thematisieren, zum Schutz von Kulturerbe und städtischen Gebieten, zur Herausbildung umweltfreundlicher und antikapitalistischer Lebensstile und do-it-yourself Praktiken. Außerdem treten Aktivist*innen für ein „Recht auf Stadt“ für alle ein, insbesondere für wohnungslose und von Verdrängung betroffene und ‚marginalisierte‘ Personen. (vgl. Martínez, 2018a: 4;11;15)

Besetzte Sozialzentren spielen eine wichtige Rolle für die Bewohner*innen einer Stadt. „Sozialzentren weisen die Kraft auf, viele Menschen anzuziehen, politisch und sozial zu verbinden. Sie ziehen die Bevölkerung von vielen Städten an, viele soziale und politische Kollektive, die Aktivitäten machen und auch Aktivitäten mit politischem Charakter, was in anderen Bereichen nicht möglich ist, weil das verboten ist. Also ist deren Hauptrolle, die soziale Dynamisierung, Sozialisierung und Politisierung und in Bezug auf Gentrifizierung ist das sehr wirksam. Wenn sich die Leute, die in Sozialzentren partizipieren gegen Gentrifizierung einsetzen wollen, dann ist das der ideale Ort dafür.“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid)

Einerseits können hier viele Kunst- und Kulturschaffende ihre Arbeiten ausüben, andererseits bieten sie Raum, um politische Projekte zu realisieren. Dennoch haben selbstorganisierte Sozialzentren Madrids immer mit der Stadtregierung zu kämpfen. (vgl. Moore, 2018: 346f.) (...) the basic antagonism between authentic selforganized autonomous squatted projects and government institutions remains.” (Moore, 2018: 347) Moore (ebd.) beschreibt dies als Machtkampf, zudem eine Gegenmacht aufgebaut werden muss, um die Zentren erhalten zu können.

Bei der Besetzung von Sozialzentren spielt die Verortung eine bedeutende Rolle. Diese Zentren befinden sich meist in zentralen Teilen der Stadt, wo sich Leute versammeln, um sich auszutauschen und auch Aktivitäten entwickeln. (vgl. Martínez, 2018: 13) Moore (2018: 343) beschreibt Sozialzentren als Orte der Zusammenkunft und des Austauschs für Aktivist*innen, insbesondere aus der Besetzer*innenszene. Interview 12 (Oktober 2019, Madrid) bestätigt dies: „Sozialzentren spielen für den Widerstand gegen Gentrifizierung eine bedeutende Rolle, da sie Orte der Zusammenkunft für Aktivist*innen sind“. Adell et al. (2004: 23) beschreiben Sozialzentren als Orte der “Gegeninformation” und Kommunikation für soziale Bewegungen. Außerdem bieten diese für Personen die Möglichkeit sich zu versammeln, sich zu organisieren,

Gespräche, Debatten und Konferenzen zu führen. Sie sind auch soziale und kulturelle Angelpunkte für Netzwerke, die sich beispielsweise gegen die kapitalistische Globalisierung stellen. (vgl. Adell et al., 2004: 50) Manche seien eher politisch orientiert, während andere (gegen) kulturell ausgerichtet sind. (ebd.)

„Gentrifizierungsprozesse kommerzialisieren alles, heben alle Preise — Mietpreise, Lebensmittelpreise, Textilpreise, alles ist teurer. Sozialzentren haben es geschafft dieser Dynamik entgegenzusteuern. Es sind nicht kommerzielle Orte, die eine nichtkommerzielle Insel im Zentrum der Stadt generieren“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid). Abgesehen davon, würden sich Sozialzentren gegen Gentrifizierungsprozesse stellen und diese kritisieren, da sie sich für den Zugang zu (sozialen) Räumlichkeiten, öffentlichem Raum und Gemeinschaftsräumen einsetzen. Und das würde den Logiken der Gentrifizierung widersprechen, so ein Aktivist der okupa Bewegung in Madrid (Interview 16, Oktober 2019, Madrid): „Genau das ist ein Gegenbeispiel zur Logik der Gentrifizierung. Denn das ist eine Logik der Kommerzialisierung von Orten, von Raum, eine Verdrängung der Bevölkerung, die nicht die nötigen Ressourcen aufbringen kann, um weiterhin in dieser immer teurer werdenden Gegend zu wohnen.“

Derzeit gibt es in Madrid 54 besetzte Sozialzentren sowie 40 geräumte. (vgl. Moore, 2018: 344) Als aktuelles Beispiel dient hier das selbstorganisierte Sozialzentrum „La Ingobernable“ im Zentrum der Stadt Madrid, das im November 2019 im Auftrag der neuen Regierung Madrids geräumt wurde.

6.2.5. „La Ingobernable“ – Im Kampf gegen Gentrifizierung

„La Ingobernable“ war ein von Mai 2017 bis November 2019 von sozialen Kollektiven besetztes Sozialzentrum im Stadtzentrum Madrids, wenige Kilometer von Lavapiés entfernt. Das Gebäude befindet sich in einer der meist gentrifizierten und touristifizierten Gegenden der Stadt, umgeben von Hotels, Touristenattraktionen und Museen. Rund 150-200 Aktivitäten wurden monatlich durchgeführt und gratis und für alle zugänglich angeboten. Laut Angaben auf der Facebookseite des Kollektivs „CS La Ingobernable“ haben innerhalb von zwei Jahren mehr als 140.000 Personen das Sozialzentrum besucht.



Abbildung 4 „La Ingobernable“, Oktober 2019, Madrid

Es ist ein Sozialraum, der zwischen allen und für alle konstruiert wird, ein Raum frei von sexistischen, rassistischen, homophoben, transphoben Einstellungen. Wir formieren uns basierend auf Gleichheit und Solidarität. La Ingobernable ist ein feministisches, ökologisches, [...] und solidarisches Projekt. Feministisch, weil wir glauben, dass das der beste Wert ist, den wir haben, um die Gesellschaft zu transformieren und gleicher zu machen, um die Nachhaltigkeit des Lebens in den Mittelpunkt zu rücken. Ökologisch, weil wir uns einer kapitalistischen Produktionsweise widersetzen, die ausbeutet und alles kommerzialisiert, was das Leben unmöglich macht und uns zu einem großen Scheideweg führt. [...] Solidarität, weil wir soziale Gerechtigkeit und gegenseitige Unterstützung zu einem zentralen Wert machen. (Ingobernable, 2019)

„La Ingobernable“ ist eine Weiterführung des „Patio Marravillas“, eines ehemaligen besetzten Sozialzentrums im zentral gelegenen Stadtteil Malasaña. Nach der Räumung haben die Aktivist*innen ein anderes Gebäude besetzt, und es „Ingobernable“ genannt. Beide wollten in Verhandlungen mit der Stadtregierung Madrids treten, um eine legale Konzession zu erhalten, und ein Sozialzentrum zu entwickeln; dies haben sie aber nicht geschafft. (Interview 16, Oktober 2019, Madrid)

Bei den besetzten Sozialzentren ging es nicht so stark um den Konflikt mit den Immobilienunternehmen, sondern mehr mit den Behörden. Bei „La Ingobernable“ handelt es sich um den Kampf gegen die Stadtverwaltung, der sich unter der derzeitigen konservativen, rechten Dreier-Koalition von Partido Popular, Ciudadanos und Vox vertieft hat. (vgl. Interview 12, Oktober 2019, Madrid) „Eine der ersten Ankündigungen seitens der lokalen Regierung war, dass sie La Ingobernable räumen werden“ (Interview 12, Oktober 2019, Madrid). Zwei Aktivisten aus „La Ingobernable“ sahen diesen Kampf im November, noch vor der Räumung, bereits als verloren an. Nach dem Stadtregierungswechsel im Frühjahr dieses Jahres, sahen sie keine Chance mehr das Sozialzentrum behalten zu können, denn gegen die drei rechts regierenden Parteien sei kein Kampf mehr zu gewinnen (Interview 17, November 2019, Madrid). „Mit der neuen Regierung sehe ich das alles sehr kompliziert. Die Dreierkoalition von Ciudadanos, PP und Vox ist eine Bombe... [...] sie profitieren nicht vom Zentrum. Sie wollen nicht, dass sich die Leute versammeln und denken. Es geht ihnen nur darum, wie sie mehr wirtschaftlichen Profit machen können. Für sie ist einfach alles nur ein Geschäft.“ (Interview 15, November 2019, Madrid)

Ein Aktivist argumentiert zudem, dass es sich bei „La Ingobernable“ auch um einen Protest gegen die Privatisierung eines Ortes handelte, der zuvor öffentlicher Besitz war, und anschließend unter der konservativen Regierung des Partido Popular (PP) und der damaligen Bürgermeisterin Ana Botella an einen Architektenfreund verschenkt wurde. Dabei ging es um eine Privatisierung öffentlichen Raumes. Das Gebäude stand lange Zeit leer und das Kollektiv „La Ingobernable“ beschloss aus Kritik heraus zu besetzen. „The squat achieves a stated objective of the municipalist platforms, which is the re-municipalization of essential goods and services which the right-wings had privatized“ (Moore, 2018: 347). Sie forderten damit, dass der Raum an die Bürger*innen zurückgeht. Es ging also darum, Widerstand gegen die Privatisierungspolitik der Regierung zu leisten; und auf die fehlenden Räumlichkeiten in der Stadt Madrids hinzuweisen. (Interview 16, Oktober 2019, Madrid) “As a self-organized building in the center of the city, in its touristic heart, it accomplishes the often-stated goal of recovering a right to the city for the poor and dispossessed” (Moore, 2018: 348).

„Die erste Demonstration des Kollektivs La Ingobernable war gegen neoliberale Stadtpolitiken im Allgemeinen“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid). Diese erfolgte unter dem Slogan „Madrid no se vende“ (Madrid verkauft man nicht). Moore (2018: 348) beschreibt diese Demonstration auch als Akt des Widerstandes gegen Gentrifizierung. Seit dieser Aktion, wurde

„La Ingobernable“ zu einem sehr beliebten, gut besuchten Ort, wo sehr viele Veranstaltungen, Versammlungen, und Treffen verschiedenster sozialer Bewegungen stattgefunden haben; darunter die „PAH“, die feministische „8-M“ Bewegung, oder die „Fridays For Future“ Bewegung. Ein Aktivist aus dem besetzten Zentrum bestätigt, dass insgesamt 70 soziale Initiativen in der „Ingobernable“ vertreten waren, darunter 50 aktive im November. (Interview 17, November 2019, Madrid)

Viele Personen, die in Lavapiés aktivistisch tätig sind, würden auch in der „Ingobernable“ teilnehmen. Es ist auch ein Ort für lavapiésinische Aktivist*innen zur Versammlung gegen Gentrifizierung in Lavapiés, obwohl das Gebäude nicht in Lavapiés ist. (Interview 12, Oktober 2019, Madrid) Ein Aktivist des Netzwerkes „Lavapiés ¿dónde vas?“ (Kapitel 6.4.4) stimmt dem teilweise zu: „La Ingobernable ist nicht in Lavapiés. Also machen wir auch nichts in der Ingobernable. Ich war bei der Besetzung, aber wir können nicht lavapiésinischen Aktivismus dort machen. Aber sie sind unsere Brüder. Drei Personen von uns sind auch bei der Ingobernable und wir stehen auch auf ihrer Agenda.“ (Interview 18, November 2019, Madrid)

Im Kampf, um zu bleiben, wurden Allianzen mit anderen Kollektiven und Sozialzentren der Stadt gebildet. Gerade in Zeiten der bedrohten Räumung, von der „La Ingobernable“ betroffen war, würde die „Tabacalera“ (Kapitel 6.4.5) das besetzte Zentrum und Kollektiv stets unterstützen. Viele Aktivist*innen der „Tabacalera“ seien insgesamt oft auch Besetzer*innen in anderen Sozialzentren. Viele Leute der „Tabacalera“ würden auch Veranstaltungen in „La Ingobernable“ machen und an deren Aktivitäten teilnehmen. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

Das besetzte Gebäude wurde dennoch nach bereits zwei angekündigten, aber letztlich nicht durchgeführten Räumungsversuchen 2018, in der Nacht auf 13. November 2019 von rund 130 Polizist*innen geräumt. „Auch wenn sie das Gebäude räumen, sie können uns nicht räumen, weil wir sind überall, und ein unregierbares Madrid ist unräumbar“, so das Kollektiv „La Ingobernable“ in einem Statement auf Twitter und Facebook, kurz nach der Räumung. (vgl. EFE, 2019) „Wir waren Tausende, die den Gemeinschaftsraum mit Leben gefüllt haben, und jetzt verschließen sie die Türen, um dieses Sozialzentrum mit all dem Leben, mit dem wir es gefüllt haben, zu leeren.“¹⁹

¹⁹ <https://ingobernable.net/2019/11/13/indesalojable/> [Aufruf: 30.11.2019]

Nach der Räumung veröffentlicht das Kollektiv folgendes Statement auf ihrer Website:

Wir sind wütend, sehr wütend, weil dieses traurige Madrid voll mit Klassisten, Machisten und Rassisten scheint realer als gestern. Wütend, weil sie uns einen Ort entreißen, den wir lieben [...]. Ein wunderbares kollektives Projekt, in das wir unsere Körper, Zeit und unser Herz hineingesteckt haben. [...] Du, als du in La Ingo kamst, du hast es verändert und es hat dich verändert, und du bist mehr unregierbar herausgekommen als du hereingekommen bist: wir verstehen, dass das Leben ohne Gemeinschaftsräume kein wahres Leben ist, wir verstehen, dass wir keine andere Alternative haben als jeden Tag Politik zu machen, um die Freude zu verteidigen und die Wut zu organisieren. Auch wenn sie dieses Gebäude geräumt haben, uns können sie nicht räumen, weil wir sind überall, und ein unregiertes Madrid ist unräumbar. (La Ingobernable, 2019)

Ein Aktivist von „La Ingobernable“ erwähnt im Interview, dass das Kollektiv bereits ein anderes Gebäude in Aussicht habe, wo sie ihre Arbeit und Aktivitäten fortsetzen werden. Es werde jedoch nicht dasselbe wie „La Ingobernable“ sein. (vgl. Interview 17, November 2019, Madrid)

6.3 Beispiel Ottakring

In Ottakring führen besonders die schlechten Wohn- und Arbeitsverhältnisse der ehemaligen Arbeiter*innen des Viertels zu Protesten. In den letzten Jahren lösen vor allem die Umstrukturierungspläne der Stadt Widerstände aus. Obwohl sich nur wenige soziale Initiativen im Stadtteil gebildet haben, kommt es immer wieder zu Aktivitäten im Kampf gegen Gentrifizierung. Diese Widerständigkeiten manifestieren sich in unterschiedlichen Formen: einerseits vor allem symbolisch, und andererseits in Form von Hausbesetzungen sowie der Besetzung von Kunst- und Kulturzentren. Es geht besonders um den Kampf und Erhalt von öffentlichen Räumen, Kunst- und Kulturräumen sowie leistbares Wohnen. Im Kapitel 6.3.5. wird ein Beispiel genauer ausgearbeitet. Der ehemalige Kunst- und Kulturraum „mo.ë“ ist ein Beispiel für Kulturverdrängung sowie für einen Jahre langen Kampf gegen Investor*innenlogik. Damit wird gezeigt, wie die Immobilienbranche aus Kulturarbeit Profite schlägt und von Kunst- und Kulturschaffenden kulturell wertvoll geschaffenes Kapital über den Immobilienmarkt kommodifiziert und inwertsetzt.

6.3.1. Die Bedeutung Ottakrings für soziale Mobilisierungen

Das Wiener Brunnenviertel sowie der Yppenplatz sind umkämpftes Terrain. Besonders Bürger*innenproteste haben hier eine lange Tradition. (vgl. Dlabaja, 2013: 96) Bereits in Zeiten der Industrialisierung war Ottakring ein Ort, an dem Kämpfe ausgetragen wurden.

Die prekäre Lage, der im Quartier ansässigen Lohnarbeiter*innen, führte zu Protestbewegungen. Bereits um 1892 waren Probleme bezüglich Wohnraums keine Seltenheit: ein großer Teil des Gehalts von Facharbeiter*innen wurde bereits damals schon für Wohnkosten ausgegeben. 10% der Bewohner*innen waren Bettgeher*innen, also Personen, die für geringe Kosten ein Bett für wenige Stunden am Tag mieteten, 13% hatten nur einen Wohnraum zur Verfügung und 51% einen Wohnraum mit Küche. Hohe Mietpreise sowie die steigenden Lebenshaltungskosten führten schon 1911 zur Hungerrevolte in den Vorstädten. Am 17. November 1911 schlossen sich Massen aus den Vorstädten wie Ottakring und Neulerchenfeld zusammen und protestierten im Inneren der Stadt für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Zur Erinnerung an dieses Datum, fand 2011 am Yppenplatz eine Gedenkveranstaltung statt. (vgl. Dlabaja, 2013: 119f.)

In den 1990er Jahren richteten sich die Aufwertungs- und Umgestaltungspläne der Stadt Wien auf das Brunnenviertel und insbesondere auf den Yppenplatz. (siehe Kapitel 4.1.4.) Dieser sowie auch der Yppenmarkt sollten durch ein Bürogebäude und eine Tiefgarage ersetzt werden. Daraufhin kam es zu Protesten seitens der Bürger*innen und zur Formierung des Forum Yppenplatz, welches sich für den Erhalt des Platzes einsetzte. (vgl. Dlabaja, 2013: 97)

Im Folgenden werden Beispiele der letzten Jahre angeführt, die aufzeigen, dass Gentrifizierung Konflikte im Quartier auslöst. Verschiedene Praktiken von Widerstand sowie vereinzelt auch soziale Initiativen haben sich im Bezirk herausgebildet. Diese machen deutlich, dass Gentrifizierung mit der Verdrängung von Wohnraum, Kunst- und Kulturraum und des öffentlichen Raumes einher geht. Symbolische Widerstandsformen im 16. Bezirk, vor allem rund um den Yppenplatz, Hausbesetzungen, und der Kampf um Kulturräume machen auf diese Problematiken aufmerksam. (siehe Kapitel 6.3.3-6.3.5.)

6.3.2. Soziale Initiativen in Ottakring

In Ottakring selbst gab es bis vor einem Jahr die Initiative *Aufbruch*, die im Viertel relativ präsent war (vgl. Interview 3, Juli 2019, Wien). *Zwangsräumungen verhindern* hat außerdem vor einigen Jahren eine Initiative „Brunnenviertel gegen Verdrängung und Gentrifizierung“ gestartet. „Viele Gebäude werden abgerissen, neue gebaut, da kommen ganz andere Gebäude rein. Die Frage wie verändert das das Viertel? Zum Guten, oder nicht so? Verdrängt das nicht Leute? Da waren wir am Anfang relativ viele, ich glaub´ 30 Leute oder so. Dann haben wir uns das zweite Mal getroffen, es ist einfach weniger geworden, dann war Sommer.“ (Interview 3,

Juli 2019, Wien). Die Initiative hat eine kleine Kunstaktion am Yppenplatz veranstaltet und ein Schild gemacht: „What do you prefer? Penthouses oder leistbares Wohnen? „(...) da konnte man so Schnipsel abtun und in so leere Flaschen rein. Einfach so, um dieses Thema ein bisschen spaßhaft aufzubringen“ (ebd.).

„Wir haben halt unglaublich viel geflyert, irgendwie so 2000 Flyer vor den Treffen um den Yppenplatz herum in alle Wohnungen, aber das funktioniert nicht. Mit Flyern kann man keine Leute, dass die da mitmachen, wenn sie einen nicht kennen. Das geht nur durch persönliche Gespräche, glaub ich, von den Erfahrungen von den letzten Jahren her.“ (Interview 3, Juli 2019, Wien)

Im Juli, als das Interview mit einem im Viertel aktiven Aktivistin geführt wurde, gab es die wohnungspolitische Initiative „GANG“²⁰ am Familienplatz in Ottakring. „Also wir sind jetzt auch hier im 16., wir waren vorher lang im 15. am Sparkassaplatz. Haben uns dieses Viertel da auch bewusst ausgesucht, weil wir dort vor Ort langfristig Grätzlarbeit machen wollten. Und haben gesagt, dass ist ein Bezirk, da passiert viel, also so Reindorfgrasse ist ein typisches Beispiel. Da müsste es eigentlich viele geben, die Probleme haben mit der Wohnung und da gibt’s vielleicht Strukturen von Immobilienfirmen, die cool wären zu checken.“ (Interview 3, Juli 2019, Wien)

... Dann weiß man, ah ihr habt Probleme in dem Haus. Dem anderen Haus geht’s genauso und wir checken vielleicht, ah das ist die gleiche Immobilienfirma. Dann kann man die Häuser zusammenbringen und Hausversammlungen machen. Das war so die Idee. Aber ja, es ist im Endeffekt nicht so aufgegangen, wie wir uns das gewünscht haben, weil wir da auch nicht gewohnt haben. Das macht viel aus. Ich glaub diese ganzen Grätzlinitiativen oder Mieterinneninitiativen leben davon, dass man im gleichen Haus lebt, sich so und so zufällig trifft und wir waren halt einmal die Woche da. (Interview 3, Juli 2019, Wien)

Prinzipiell würde es im 16. Bezirk jedoch kaum Initiativen geben, so der Aktivist. „Da gibt’s im 16., also die, die sich nur um den 16. kümmern nicht so viel. Also wir haben den 16. auch immer sehr auf dem Schirm, weil wir uns da treffen. Aber ja... die Initiativen, die es gibt, sind zum Teil auch immer kurzzeitig oder halt innerhalb von einem Projekt.“ (Interview 3, Juli 2019, Wien) Mittlerweile hat sich auch die Initiative „GANG“ aufgelöst.

²⁰ <https://gang.noblogs.org/> [Aufruf: 20.12.2019]

6.3.3. Symbolischer Widerstand in Ottakring

Ein Beispiel aus dem Jahr 2014 zeigt den Kampf zwischen Konsuminfrastrukturen und konsumzwangfreien Zonen auf. Angrenzend an einen Schanigarten eines Lokals am Yppenplatz befanden sich frei zugängliche Sitzplätze, die Teil des öffentlichen Raums waren. Der Lokalbetreiber hatte jedoch zwischen diesen Bereichen eine Mauer aus Holz aufgestellt, um die Seite der Gäste von jener der auf der Bank verweilenden Personen abzugrenzen (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 133). „Der öffentliche Raum scheint nur so lange nützlich, als er ins Bild passt, sich den Funktionen des Konsumierens fügt und diese im besten Fall mit besonderem Flair aufwertet. [...] Dort, wo öffentliche Nutzungsweisen die glatte Atmosphäre des Konsums stören, wird sie möglichst unsichtbar gemacht“ (ebd.).

Drei Jahre später waren auch die öffentlichen Bänke und Tische sowie die Holzwand weg. Stattdessen sind aus Paletten selbst gefertigte Sitzbänke angekettet an einem Baum (siehe Abbildung 5) mit der Aufschrift „Banken retten“ zu finden. Der Kampf um die Bank sei ein Beispiel für den Konflikt um Aufenthaltsanspruch. (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 133; 137) „Die Ankettung der Palettenbänke an den Baum widerspiegelt die widerständige Absicht zu bleiben und den Platz sowie das Recht auf Anwesenheit im öffentlichen Raum zu verteidigen, gleichzeitig deutet sie darauf hin, dass mit ständiger [...] Verdrängung gerechnet werden muss“ (Hammer/Wittrich, 2019: 133). Personengruppen, die sich nicht innerhalb der Konsumzonen bewegen können oder wollen, müssen ihr Recht auf Anwesenheit und Nutzung dieses (öffentlichen) Ortes verteidigen. (vgl. Hammer/Wittrich, 2019: 133; 137)



Abbildung 5 An einem Baum angeketete Pallettenbank, Yppenplatz (Hammer/Wittrich, 2019: 134)

Im Fall „mo.ë“ (siehe Kapitel 6.3.5.), einem 2016 von Verdrängung betroffenen Kunst- und Kulturraum im 17. Wiener Gemeindebezirk, ums Eck vom Yppenplatz, kam es ebenfalls wiederholt zu symbolischen Widerstandsformen im Bezirk. Für den Verbleib von „mo.ë“ wurde mit Besprayungen an mehreren Hauswänden in Ottakring, insbesondere rund um den Yppenplatz, Widerstand aufgezeigt. Das prägnanteste wäre die Aufschrift am Ottakringerhaus gewesen; “das war vollgesprayed mit mo.ë. bleibt. Gegen Gentrifizierung. [...] Auch das CI, die haben umgebaut, und eine riesen Spanholzplatte vorne dran, wo riesengroß stand mo.ë. bleibt. [...] Ich muss sagen, dass das eine bildliche Präsenz im Stadtraum hatte, die ich großartig finde”. (Interview 9, Juli 2019, Wien)



Abbildung 6 August 2019, Thelemangasse, 1170 Wien

6.3.4. „Nele“ – Ein Beispiel einer Hausbesetzung in Ottakring

Abgesehen vom symbolischen Widerstand, der in den letzten Jahren besonders rund um den Yppenplatz praktiziert wurde, kam es im November 2018 zu einer Hausbesetzung in der Neu-Lerchenfelderstraße 35 in Ottakring. Im Haus befand sich früher die Druckerei “Remaprint”, die in Insolvenz ging. Seitdem steht das Haus leer. Daraufhin wurde das leerstehende Haus im November 2018 für knapp drei Wochen besetzt, bis die Polizei die Räumung vollzog. Aufschriften wie “You gentrify, we occupy”, oder “Miete? Na danke!” wurden von den Aktivist*innen angebracht.²¹

²¹ <https://www.derstandard.at/story/2000093217111/aktivisten-besetzen-haus-in-ottakring> [20.10.2019]
<https://www.youtube.com/watch?v=FcsuyHiZOEQ> [20.10.2019]



Abbildung 7 „Nele“- Ehemaliges besetztes Haus, Mai 2019, 1160 Wien

Das Haus würde sich im Besitz der DAW Leasing Gmbh befinden, die damit an der Börse spekuliere. “Es macht wütend, dass dieses großartige Haus leersteht, während es in Wien spürbar an Wohnraum und konsumzwangfreien Treffpunkten und Freiräumen fehlt” (Nele, 2019). Mit der Besetzung soll ein Zeichen gesetzt werden, dass es mehr Wohnraum sowie konsumzwangfreie Räume in Wien braucht. Durch die Aneignung wurde ein direktes Zeichen gegen Aufwertungs- und Verdrängungspolitiken gesetzt. (vgl. Nele, 2019) Auch nach der Besetzung würde das Haus nach wie vor weiterhin leer stehen: “es ist ganz häufig so: dann wird’s geräumt mit Polizei ba ba ba, und dann steht’s eh wieder leer”. (Interview 3, Juli 2019, Wien) Ein Mitarbeiter der Gebietsbetreuung Ottakring gibt an, dass es derzeit Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer gibt, dass man eine Zwischennutzung durchsetzt. (Interview 6, Juli 2019, Wien)

“Das würde ich auf jeden Fall als Widerstandsform bezeichnen. [...] aber natürlich ist die Besetzung von leerstehenden Häusern und die Nutzung für irgendwas, ich mein damit das darauf aufmerksam machen, dass Wohnraum, Arbeitsraum, Lebensraum verschlossen gehalten werden kann, während Leute in der Stadt dringend diesen Raum benötigen. [...] Da ist eine größere politische Message dahinter, die auf solche Missstände aufmerksam macht.” (Interview 7, Juli 2019, Wien)

“Besetzungen sind immer eine Antwort auf Gentrifizierung oder einfach, dass man relativ viel Geld ausgeben muss, um eine Wohnung zu haben.” (Interview 3, Juli 2019, Wien)

Es gibt ja quasi in vielen Ländern, oder in Spanien die Besetzungen, die wirklich sehr konkret aus einer existenziellen Not sind. Man hat nichts mehr zum Wohnen, man schließt sich zusammen und besetzt ein Haus [...] Aber diese Besetzungen wie in der Neu-Lerchenfelderstraße sind glaub´ ich schon politische Besetzungen. Es kann gut sein, dass eh´ alle was zum Schlafen haben. Aber nochmal deutlich machen wollen, da gibt es Leerstand und es gibt Leute, die dringend eine Wohnung brauchen, oder allgemein kostengünstigen Wohnraum. [...] Das war eher so eine symbolische Besetzung vor allem Dingen auch, so würd´ ich´s verstehen, die das zum Thema macht, also den ganzen Leerstand. Das ist einfach ein guter Hebel, um Sachen deutlich zu machen. (Interview 3, Juli 2019, Wien)

Zusammenfassend erklärt der Aktivist, dass es bei solchen Besetzungen wie in Ottakring darum geht, aufzuzeigen, dass es andere Logiken geben sollte, nämlich, dass menschliche Bedürfnisse, wie Wohnen wichtiger sind als Eigentumslogik. Das Zentrale sollte sein, kostengünstigen Wohnraum in der Stadt zu haben, und danach sollte sich auch die Politik richten. (vgl. Interview 3, Juli 2019, Wien) “Ich glaube auch, dass es im 16. auch nicht zufällig ist, weil das ist schon eine Gegend, wo einfach viel passiert, wo die Mieten auch steigen.” (Interview 3, Juli 2019, Wien)

Eine Interviewpartner*in weist darauf hin, dass die Besetzung von kurzer Dauer war und relativ wenig mediale Aufmerksamkeit bekommen hat. (vgl. Interview 1, Juli 2019, Wien) Außerdem wurde in den Interviews von einer Aktivist*in angemerkt, dass die Besetzung nicht gut ankam, in dem Sinn einen Eindruck hinterlassen hat wie: “schieß autonom, schieß Linke, was macht´s ihr da?” (Interview 9, August 2019, Wien).

6.3.5. Der Kunst und Kulturraum „Mo.ë“

Im Bezirk Ottakring haben sich in den letzten Jahren zudem einige Kunst- und Kulturinitiativen herausgebildet, besonders im Einzugsbereich des Yppenplatzes. Diese sind aufgrund der zunehmenden Aufwertungen besonders von Gentrifizierung und Verdrängung betroffen. Das rezenteste und bedeutendste Beispiel ist der Kampf um den Verbleib des Kunst- und Kulturvereins „mo.ë“, der zwischen 2015 und 2017 stattgefunden hat. (vgl. Interview 1, Juli 2019, Wien) „Da gab´s glaub ich schon Momente von spannenden Überschneidungen von unterschiedlichen Gruppen und den Versuch zumindest da als Kulturinitiative auch zu bleiben” (Interview 1, Juli 2019, Wien).

Der ehemalige Kunst- und Kulturraum „mo.ë“, betrieben vom Verein „picapica“, ist ein Beispiel dafür, dass Aufwertung und damit einhergehende Verdrängung nicht nur den

Wohnraum betrifft, sondern auch die Verdrängung von Kunst- und Kulturräumen, frei experimentellen Räumen in der Stadt. Das „mo.ë“ beschreibt die Schwierigkeiten gemeinnütziger Initiativen am herrschenden Immobilienmarkt. Räume für Austausch und Begegnung werden durch Aufwertungsprozesse zunehmend enger. (vgl. Rauth, 2019a: 118) „Was man eindeutig merkt ist, dass diese Räume weniger werden. Also der Stadt gehen tatsächlich diese offenen und informellen Räume aus, weil es tatsächlich glaub ich überhaupt kein Bewusstsein dafür gibt. Eigentlich kein Verständnis dafür gibt, was solche Räume können und warum die wichtig sind auch in der Stadt und halt ja, alles verwertet wird.“ (Interview 10, September 2019, Wien)

Der Raum befindet sich in der Thelemangasse 4, im 17. Wiener Gemeindebezirk, an der Grenze zum 16. Bezirk; gleich ums Eck vom Yppenplatz- ein gentrifizierter Ort. „Wir haben es natürlich immer in dem Kontext gesehen, was mit dem Yppenplatz im Prinzip auch in den letzten zehn Jahren passiert ist. Das es da Aufwertungsbewegungen gibt, in denen das mo.ë auch Teil davon war“ (Interview 9, August 2019, Wien). Dennoch wurde letztlich das „mo.ë“ selbst zum „Opfer“ der Aufwertungspolitik des Bezirks: „[D]ie investorengetriebene Aufwertung der Gegend rund um den Brunnenmarkt in Form von Um-, Aus- und Neubauten und einer damit einhergehenden Verdrängung von bezahlbarem Wohn-, Arbeits- und Kulturraum wurde auch dem Kunstraum zum Verhängnis“ (Rauth, 2019a: 118).

Das „mo.ë“ war bis Mitte 2017, ein offener Arbeitsraum, Werkstätte, Experimentierfeld, Veranstaltungsort und Treffpunkt für Kunst- und Kulturschaffende (vgl. Rauth, 2019a: 118). In einer Radiosendung von „dérive“²², ein Verein für Stadtforschung in Wien, wurde darüber gesprochen, was das „mo.ë“ für die Kulturlandschaft Wiens bedeutet. Einerseits war die Idee dahinter, den Leerstand zu nutzen, andererseits war es ein Raum, in dem regelmäßig Konzerte stattfanden sowie ein Atelierhaus, mit einem breit aufgestellten Ausstellungsprogramm. Zusätzlich war es ein Treffpunkt für Künstler*innen, um hier über mehrere Wochen oder Monate zu arbeiten (vgl. Rauth/Puchner, 2016). Es war ein experimenteller Raum mit offener Struktur, das heißt, dass immer neue Leute dazu kommen konnten. Zudem wäre es ein Ort gewesen, der ermöglicht hätte, frei zu denken und anfangs illusorische Dinge auch umzusetzen. (vgl. Rauth/Puchner, 2016) Die Idee von „mo.ë“ als Veranstaltungs- und Arbeitsraum war es

²² <https://derive.at/ueber-derive/> [Aufruf: 20.12.2019]

etwas zu machen, was es in der Stadt zuvor noch nicht gab und eigentlich untypisch ist (vgl. Rauth/Puchner, 2016).

Abgesehen davon, ist der Raum, beziehungsweise das Gebäude von historischer Relevanz und damit Teil der Stadtgeschichte Wiens. Darin befand sich eine Fabrik für Eisenwaren der Familie Mandelbaum. (vgl. Minkin, 2016) Im Bezirk war die ehemalige Produktionshalle und Fabrik, eine der letzten Betriebsstätten, wo noch bis 2008 produziert wurde (vgl. Rauth/Puchner, 2016).

Die Kampagne „Mo.ë bleibt“ – „Mo.ë“ im Kampf um den Verbleib

Der Verein hatte einen 5-jährigen Vertrag mit Option auf Verlängerung mit den damaligen Eigentümer*innen des Hauses abgeschlossen. Nach einer Neuübernahme durch die Immobilienfirma „Vestwerk“, wurde der Vertrag jedoch nicht verlängert. Das Gebäude sollte um- und neu gestaltet werden sowie Luxuslofts erschaffen werden, die anschließend in Eigentum übergehen sollten. (vgl. Rauth, 2019a: 118f.) „Spätestens damit musste sich das mo.ë Fragen stellen, die weit über das eigene Schaffen als Kunstraum hinausreichten“ (Rauth, 2019b: 29)

Und dadurch wurde das Engagement immer stärker sich damit auseinanderzusetzen, mit Kulturraum dort, der Gegend, Yppenplatz und Aufwertungsbewegungen. Das ist was, was mich davor, -ich hab immer schon viel raumbasiert gearbeitet;- es war einfach reingewachsen sag ich mal so einen exemplarischen Fall haben und daraus ist dann die Gruppe entstanden, wo auch angefragt wurde ob das verlängert werden kann. Das wurde alles abgewiesen und es dann eigentlich zu dieser Entscheidung kam, wir machen das öffentlich, was da alles passiert ist. Und dann auch da hinzugehen, zu verweigern aus den Räumlichkeiten raus zu gehen. [...] Das heißt, das Drinbleiben,- noch mal anders als besetzen, aber ich nenn´s jetzt mal das Drinbleiben- dann Teil dieser Gruppe war, von der Kampagne „mo.ë bleibt“. (Interview 9, August 2019, Wien)

Daraufhin beschlossen die Kulturarbeiter*innen und verbleibenden Mieter*innen, die sich im hinteren Teil des Gebäudes befanden, um den Raum zu kämpfen. Sie gingen damit auch an die mediale Öffentlichkeit. (vgl. Rauth, 2019: 119) „Wenn wir gesagt hätten, wir gehen jetzt weg und gehen jetzt raus, dann wären wir dem nicht gerecht geworden, was der Raum in den letzten 5 Jahren geworden ist. [...] Mo.ë will bleiben um weiter für die freie Szene in Wien arbeiten zu können“ (Rauth/Puchner, 2016). Der Kampf um den Verbleib in den Räumlichkeiten begann 2015 und erfolgte unter dem Slogan „mo.ë bleibt“.

Herausforderungen im Schaffen von Kunst- und Kulturarbeit im Raum „Mo.ë“ - Strategien von Verdrängung

Nicht nur der Verbleib in den Räumlichkeiten war der Kampagne ein Anliegen. Ein Vorstandsmitglied des Vereins erwähnt, dass die Kampagne auch aus dem Grund entstanden ist, um sich gegen Investorenlogiken zu stellen. Dem Planungsvorhaben der Immobilienfirma das Gebäude in Luxuslofts umzuwandeln, standen sowohl das „mo.ë“, als auch die Mieter*innenparteien im Weg. Die Aktivist*in berichtet, dass die Immobilienfirma daraufhin versucht hat, das „mo.ë“ sowie die sechs noch verbliebenen Mieter*innenparteien (mit unbefristeten Verträgen) loszuwerden. Hier wurde seitens des „mo.ës“ auf sogenannte Entmietungsstrategien hingewiesen, die von den Investoren angewendet wurden. (vgl. Interview 9, August 2019, Wien)

In der Radiosendung von „dérive“²³ wurde dazu folgendes berichtet: Um mit einem Objekt Profit schlagen zu können, müssen jedoch erstmal Mietparteien weichen. Ein Schritt dafür ist die Entmietung. Auf der Website von „Vestwerk“ wurde Entmietung als Entwicklungserfolg angekündigt, sozusagen: Objekt errungen, Objekt erfolgreich entmietet. Baugenehmigungen wurden erteilt, ohne dass es davor die Mieter*innen oder die Öffentlichkeit mitbekommen. (vgl. Rauth/Puchner, 2016) Bezüglich der Entmietungsstrategien äußerte ein ehemaliges Vorstandsmitglied des „mo.ë“ folgendes:

Dann natürlich Dinge wie, Hausschloss nicht reparieren... das heißt, da waren sonst welche Leute bis über Spritzen gegangen, Unsicherheit, Licht funktioniert nicht, alte Leute, die in dem Haus wohnen. Du läufst in ein Haus rein, wo die Tür offen ist, es kein Licht gibt, und du stolperst über Spritzen. Also eine Unsicherheit, wo du denkst vielleicht zieh ich dann doch wieder aus. Ja und dann halt angeboten bekommen, eine andere Wohnung. Da kann man durchaus verstehen, dass Leute sagen, mir ist das zu viel. (Interview 9, August 2019, Wien)

Die Aktivist*in berichtet zudem, dass die Besitzer*innen des Gebäudes das Haus „komplett verfallen“ lassen hätten. Es wurden keine Renovierungsarbeiten mehr getätigt, obwohl diese dringend notwendig gewesen wären.

²³ „Have you seen our house? Der Kunstraum mo.ë zwischen Investorenlogik und Raumpolitik.“ Nachzuhören unter: <https://cba.fro.at/307189> [Aufruf: 20.12.2019]

(...) da ist ja nichts mehr rein investiert worden von den Besitzern. Das heißt, es hat reingeregnet, wir hatten keine Heizung und nichts. Wir hatten dann einen Ofen drinnen, mussten aber schauen, wo wir das Holz herkriegen. [...] Wir haben das Holz dann besorgt, dass wir vom Dachausbau am Yppenplatz wortwörtlich durch die Decke gegangen sind, und das ganze hochwertige Holz, das weggeschmissen wurde gekriegt haben und damit das mo.ö beheizt haben. Das ist irgendwie so eine schöne Story: hochwertiges, hohes Holz, das super lange brennt durch die Dachausbauten am Yppenplatz. (Interview 9, August 2019, Wien)

Außerdem hätten die Hauseigentümer 2015, Migrant*innen Wohnungen zur Verfügung gestellt als eine Art Zwischenwohnen: „das war irgendwie auch alles sehr fischig. Da haben dann Leute drinnen gewohnt [...] die hatten keine Verträge, keine Absicherungen oder sonst was. Da haben 30 Leute in dieser Wohnung gewohnt, die haben einzelne Betten vermietet. Die Fremdenpolizei im Haus hat Razzien gemacht. Es sind ständig Leute raus und rein gezogen“. (Interview 9, August 2019, Wien)

Neben den genannten Mietschikanen wurde den verbleibenden Mieter*innen zudem Geld angeboten, um sie zum Auszug zu bewegen. „Jetzt sind auch noch mehrere Mietparteien im Haus. Man merkt über die Zeit, dass sie einfach keinen Atem mehr haben. Ich glaub´ die Person über der Halle ist mittlerweile auch rausgekauft. Also sie versuchen halt sie rauszukaufen“. (Interview 9, August 2019, Wien) Ein Mitarbeiter der Gebietsbetreuung in Ottakring erklärt: „(...) es ist so eine große Nachfrage, dass die Investoren, die wenigen Menschen, die da noch drinnen wohnen, sagen, ich vergolde dich, wenn du ausziehst“. (Interview 6, Juli 2019, Wien)

„Wie lange das alle Parteien, die noch drinnen sind, durchhalten, weiß ich nicht. Ich weiß von einigen, die wir näher kennen, die sagen 'ich geh da sicher nicht raus'“. (Interview 9, August 2019, Wien)

Neuestens wurden auch Gerüste an der Fassade angebracht, um Renovierungsarbeiten zu fingieren.

Also sie haben ein Gerüst rauf gestellt, was ungefähr das schickste Gerüst ist, was ich je gesehen hab. Das ist neu. Das sieht aus wie ein Coworking Tockerplatten Ensemble. Also wirklich pipifeine gelbe Tockerplatten und Gerüst, wo man sieht da wurde noch nie damit gearbeitet mit dem Ding. Das hatten wir davor auch schon mal. Das müssen sie machen, weil die Fassade so im Arsch ist. Das da Sachen runterfallen. Das heißt, sie sind von Behörden angehalten etwas zu tun, deswegen bauen sie das Gerüst auf und lassen es halt dastehen. (Interview 9, August 2019, Wien)

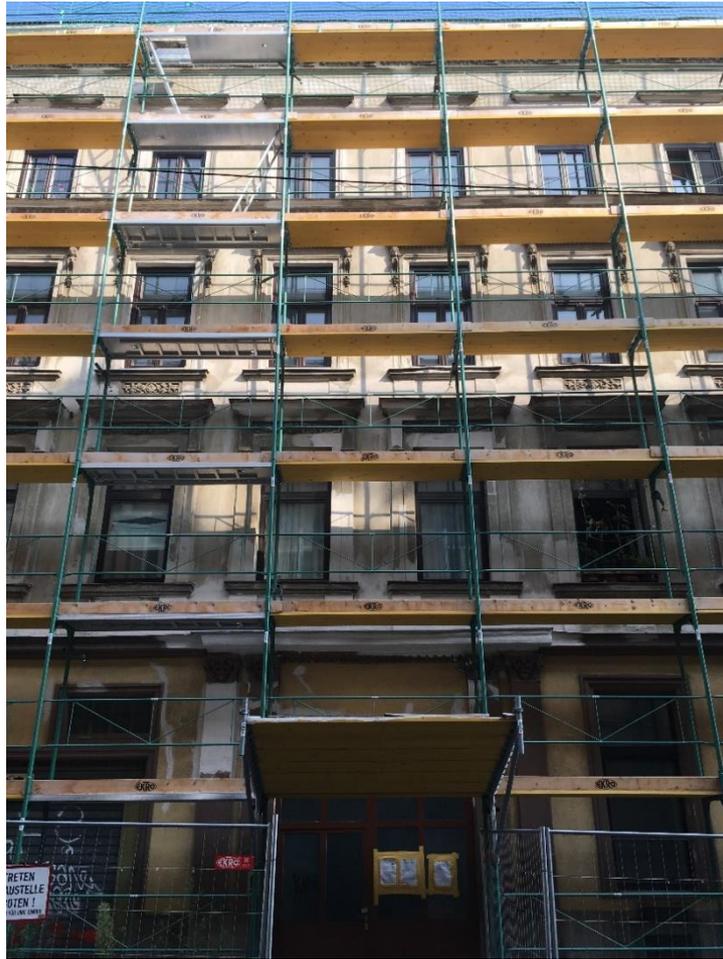


Abbildung 8 Ehemaliges „mo.ë“, Thelemangasse 4, August 2019, 1170 Wien

Solche Entmietungsstrategien, wie im Falle „mo.ë“, fallen unter Formen der direkten Verdrängung; „worunter man alle Möglichkeiten versteht, Haushalte mit bestehenden Mietverträgen zum Auszug zu zwingen, zu drängen oder ´zu bewegen´. Darunter fallen durchaus legale Möglichkeiten, aber ebenso Geschehnisse, die man als klar rechtswidrig oder als zumindest rechtlich (und moralisch) zweifelhaft und bedenklich bewerten muss“ (Rosifka 2019: 71). Rosifka (2019: 72) unterscheidet drei Möglichkeiten: a. Kündigung b. Mieterhöhungen c. „aktives Entmietungsmanagement“ wie zum Beispiel Täuschungshandlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit Erhaltungsarbeiten.

Bei „mo.ë“ handelt es sich um Letzteres. Darunter fallen Handlungen von Vermieter*innen, die Haushalte mit bestehenden Mietverträgen zum Auszug zu bewegen (vgl. Rosifka 2019: 76). Eine Strategie davon betreffen die Erhaltungsarbeiten des Mietobjekts. Schäden im Haus oder in den Wohnungen, die die Benutzung beeinträchtigen, werden nicht repariert, obwohl die Vermieter*innen gesetzlich zur Erhaltung verpflichtet sind. „Es gibt Fälle, die es in den letzten Jahren gab, dass die Sanierung des Hauses vernachlässigt wird, oder dass im Winter die Fenster

ausgehängt werden am Gang und es sehr kalt wird. Das ist ein sehr breites Spektrum, was wir da mittlerweile auch aus Wien kennen.“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Dies sei ein besonders unangenehmes Druckmittel, so Rosifka (2019: 78). „Generell ist die Investitionsfreudigkeit der Wohnungsspekulanten eine recht geringe. Das ist und bleibt die gängigste Spekulationsmethode: die systematische Vernachlässigung des Hauses und die konsequente Verweigerung von Erhaltungsarbeiten“, so Schlesinger in einem Interview mit Just Kadi (vgl. Kadi/Verlić, 2019: 188). Das Wohnbedürfnis der Menschen steht also gegen das Profitinteresse der Eigentümer*innen, beziehungsweise des Unternehmens. (vgl. Kadi/Verlić, 2019: 188)

Die Kampagne „Mo.ë bleibt“ – im Kampf um den Verbleib: Zwischen Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Herausforderungen

All das waren Gründe, Widerstand zu leisten. Dabei wurden eine Reihe von Veranstaltungen zu Fragen von Raumproduktion, Teilhaben und Kulturpolitik organisiert, um so auf ihre Situation aufmerksam zu machen. (vgl. Rauth, 2019a: 119) Damit haben sie einen „öffentlichen Diskurs zu Raumfragen, Kulturpolitik und Investorenlogik“ (Rauth, 2019a: 119) angeregt. Mit der Kampagne „mo.ë bleibt“ stellen sich die Aktivist*innen gegen Entmietung und gegen Aufwertung und Verdrängung durch die Immobilienfirma „Vestwerk“ (vgl. Rauth/Puchner, 2016). „Es geht um einen Prozess uns zu widersetzen, der oft als unaufhaltsam dargestellt wird und es geht darum zu zeigen, dass sich Kulturarbeit raumpolitischen Prozessen nicht verschließen kann“ (vgl. Rauth/Puchner, 2016). Bei dem Kampf handelte es sich um eine klare Positionierung gegen Investorenlogik und Verdrängung von leistbaren Wohn-, Arbeits- und Kunstraum (vgl. Rauth/Puchner, 2016). Dabei entschloss sich der Verein den Fall an die Öffentlichkeit zu bringen. Kreative können „ihre diskursiven, handwerklichen, künstlerischen oder wie auch immer gearteten Fähigkeiten nutzen, um Verdrängung sichtbar zu machen, die Mechanismen dahinter offenzulegen und in die Öffentlichkeit zu tragen (...)“ (Vollmer, 2018: 52).

Eine Interviewpartner*in von „dérive“ begründet das Potenzial von Künstler*innen im Kampf gegen Gentrifizierung und Verdrängung folgendermaßen:

(...) weil Kunst und Kulturschaffende oft über Ressourcen oder Wissen und Können verfügen, das eigentlich total hilfreich ist im Widerstand gegen solche Prozesse. Die sind gewohnt sich selbst zu organisieren, die arbeiten im kreativen Feld...Das heißt die schaffen's vielleicht auch die Themen oder um was es da geht, auch an eine breitere Öffentlichkeit zu vermitteln, dass das irgendwie auch ankommt, das man gut mediale Bilder erzeugen kann, was immer wahnsinnig wichtig ist in diesen Kämpfen um Räume. (Interview 10, September 2019, Wien)

Neben der Entscheidung an die Öffentlichkeit zu gehen, wurde intensive Vernetzungsarbeit betrieben. Der Verein, beziehungsweise die Kampagne, erhielten von vielen Seiten Unterstützung, den Kampf zu bleiben, fortzusetzen.

Vernetzungsarbeit und damit einhergehende Herausforderungen

Bei der Kampagne „mo.ë bleibt“, gab es vier verschiedene Ebenen von Vernetzung.

a. Innerhalb der aktivistischen Szene wurden Netzwerke gebildet. Viel Vernetzungsarbeit passierte also mit anderen stadtpolitischen Initiativen sowie Kunst- und Kulturschaffenden. Darunter waren die „IG Kultur Wien“, „dérive – Zeitschrift für Stadtforschung“, „Zwangsräumungen verhindern“ sowie das „Recht auf Stadt“ Netzwerk. Diese Gruppierungen beschäftigen sich vor allem mit Raumfragen, Wohnungsfragen, Gentrifizierung und Verdrängung. Auch mit der Technischen Universität Wien gab es Vernetzungen, die vor allem viel Arbeit mit der Nachbarschaft übernommen hätten.

Ein Vorstandsmitglied von „dérive“ bestätigt die Unterstützung:

Wir haben versucht das mo. ë zu unterstützen mit dem was wir halt können. Also wir haben versucht zum einen, waren wir öfters dort, wir haben uns getroffen mit ihnen, wir haben uns strategisch gemeinsam überlegt, wie man Dinge angehen könnte. Wir haben versucht, also ich hab' zu der Zeit, als das mo.ë um seinen Raum gekämpft hat, hab ich das ich weiß nicht wie oft, in irgendwelche Vorträge eingebaut und hab daraufhingewiesen. Oder einfach auch in anderen Zirkeln irgendwie auch Öffentlichkeit oder Bewusstsein zu schaffen dafür. Wir haben Radiosendungen dazu gemacht. Und haben innerhalb der Kontakte, die wir hatten, in alle möglichen Richtungen einfach versucht sie zu unterstützen. (Interview 10, September 2019, Wien)

b. Es gab zudem Solidarität mit anderen Einrichtungen im Bezirk, wie das „Kaffee CI“ oder die „Brunnenpassage“. „Wir haben immer Flyer in die Lokale gelegt, wir waren im CI (kopieren und so weiter), also das wusste sehr davon; mit der Brunnenpassage gab es Kontakt

und immer Austausch mit Equipment wie Stühlen, wenn wir irgendwas gebraucht haben.“ (Interview 9, August 2019, Wien)

c. Weiters kam es zu Vernetzungen mit den verbleibenden Mietparteien im Haus. „Dann war auch dieser Punkt, wie bringt man das zusammen in diesem Haus, es ist vorne ein Wohnhaus. Da gibt es Interessen und wir als Kulturschaffende. [...] Und wenn dann wir als Betreiber*innen später dazu kamen, war das schon die ganze Zeit immer so ein Aushandlungsprozess, inklusive aller nachbarschaftlicher Differenzen von es ist zu laut und so weiter.“ (Interview 9, August 2019, Wien)

Das heißt, da war davor schon vieles da, und dann etwas zu finden: wir treten jetzt gemeinsam auf, war nicht einfach, das unter einen Hut zu bringen. Weil Bedingungen, Ansprüche, Lebensrealitäten einfach anders waren. Weil das sind Leute, die hackeln und morgens um sechs aufstehen müssen, und wir sagen okay wir machen Konzerte bis sonst wann. Das war was wo ganz klar war, das hätte man viel früher schon machen können. Aber das war dann da einfach sich zu treffen, sich zusammen zu setzen, wir haben dann zum Beispiel angefangen, nur noch Konzerte bis zehn zu machen, um einfach aufeinander einzugehen. Und von beiden Seiten zu sehen; also sich nicht gegenseitig anzuschließen und zu sagen: hey wir dürfen Kulturarbeit hier machen und unsere Konzerte haben, aber halt nur bis 10 und ihr ruft nicht die Polizei an, sondern kommt bitte runter. (Interview 9, August 2019, Wien)

Dabei erwähnt die Aktivist*in, dass es strategisch sinnvoll gewesen wäre, sich mehr mit der Nachbarschaft zu vernetzen, aber das schon im Vorhinein, und nicht in der letzten Minute, „als der Hut schon brannte“ (Interview 9, August 2019, Wien) „[H]ätten wir viel länger Zeit gehabt, etwas gemeinsam zu entwickeln, ein Grundverständnis gemeinsam zu haben, wäre sicher auch nach außen hin und überhaupt, als Argument sehr viel stärker gewesen [...] Wir sind nicht so weit gekommen, dass man sagen kann, man tritt komplett gemeinsam auf.“ (Interview 9, August 2019, Wien)

Dies führt sie auf fehlende Ressourcen, insbesondere Zeit zurück, sowie die davor bestehenden Konflikte zwischen dem Verein und der Nachbarschaft, vor allem was den Lärm der Konzerte betrifft. Die Zeit, soziale Prozesse, die für mehr Unterstützung und Solidarität gesorgt hätten, in Gang zu setzen, hätte nicht ausgereicht. (vgl. Interview 9, August 2019, Wien)

d. Seitens der Gebietsbetreuung hat der Verein besonders auf der mietrechtlichen Seite Unterstützung erhalten. “Die haben auch die Räume zur Verfügung gestellt, die haben Mietrechtsberatung gemacht und wir waren dort mit unseren Nachbar*innen. Das waren wirklich Treffen, wo alle Nachbar*innen, Mieter*innen und wir zusammen waren, und haben von denen Beratung gekriegt (...)“ (Interview 9, August 2019, Wien). Besonders wenn es um

Informationsaustausch (zum Beispiel bezüglich des nächsten Bauausschusses) ging, wurde das „mo.ë“ von der Gebietsbetreuung unterstützt. „Man hat aber auch gemerkt, an dem Punkt, wo wir über rechtliche, legale Grenzen drüber gegangen sind, haben die sich zurückgehalten. Ja, es ist ne städtische Einrichtung, was sollen sie machen.“ (Interview 9, August 2019, Wien)

„Was die Bezirksebene vom Magistrat angeht, war es einfach sehr low. [...] Es ist auch viel Ressentiment dabei zum Beispiel: Was bringt das, wenn ich zu dieser Gemeinderatssitzung gehe, auch wenn ich das Recht hätte? Was bringt das, wenn ich dann als einzige Person dasitze, weil die entscheiden ja eh über mich hinweg. Auch von der politischen Seite haben wir da dann nicht mehr Meldung gekriegt, sondern wir können da eigentlich nicht mehr tun.“ (Interview 9, August 2019, Wien)

Nicht nur die Vernetzungen mit den Mieter*innen und die fehlende Unterstützung seitens der Stadtpolitik stellten das „mo.ë“ vor große Herausforderungen, sondern auch Unstimmigkeiten innerhalb der Gruppe und Kampagne „mo.ë bleibt“. Es kamen immer wieder neue Leute hinzu. Außerdem tragen im Endeffekt einige wenige Personen die Verantwortung. Denn letztlich haben die Vorstandsmitglieder eine wesentlich größere Verantwortung zu tragen, weil sie dafür auch haften.

Da ist halt immer die Frage, was meint man mit Vernetzung. Ist es eine Arbeitsgrundlage, kommen da Leute dazu, und man macht dann kontinuierlich etwas gemeinsam, unterstützt sich, ist in dieser Kampagne. Das ist so ein bisschen ne ´ Krucks, wie man das angeht. Auf der einen Seite ist es total notwendig zu sagen, he macht mit, wir brauchen mehr Leute. [...] In welche Entscheidungsstrukturen, die schon bestehen, kommen neue Leute rein; sich immer auf dem gleichen Stand zu halten. Also wir waren da All- in, wir waren da 24 Stunden da, das kann man nicht von anderen Leuten erwarten, wenn die mal drei Wochen nicht können, dann müssen sie wieder reinkommen. Dann kommen viele Punkte wie wir sind ja schon ganz wo anders, man hat das Gefühl, das hält das auf. Also solche Gruppenprozesse, die aber echt nicht einfach sind. (Interview 9, August 2019, Wien)

Zusätzlich ist es so, dass bei Entscheidungsprozessen Leute unterschiedliche Positionen innehaben. Das heißt im Fall von „mo.ë“, dass es hier auch um persönliche Haftungen ging, da die Entscheidung, sich gegen die Räumungsklage zu widersetzen, eine illegale Handlung war. „[W]enn es um Entscheidungen geht, da gibt es einen Unterschied, wenn du im Vorstand bist und einfach angeklagt bist und da gings um persönliche Haftungen, weil es ja sozusagen vorsätzliches Handeln war. Wir wussten was wir tun und damit ist es illegale Handlung, und damit geht es um Privathaftungen.“ (Interview 9, August 2019, Wien)

Das heißt, nur als Situation, man sitzt da zusammen, und da sind auch neue Leute dabei, die man vielleicht noch nicht so kennt, und man will auch sagen das ist ein offener Prozess, Leute entscheiden mit oder bringen Vorschläge ein. Es kommt zu Punkten, wo ich sage – sorry, aber die Konsequenzen, die aus so einer Entscheidung kommen, müssen einzelne Leute tragen. Wo man dann vielleicht auch sagt: schön, dass du die Idee hast, aber in the end bin ich dann die, die- wenn man jetzt zu viel Risiko zum Beispiel eingeht- sind es Einzelpersonen, die im schlimmsten Fall ihr Leben lang verschuldet sind, wenn es richtig schief geht. (Interview 9, August 2019, Wien)

Trotz der Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzungsarbeit und der langen Solidaritätsarbeit der Kampagne blieben eine Gerichtsverhandlung sowie Gespräche mit der Stadtpolitik ohne Erfolg. Das Gericht hat gegen sie entschieden und die Stadt hat damit einen wichtigen, experimentellen Kunst- und Kulturraum in der freien Szene Wiens verloren. Im Endeffekt musste Ende Mai 2017, der Kulturverein nach zwei Jahren intensiven Protests, die Räumlichkeiten in der Thelemanngasse verlassen und in den 5. Bezirk weichen. Im 16. Bezirk, wo bereits Nachbarschaftseffekte aufgebaut wurden, hätte der Verein keinen Raum gefunden, so die Vorstandsvorsitzende. (vgl. Interview 9, August 2019, Wien)

Was vom verlorenen Kampf um den Verbleib des „Mo.ë“ bleibt

Am Beispiel „mo.ë“ zeigt sich, dass sich Fragen stellen, wie: Was ist wichtiger: Immobilienspekulation vs. leistbarer Wohnraum bzw. Lofts vs. Kulturraum? (Rauth/Puchner, 2016). Außerdem demonstriert es, dass seitens der Bewohnerschaft in Wien Widerstand gegen die profitorientierte Stadtentwicklung sowie den Immobilienmarkt geleistet wird, um so wichtige Räume erhalten zu können. Um erfolgreichen Widerstand zu leisten, braucht es jedoch mehr kollektive Vernetzung. Zudem müsste mehr Bewusstsein über die Arbeit der Künstler*innen und was diese für Stadtteile leisten, geschaffen werden. (vgl. Rauth, 2019a: 120f.) „Was halt total notwendig wäre ist, dass man sich zusammenschließt und solidarisch irgendwie gemeinsam sich dafür einsetzt, dass sich da was ändert“ (Interview 10, September 2019, Wien).

Für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung sind genau solche Orte, wie das „mo.ë“ von großer Bedeutung, da es hier möglich ist, sich über Fragen, wie eine gerechte und solidarische Stadt (Wien) aussehen könnte, auszutauschen (vgl. Rauth, 2019a: 122f.). Es braucht „den Willen der Politik, gemeinsam mit den zahlreichen Initiativen Rahmenbedingungen für eine sozial verträgliche Stadtentwicklung zu schaffen, die Raum für Kunst und Kultur, Arbeit und Soziales sichert und damit gemeinwohlorientierten Mehrwert für die Stadt schafft“ (Rauth, 2019a: 121). „Raumfragen sind Zukunftsfragen. Und die Zukunft geht uns alle etwas an“ (Rauth, 2019b: 33).

Die Rolle von Kunst- und Kulturschaffenden in Gentrifizierungsprozessen

Weiters stellt sich durch das dargestellte Beispiel des Kunst- und Kulturraumes „mo.ë“ die Frage, welche Rolle Kunst- und Kulturschaffende in Gentrifizierungsprozessen spielen. Das Verhältnis zwischen Künstler*innen und Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen gestaltet sich schwierig (vgl. Holm, 2011a). Kunst- und Kulturschaffende sind einerseits Motor und andererseits Opfer von Gentrifizierung und befinden sich damit in einer Doppelrolle (vgl. Rauth, 2019a: 115). Doch wer profitiert tatsächlich? „Es stellt sich also die Frage, wer den Wert eines Grätzels schafft und wer davon profitiert (...)“ (Rauth, 2019a: 116). In vielen Studien werden Kunst und Kulturschaffende als „Pionierinnen“, beziehungsweise Auslösende von Gentrifizierung dargestellt. Dennoch werden diese im Zuge von Aufwertungsprozessen in späteren Prozessen oft selbst verdrängt (vgl. Holm, 2011a), wie am Beispiel von „mo.ë“ deutlich wird.

Ein Vorstandsmitglied von „mo.ë“ argumentiert, dass sie sich immer als Teil der Aufwertungen im Viertel gesehen haben und sich auch darüber bewusst waren. Deshalb haben sie auch immer wieder diskutiert, welche Rolle Künstler*innen in solchen Prozessen einnehmen. (vgl. Interview 9, August 2019, Wien)

*Es war eher ein Nutzen von leerstehenden Räumen von Künstler*innen, auch mit allen Problemen, die man da anhängen kann. Also Künstler*innen, die einen Raum nutzen und damit auch Teil der Aufwertung sind. Ohne da jetzt einen großen sozialen Hintergrund zu haben. Das war eine Bubble, das ist klar. Trotzdem waren immer Leute da, die politisch gedacht haben. Von Anfang an auch Leute, die sehr aktiv sind und wussten, wo sie da sind. Und nicht: 'wir arbeiten mit Investoren, und gucken, dass wir unser Filet damit raus kriegen'. Sondern, ab dem Punkt, wo die Investoren da waren, war klar, die Linien von allen unterschiedlich, und es war klar, wir lassen uns da jetzt nicht verarschen. (Interview 9, August 2019, Wien)*

Dennoch wurde das mo. ë schließlich selbst zum „Opfer“ von Gentrifizierung.

*In der klassischen Gentrifizierungstheorie gibt es die Rolle der Pionier*innen. Lange Jahre war das ja jetzt so, dass im ganzen Diskurs zu Gentrifizierung den Künstler*innen, Kulturschaffenden eigentlich immer sowas wie ein schwarzer Peter zugeschoben worden ist. So quasi: die werten die Gegenden auf... der sehr kurz geschlossene Denkweg war dann immer: und damit sind die auch Schuld dran. Mittlerweile ist es so, [...] dass der Fokus jetzt stärker darauf liegt, dass Gentrifizierung ein System ist innerhalb von diesen kapital- und profitgetriebenen Immobilienmärkten. Und das Künstler und Künstler*innen, und das ist auch meine Sichtweise drauf, [...] genauso wie dann später, Bewohner*innen, Mieter*innen auch zu den Opfern dieser Entwicklung zählen. (Interview 10, September 2019, Wien)*

Am Beispiel des „mo.ë“ wird deutlich, dass derzeit „den von soziokulturellen und künstlerischen Initiativen geschaffenen Mehrwert in erster Linie die Immobilienbranche [abschöpft], die von Weltoffenheit, Lebendigkeit, kreativem Klima und hoher Lebensqualität profitiert und damit hohe Eigentums- und Mietpreise [...] erhält“ (Rauth, 2019a: 116). Die Arbeiten der Künstler*innen schaffen einen sozialen Mehrwert, der von Immobilienfirmen genutzt wird (vgl. Rauth, 2019a: 116). „(...) [I]nsbesondere die künstlerische Praxis ist unmittelbarer Bestandteil der Produktion und Verbreitung neuer Stadtteilimages“ (Holm, 2011a), von denen am Ende Investor*innen profitieren. „(...) [K]aum ist der Kunstraum bezogen, ist auch schon das eigene Schaffen zum Standortfaktor mutiert und die Miete zunehmend nicht mehr bezahlbar – ohne jemals von der Aufwertung profitiert zu haben“ (Rauth, 2019a: 116). In anderen Worten: „Die Aktivitäten, die das Viertel erst attraktiv machten [...] müssen den steigenden Mietkosten in den Aufwertungsgebieten am Ende selber weichen“ (Holm, 2011a).

„Kultur ist [...] weniger Auslöser und Anlass der Aufwertung als vielmehr ihr Medium“ (Holm, 2011a). Kulturell geschaffenes Kapital wird also inwertgesetzt, das heißt, der kulturell entstandene Mehrwert wird über den Immobilienmarkt kommodifiziert (vgl. Holm, 2011a). „Diese Inwertsetzung oder Kommodifizierung von Kultur und sozialen Beziehungen ist ein Kennzeichen des Neoliberalismus“ (Vollmer, 2018: 49). Besonders das Beispiel „mo.ë“ zeigt diesen Konflikt zwischen „Akteur*innen, die durch ihre Arbeit vor Ort Wert schaffen, und jenen, die durch gezieltes Investieren und Spekulieren diesen Wert abschöpfen“ (Beck/Rissinger, 2019), auf.

Das trifft auch auf die „La Tabacalera“ zu, einem Kunst- und Kulturzentrum in Madrid, von dem der Tourismus und die Wirtschaft immer mehr profitieren. (siehe Kapitel 6.4.5.)

6.4 Beispiel Lavapiés

Während in Lavapiés besonders die Wirtschaftskrise sowie die Umgestaltungsmaßnahmen der Stadt Proteste auslöst, kommt nun zusätzlich ein relativ neues Phänomen hinzu, nämlich der boomende Tourismus der Stadt. Mit letzterem haben die Bewohner*innen Lavapiés besonders zu kämpfen, da dieser im Viertel aufgrund der zentralen Lage sehr präsent ist. Die hohe Anzahl an Airbnb Vermietungen und die damit einhergehende Verdrängung der Bewohner*innen lösen besonders viel Widerstand aus. Dieses Thema wird auch im derzeit sehr aktiven Netzwerk „¿Lavapiés dónde vas?“ aufgegriffen; diese kämpfen aktuell stark gegen die Touristifizierung und deren sozialen Folgen an. Auch im selbstorganisierten Kunst- und Kulturzentrum „La Tabacalera“, das sich im Stadtteil befindet, macht sich die Touristifizierung bemerkbar. Das Beispiel zeigt, wie ein einst besetztes, politisch ausgerichtetes Zentrum, welches aus einem Kampf gegen Gentrifizierung sowie aus Kritik am neoliberalen Modell der Stadt entstanden ist, einen Wandel hin zu einer Touristenattraktion und womöglich bald auch selbst der Gentrifizierung zum Opfer fallen könnte.

6.4.1. Die Bedeutung Lavapiés für soziale Mobilisierungen

Ein sehr bekanntes Beispiel dafür ist der Stadtteil und ehemalige Arbeiter*innenbezirk Lavapiés. Lavapiés „was at the forefront of significant social movements, participating actively in the struggle to recover the historical center from a physical, social and cultural point of view“ (Díaz Orueta, 2007: 187).

„Als Folge dieser sozialräumlichen Wandlungsprozesse haben sich [...] verschiedene widerständische und kreative Praktiken herausgebildet und Lavapiés zu einem umkämpften Raum gemacht“. (Youkhana/Sebaly, 2014: 49) Diese Initiativen protestieren gegen Kommerzialisierung, Kontrolle und Verdrängung. Bisherige untersuchte Formen des Widerstandes in Lavapiés sind: Hausbesetzungen, Platzbesetzungen, Graffiti, sowie selbstorganisierte kulturelle Initiativen. Unter anderen wurden selbstverwaltete Kulturzentren wie das „Centro Social Okupado Casa Blanca“ und das „Centro Social Autogestionado la Tabacalera de Lavapiés“ gegründet. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 56) „All diese Initiativen haben zu einer starken Politisierung des Stadtteils und seiner Bewohner_innen geführt und eine Widerstandskultur geschaffen, die sich in kreativen Protesten Bahn bricht“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 56)

Lavapiés ist ein Ort des Protests, besonders für linke, alternative politische Gruppen Madrids. Widerstand gegen Gentrifizierung wird in den Studien der Gentrifizierungsforschung in Spanien stark fokussiert. (vgl. García Pérez, 2014: 74;76) „Lavapiés is thus appropriate as a place to study at first hand new social movements confronting the process of urban restructuring. It is also a district in which to observe the conditions under which a fragmented neighbourhood can organize itself and deal with social mobilization”. (Díaz Orueta, 2007: 184)

Ein Interviewpartner erwähnt, dass Lavapiés ein wichtiger Ort für Aktivist*innen ist, da er sich im Zentrum der Stadt befindet. Alles, was im Zentrum ist, bekommt erhöhte (mediale) Aufmerksamkeit. Bereits seit 40 Jahren sei Lavapiés ein Ort, wo sich politischer Widerstand ereignet. Als der Gentrifizierungsprozess im Viertel einsetzte, formierte sich wieder viel Widerstand, eben dieser, der auch davor schon gegeben war: „Die Personen waren stets bereit, Widerstand zu leisten, gegen alles was mit sozialer Gerechtigkeit in Verbindung steht.“ Hauptakteur*innen der Antigentrifizierungskämpfe in Lavapiés seien jene Personen der ersten Welle der Gentrifizierung. Nämlich jene, die in den 90-iger Jahren nach Lavapiés gezogen sind, also hauptsächlich Arbeitende im Sozialbereich oder Künstler*innen. Der Interviewpartner erwähnt, dass das komplex sei, da diese Pionier*innen der Gentrifizierung seien und nun aber gegen genau diesen Prozess kämpfen. (Interview 12, Oktober 2019, Madrid)

In den 1990-iger Jahren wurde vor allem die sogenannte „okupa Bewegung“ (siehe Kapitel 6.2) im Viertel sehr bedeutend. Deren (illegale) Besetzung in der Straße Ampara in Lavapiés, im Jahr 1985 war ein tragender Moment für die (Anti-Globalisierungs-)Bewegung. Immer mehr Leute, vor allem viele junge Leute schlossen sich der Bewegung an und begannen vermehrt leerstehende Gebäude zu besetzen. Hausbesetzungen haben in Lavapiés also eine lange und starke Tradition. Eine erfolgreiche Besetzung im Stadtteil war die des Gebäudes „El Laboratorio“, welches danach auch als essenzieller Treffpunkt der Gruppe genutzt wurde. „Als wir das Laboratorio besetzt haben, war es ein Sozialzentrum, welches wir 7 Jahre lang hatten. Es hatte sehr viel Einfluss in Madrid, vor allem für soziale Bewegungen und auch für Lavapiés selbst. Durch das Laboratorio sind viele Leute nach Lavapiés gekommen und haben sich integriert. Viele unterschiedliche, kollektive Netzwerke sind hierhergekommen.“ (Interview 18, November 2019, Madrid)

Ein Aktivist argumentiert: „Zuvor gab es sehr viele Besetzungen in Lavapiés. Besetzungen gegen diese Strukturen, gegen den Leerstand der Gebäude. Es ist klar, dass diese Leute Wohnraum brauchen. Ich bin total auf deren Seite. Die Besetzung von Häusern und

Sozialzentren scheinen mir legitim. Aber eine Intention der Gentrifizierung ist, dass genau das nicht passiert“. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid).

Das Rehabilitierungsprogramm „ARP-Area de Rehabilitación Preferente“, welches 1994 in Form eines nicht-partizipativen Planungsprozesses beschlossen wurde, und in drei Phasen bis 2008 in großen Maßen in Lavapiés durchgesetzt wurde, war ein bedeutender Auslöser für den kollektiven Zusammenschluss im Stadtteil. Daraufhin wurde schließlich 1997 das „Red de Colectivos de Lavapiés“ gegründet, welchem sich diverse Gruppen angeschlossen haben. Darunter die alte Nachbarschaftsorganisation „La Coralla“, die sich im Zuge der Umgestaltungsmaßnahmen der 80-iger Jahre in Lavapiés formierte, um sich gegen die Stadtpolitik zu stellen. (vgl. Díaz Orueta, 2007:185-188) Alte Kollektive verbinden sich mit neuen kollektiven Gruppen von Migrant*innen, der „okupa Bewegung“, Mitglieder von NGOs im Stadtteil, sowie Umwelt- und Kulturvereine. (vgl. Díaz Orueta, 2007:189) Das „Red de Colectivos de Lavapiés“ ist demnach ein sehr breites, diverses und heterogenes Netzwerk. Besonders wurde gegen die hohen Leerstandszahlen, sowie die Umstrukturierungsmaßnahmen der Stadt und damit einhergehende Privatisierung, Kommerzialisierung und Mieterhöhungen, Widerstand geleistet. Ein Kampf gegen Gentrifizierung formiert sich im Viertel und Themen wie die Wirtschaftskrise, Sozialeinrichtungen und die Verdrängung von Migrant*innen waren zentrale Punkte. (vgl. Interview 16, Oktober 2019, Madrid)

Eine der Hauptforderung des kollektiven Netzwerkes war die Errichtung von Sozialzentren in Lavapiés; insbesondere aufgrund der hohen Anzahl von leerstehenden Gebäuden im Besitz der Stadt. Eines davon ist auch die lange Zeit leerstehende Tabakfabrik „La Tabacalera“, welches im Besitz des Kulturministeriums ist. (vgl. Díaz Orueta, 2007:189) (siehe Kapitel 6.4.5)

Nicht nur die Wirtschaftskrise und der Rehabilitierungsplan der Stadt lösen Widerstand im Viertel aus. Seit einigen Jahren macht sich ein neues Phänomen breit, nämlich der zunehmende Tourismus im Stadtzentrum Madrids. „Aufwertung und Quartiersentwicklung haben also nicht mehr primär das Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bewohnerinnen, sondern sollen genügend urbane Szenarios für Tourismuserlebnisse und Urlaubsdomizile bereitstellen“. (España/Toscano, 2019: 10)

6.4.2. Tourismus als Auslöser für Widerstand in Lavapiés

“Wie die einfachen Dinge verwandeln sich auch Städte in Ware, wenn sie zur Tourismusdestination gemacht werden”. (España/Toscano, 2019: 9) Die Autor*innen (ebd.: 9f.) argumentieren, dass nicht nur Städte, sondern auch die Bewohner*innen selbst vermarktet werden und so zur Ware gemacht werden.

“Momentan kommt ein neuer Faktor der Gentrifizierung hinzu...noch gravierender...das ist das Phänomen der Touristifizierung des Zentrums. [...] vor allem durch das Aufkommen von Airbnb“ (Interview 11, Oktober 2019, Madrid). „Airbnb hat tatsächlich dazu beigetragen, dass der Gentrifizierungsprozess des Viertels explodiert“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). Diese Entwicklungen würden es unmöglich machen in Lavapiés noch eine Mietwohnung zu bekommen (vgl. Interview 15, Oktober 2019, Madrid).

Ein in Madrid interviewter Soziologe argumentiert, dass der Widerstand gegen Gentrifizierung in Lavapiés seit 2016 hauptsächlich das Thema der Touristifizierung sowie Airbnb umfasst: „2016, 2017, 2018 haben viele Investmentfonds Gebäude gekauft, um diese touristisch zu nutzen und danach zu verkaufen“ (vgl. Interview 12, Oktober 2019, Madrid). Dem stimmt ein Aktivist zu: „Das Aufkommen der AirBnb Vermietungen bedeutete die Ausbeutung aller Gebäude, die zur Miete freistanden. Diese werden nun nicht mehr an die Bewohner*innen vermietet, sondern an Tourist*innen, um die Einnahmen zu verdoppeln. Das hat gravierende Auswirkungen für das Leben der traditionellen Arbeiter*innenbezirke“ (Interview 11, Oktober 2019, Madrid). Die Investor*innen würden Mietverträge der Bewohner*innen nicht mehr verlängern, oder die Miete erhöhen, sodass die Mieter*innen zum Auszug gezwungen sind. Dabei spricht er von gezielter Verdrängung, um neue Mieter*innen und/oder Tourist*innen anzuziehen und mehr Geld einzunehmen. Teilweise würde es auch zu absichtlich provozierten Schikanen kommen, indem Eigentümer*innen diese Gebäude immer mehr verfallen lassen, vernachlässigen, Mieter*innen bedrohen oder Lärm provozieren, damit diese gehen. (vgl. Interview 12, Oktober 2019, Madrid) Auch hier handelt es sich um Formen der direkten Verdrängung. Haushalte werden durch Kündigungen, Mieterhöhungen und Mietschikanen zum Auszug gezwungen (vgl. Rosifka, 2019: 71f.; 76).

6.4.3. Soziale Initiativen in Lavapiés

Es wurde seitens der Aktivist*innen im Viertel eine Aktion durchgeführt, die aufzeigte, dass die Mehrheit der Tourist*innenunterkünfte illegal sind. Daraufhin wurde der Kampf noch stärker, besonders gegen die Investor*innen, die ganze Gebäude kaufen. (vgl. Interview 12, Oktober 2019, Madrid). Es gibt immer wieder Demonstrationen, welche von den „bloques en lucha“ unter dem Slogan #nosquedamos²⁴ (wir bleiben) organisiert werden. Diese haben sich in den verschiedensten Stadtteilen Madrids formiert, auch in Lavapiés. Sie richten sich besonders gegen „Blackstone“, eine US-amerikanische Investmentgesellschaft, die 2003 sehr viele soziale Wohnbauten von der Stadt Madrid (unter der konservativen Partei Partido Popular, PP) gekauft hat. (vgl. Interview 12, Oktober 2019, Madrid) Dabei geht es darum, dass gesamte Wohnhäuser von Investor*innen gekauft werden, und nach dem Kauf, die Mietpreise rasant ansteigen, die Mietverträge nicht verlängert werden oder die Bewohner*innen des Hauses sogar rausgemobbt werden (siehe direkte Verdrängung und Entmietung 6.4.2.). Bei den Demonstrationen schließen sich „bloques“²⁵, bestehend aus den betroffenen Mieter*innen, aus den verschiedenen Stadtteilen Madrids zusammen, und gehen gemeinsam auf die Straße.

Am 19. Juni 2019, nach der Zwangsäumung einiger Familien eines Gebäudes in der calle Argumosa²⁶ im Februar 2019, fand eine offene Versammlung am Plaza de Lavapiés statt. Dabei haben sich die neu formierten „bloques en lucha“ vorgestellt. Der erste, der entstanden ist, ist in Lavapiés „Argumosa 11“. Heute gibt es mittlerweile schon 29 „bloques en lucha“ im Stadtzentrum Madrid. In der Versammlung haben von Verdrängung betroffene Nachbar*innen offen über ihre Ängste, Hoffnungen, Anliegen und Bedenken gesprochen. Unterstützt wurden sie von „Sindicato de Inquilinas“²⁷, der „PAH“ und „Bloques en Lucha“. (vgl. Sologuren, 2019; Beobachtungsprotokoll, Juni 2019, Madrid)

²⁴ “Wir sagen #NosQuedamos [wir bleiben], wenn der Eigentümer unserer Häuser die rechtliche Lage ausnutzt, um eine unsichtbare Räumung durchzuführen: uns auf missbräuchlicher Weise rauswirft, um den Preis zu steigern oder uns den Mietvertrag nicht verlängert. Mit #NosQuedamos sagen wir, dass wir es nicht akzeptieren, dass sie uns ungerechtfertigt aus unseren Wohnungen vertreiben, wir sagen auch, dass wir nicht akzeptieren, dass Spekulanten aus unserer Stadt, unserem Wohnraum und unseren Leben eine Ware machen. Mit der Kampagne #NosQuedamos verteidigen wir Nachbarinnen ein Recht auf würdiges und stabiles Wohnen und leistbare Mieten.“ (<http://www.inquilinato.org/nosquedamos/>) [26.11.2019]

²⁵ <http://www.inquilinato.org/bloques-en-lucha/> [26.11.2019]

²⁶ Eine Immobilienfirma hat mehrere Teile des Gebäudes in der calle Argumosa 11 gekauft, die Mietverträge der Mieter*innen jedoch nicht verlängert. Daraufhin hat sich ein Block der betroffenen sowie der Nachbar*innen gebildet um gegen Spekulation im Viertel, Mietpreiserhöhungen von +300% und Zwangsäumungen zu kämpfen. Seitens der Stadtpolitik fehlt jede Unterstützung.

<https://www.publico.es/sociedad/desahucio-argumosa-11-paralizado-fecha-desahucio-mujeres-embarazada-bloque-lucha-calle-argumosa-madrid.html> [26.11.2019]

²⁷ <http://www.inquilinato.org/> [Aufruf: 20.12.2019]

Am 5. Oktober 2019 fand eine Demonstration am Plaza Jacinto Benavente, wenige Minuten von Lavapiés entfernt, statt. Diese wurde vom „Sindicato de inquilinas e inquilinos en Madrid“ organisiert; viele der oben genannten bloques trafen sich gemeinsam mit der „PAH“, um gegen Spekulation, Immobilieninversionen, hohe Mietpreise und Verdrängung zu protestieren. Das Thema der Demonstration war „Demonstration für ein Recht auf eine menschenwürdige Wohnung“ (manifestación por el derecho a una vivienda digna) (Beobachtungsprotokoll, Oktober 2019, Madrid)

Neben der „PAH“, „bloques en lucha“, „Sindicato de inquilinas e inquilinos en Madrid“, ist derzeit in Lavapiés das Netzwerk „Lavapiés ¿dónde vas?“ von großer Bedeutung.

6.4.4. Das Netzwerk „Lavapiés ¿dónde vas?“

Das Netzwerk wurde vor drei Jahren im Jahr 2016 gegründet: „Es hat uns nicht gefallen was passierte [...] Es hat sich herausgestellt, dass die Regierung, die gewählt wurde, ein Feind für die Dinge, die in Lavapiés passiert sind, war. Also haben wir eine Einberufung gemacht, und wir haben uns auch begonnen zu bewegen, mit der Aussicht zusammen über Lavapiés nachzudenken. Wir haben Tagungen gemacht, Leute verschiedenster Kollektive und Initiativen zusammen gebracht... und so ist Lavapiés ¿dónde vas? entstanden“, so ein Aktivist des Netzwerkes. (Interview 18, November 2019, Madrid)

Wer und was ist „Lavapiés ¿dónde vas?“

„Wir sind die Prekären, Angehaltenen, Zwangsgeräumten, Migrantinnen, Arbeitenden oder durch Hypotheken Verarmten, erschöpften Mieterinnen, Künstlerinnen, Kellnerinnen, Kaufleute am Weg zum Aussterben... Wir sind all das und wir sind niemand. Wir sind die Nachbarinnen von Lavapiés, die in ein anderes Viertel gehen müssen, verdrängt durch den Markt und die Besitzer*innen, die Touristinnen mit Trollis gegenüber uns Nachbarinnen bevorzugen, ein Viertel, das gesehen wird und keines, das gelebt wird.“²⁸

Die Finanz- und Marktkräfte betrachten unser Viertel schon seit einiger Zeit als geeigneten Ort, um Geschäfte zu machen. Nicht irgendwelche Geschäfte, sondern das einfache Geschäft der Spekulation, Rentenwirtschaft, die Wirtschaft des prekären, teuren Wohnens, und der Tourismus, der Viertel und Städte sucht, die zum Ansehen sind, aber nicht zum Bewohnen...

²⁸ <https://lavapiessedondevas.wordpress.com/> [Aufruf: 26.11.2019]

Wenn wir sagen Lavapiés ist 'unser Viertel' [...], ist das, weil wir hier wohnen und hier unser Leben leben, weil unsere Körper und Gefühle mit diesem Territorium in Beziehung stehen [...] Wir akzeptieren es nicht von diesem ausgeschlossen und verdrängt zu werden, weil im aktuellen Zyklus der Krise andere mit mehr Macht ihre Augen habgierig auf die Orte, die wir mit so viel Schwierigkeit und Vitalität bewohnen, gerichtet haben...

Wir Kollektive, Asambleas, Kooperationen, Sozialräume, Netzwerke, Plattformen, Organisationen aller Art sind nun gerufen mit gemeinsamer Unterstützung, [...] die Tendenz der Uniformität, die der Markt vorgibt, zu bremsen und ein mögliches, anderes, neues Lavapiés zu denken.²⁹

Tourismus und Airbnb spielen eine wichtige Rolle innerhalb des Netzwerkes. Ein Aktivist des Kollektivs erzählt, dass die Aktivist*innen anfangs eigentlich keinen spezifischen Plan hatten, an welchen Themen konkret sie arbeiten. Sie hätten vielmehr versucht, die Dinge zu behandeln, die ihnen Sorgen gemacht haben, und die den Prozess (der Gentrifizierung) am besten beschreiben. Also hätten sie begonnen gegen die Touristifizierung des Viertels zu kämpfen; nicht weil es das wichtigste Element war, sondern das Element, das am besten zu sehen war. „Es ist am einfachsten etwas zu visualisieren, das passiert und das kaum Legitimierung innerhalb des Territoriums hat; das impliziert, wie gravierend die Nachbar*innen zwangsgeräumt und verdrängt werden. Das ist auch das, was die PAH macht.“ (Interview 18, November 2019, Madrid)

Was das Netzwerk auch immer wieder versucht hat, war Allianzen mit der Stadtregierung zu bilden; um soziale Kontrolle und eine bessere Zukunft zu verwirklichen: „Das ist total fehlgeschlagen“, so ein Aktivist des Netzwerkes... „Wir lügen nicht...sie sind nicht unsere Freunde in der Regierung [lacht]. Sie haben andere Wertvorstellungen.“ Jedoch ist sei es nie zu stärkeren Regulierungen oder Interventionen seitens der Stadt gekommen. „Hier herrscht noch immer die mythische Idee, dass jeder Kapitalfluss Reichtum für alle bedeutet [...]. Also hatten sie Angst, dass sie eine Wirtschaftstätigkeit verlieren würden“. (Interview 18, November 2019, Madrid)

Ein Aktivist aus Lavapiés berichtet Folgendes über das Netzwerk: „Ihr Kampf ist sehr, sehr hart. Ihr Kampf benötigt sehr, sehr viel Zeit und Struktur“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). Ein weiterer Aktivist von „Lavapiés ¿dónde vas?“ bestätigt, dass die Widerstandsarbeit zeitintensiv ist. Während es Momente gab, an denen er nicht regelmäßig zu den Treffen kam, oder wo sich das Netzwerk auch nicht regelmäßig getroffen hat, war die Zeit, als sich die Zwangsräumungen in der calle Argumosa in Lavapiés ereignet haben, sehr intensiv.

²⁹ <https://lavapiésdondevas.wordpress.com/acerca-de/> [Aufruf: 26.11.2019]

Daraufhin haben sich, wie oben beschrieben, „asambleas de bloques“ formiert, um dagegen anzukämpfen. „Die asambleas de bloques, sind bloques der von Verdrängung Betroffenen und von Touristifizierung Betroffenen“ (Interview 18, November 2019, Madrid). Als dies passierte, hätten die Aktivist*innen des Netzwerkes täglich gearbeitet, um die Verdrängung ihrer Nachbar*innen zu verhindern. Mittlerweile ist jeder zehnte Haushalt im Zentrum Madrids eine Unterkunft für Tourist*innen, während davon 75-80% komplette Wohnungen sind, der Rest einzelne Zimmer. Der Tourismus ist für die Stadt mit 7.7 % des Bruttoinlandsprodukts eine wichtige Einnahmequelle (vgl. Red2Red, 2017: 64), wirkt sich aber negativ auf die Bewohner*innen der von Gentrifizierung und Touristifizierung betroffenen Vierteln, wie Lavapiés aus. Die Unterkünfte für den Tourismus schränken ein fundamentales Bürger*innenrecht ein, nämlich das Recht auf menschenwürdigen Wohnraum (vgl. Red2Red, 2017: 65). Mietpreise steigen, weniger Wohnraum ist verfügbar, viele Wohnungen stehen vor allem unter der Woche leer. Das Zusammenleben im Viertel ist vor allem durch den Lärm und den Belästigungen seitens der Reisenden gestört. Außerdem passt sich auch das Konsumangebot an die neuen Entwicklungen an: Lebensmittelpreise steigen, traditionelle Lokale müssen Souvenirshops weichen. (vgl. Red2Red, 2017: 64-68)

„AirBnb hat im Viertel einen großen Schaden angerichtet. Warum? Weil es nicht einzelne Wohnungen, sondern ganze Wohnhäuser betrifft, in denen auch alte Leute wohnen, die den Rauschzustand derer ertragen müssen, die nachts betrunken von der Party kommen. [...] Sie spielen Musik, machen Lärm, und schaden dem regulären Leben im Viertel“. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

Jetzt gerade arbeiten sie an einer Kampagne, die am 14.11. 2019 herausgebracht wurde, bei der es darum geht, illegale Tourist*innenunterkünfte anzuzeigen. „Es kamen im Laufe der Zeit sehr viele Leute zu uns, die sich beklagten, dass sie aufgrund einer Touristenunterkunft ihre Wohnung verlassen mussten. - Aber wenn du das anzeigst, dann nicht mehr!“, so der Mitorganisator der Kampagne (Interview 18, November 2019, Madrid). „Lavapiés ¿dónde vas?“ und fünf weitere Kollektive des Viertels, unter anderem auch „Sindicato de inquilinas e inquilinos de Madrid“ haben die Kampagne initiiert. Ab sofort ist es möglich, illegale Tourist*innenunterkünfte bei der Stadtverwaltung Madrids anzuzeigen; 95% all dieser Unterkünfte in Madrid seien illegal. Am 14.11.2019 hat das Kollektiv 503 davon angezeigt; sie fordern deren Schließung sowie Geldstrafen zwischen 30 und 452 Millionen Euro. (vgl. Lavapiés ¿dónde vas?, 2019)

Die Aktivist*innen kritisieren nicht nur, dass die Mehrheit der Unterkünfte illegal sind, sondern vielmehr die sozialen Folgen für die Nachbar*innen. Durch die Touristifizierung und Gentrifizierung des Viertels steigen die Mietpreise rasant an, das Viertel wird geleert, und Mieter*innen werden verdrängt; außerdem leidet das soziale Netz der Nachbarschaft darunter, sowie die Dienstleistungen im Viertel. (vgl. Lavapiés ¿dónde vas?, 2019) „Airbnb hat einen furchtbaren Schaden für das Viertel angerichtet“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid).

Eine Versammlung am Plaza de Lavapiés am 27. Oktober 2019, die auch das Netzwerk „Lavapiés ¿dónde vas?“ mitorganisiert hat, thematisiert nicht nur die Gentrifizierung und Touristifizierung des Viertels, sondern auch die damit einhergehende, zunehmende Überwachung und (rassistische) Kontrolle im Viertel. Dabei fordern die Aktivist*innen Sozialmaßnahmen statt Polizei („medidas sociales, no policiales“). (Beobachtungsprotokoll, Oktober 2019, Madrid) “Es handelt sich um gezielte Maßnahmen, um Touristen ruhig zu stellen [...], aber diese sind komplett unnütz für die tatsächlichen Probleme des Viertels: der wahnsinnige Mietenanstieg, der in der Verdrängung der Mehrheit der Nachbarschaft ende, [...] die Ablehnung eines öffentlichen Gesundheitswesens für die Mehrheit der Nachbarschaft oder der institutionelle Rassismus, unter dem unsere Nachbarinnen leiden. Das sind Probleme, die wir tagtäglich spüren, wo die Polizei nicht mehr macht, als jene zu kriminalisieren die am meisten leiden.“ (Flyer, Oktober 2019, Madrid) Die Aktivist*innen argumentieren, dass es keine Sicherheit im Viertel geben wird, solange die oben genannten tatsächlichen Probleme nicht bekämpft werden. „Die Polizei kann uns nicht die Sicherheit geben, die wir brauchen, besser gesagt, Sicherheit, die Wohnungssicherheit, Gesundheitsschutz, Arbeits- und Bürger*innenrechte garantiert, basierend auf die gegenseitige Unterstützung der Nachbar*innen. (ebd.)

Generell sei „Lavapiés ¿dónde vas?“ ein sehr starkes Netzwerk, argumentieren drei interviewte Aktivist*innen. Ein Aktivist aus dem Kollektiv führt dies einerseits auf die gute Vernetzung und Allianzenbildung mit anderen sozialen Netzwerken in Madrid zurück, aber auch auf die Vertrauensbasis innerhalb der Gruppe. „In den Versammlungen kommen vielleicht mal sechs, ein anderes Mal zwölf, aber es existiert ein wirkliches Netzwerk. Wenn wir etwas machen wollen, können wir immer Leute anrufen.“ (Interview 18, November 2019, Madrid) Der Aktivist (ebd.) bestätigt, dass die Vernetzung mit anderen sozialen Kollektiven sehr gut ist, insbesondere mit der „PAH“. Viele Aktivist*innen des Netzwerkes waren und sind auch Teil dieser. Auch mit dem Sozialzentrum „La Ingobernable“, oder der Bücherei „Traficantes de

Sueños“ wurden Allianzen gebildet. Ein anderer Aktivist bestätigt, dass das Netzwerk durch und von den umliegenden Sozialzentren, wie zum Beispiel „La Quimera“ oder „La Ingovernable“ gestärkt wird. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

„Die Mehrheit von uns ist schon lange aktiv im lavapiésinischen Aktivismus [...] Es gibt Leute, die schon über dreißig Jahre lang dabei sind. [...] Wir haben eine starke Vertrauensbasis entwickelt. Das erschwert zwar neuen Personen dazu zu kommen, aber es erleichtert uns zu funktionieren. [...]“ (Interview 18, November 2019, Madrid)

„Wir müssen nicht viele sein, um als Kollektiv gut funktionieren zu können. Im Gegenteil, wir würden es begrüßen, wenn es mehr Gruppen wie unser Kollektiv gibt [...]“ (Interview 18, November 2019, Madrid) Die Aktivist*innen würden sich schon sehr lange Zeit kennen, und hätten dadurch eine Vertrauensbasis gewonnen, sie hätten ihre Gewohnheiten, aber auch ihre schlechten Gewohnheiten, die nicht so einfach zu ertragen wären, für Personen die neu dazustoßen wollen. „Wenn du zu ‘Lavapiés ¿dónde vas?’ kommst, ich weiß nicht, ob ich an deiner Stelle das ganze Treffen lang bleiben würde. [...] es ist nicht einfach uns zu ertragen.“ (Interview 18, November 2019, Madrid) Da sich die 12 Personen des Netzwerkes sehr gut kennen würden und stark zusammenhalten, sei es schwer sich in das Netzwerk zu integrieren.

Die interviewten Aktivisten stimmen zwar zu, dass es Aktivismus in Lavapiés gegen Gentrifizierung gibt, dieser aber größer scheint, als er tatsächlich ist. Vielmehr bräuchte es strengere Regulierungen seitens der Stadt Madrid, um die Probleme zu lösen. “Es wird unmöglich sein diese Entwicklungen zu stoppen, wenn die Politik keine Mietkontrolle und sozialen Wohnbau einführt. Allein mit diesen kleinen Kämpfen ist es sehr schwer“. (Interview 16, Oktober 2019, Madrid) „Momentan wäre es wichtig, die Mietpreise zu regulieren“. (Interview 11, Oktober 2019, Madrid)

„Es wurde etwas erreicht, aber nur sehr wenig. Es ist die Regierung, die etwas machen muss. Es muss einfach mehr sozialen Wohnbau geben. All die leerstehenden Wohnungen, die sich im öffentlichen Eigentum befinden, sollten dem sozialen Wohnbau gewidmet werden. Die Wohnungen der Spekulanten und Investoren müssen enteignet werden und in zugängliche Mietwohnungen für alle gemacht werden. Die Politik muss sich stark ändern [...]. Wenn das nicht passiert, wird die Gentrifizierung, in einem sehr schnellen Tempo weiter ansteigen (...).“ (Interview 16, Oktober 2019, Madrid)

6.4.5. „El centro social autogestionado La Tabacalera“

„Ein [...] Beispiel für kreativen Protest [...] in Lavapiés sind die emanzipatorischen Praktiken in einem selbstverwalteten sozialen und kulturellen Zentrum in einer alten Tabakfabrik, dem Centro Social Autogestionado La Tabacalera“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 62). „Die Nutzung des Gebäudes für kreativen Protest ist Ursache und Folge einer politischen Kultur des Widerstands, die auf nachbarschaftlicher Organisation und Bewegung in einer durch Übergang und Bevölkerungswandel geprägten Solidargemeinschaft beruht“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 63). Die Tabakfabrik Madrids stand zum ersten Mal im Jahr 2000 still. Das Gebäude stand daraufhin 10 Jahre lang leer, zunehmend wurde es verfallen gelassen und nicht in Stand gehalten. „10 Jahre lang wurde darum gekämpft das Gebäude für ein Viertel zu öffnen, dass über wenig öffentliche Räume verfügt“ (La Tabacalera, 2019)

Historischer Kontext

Die ehemalige Tabakfabrik wurde 2000 geschlossen und das 32000 m² große Areal stand danach leer. Rund 8000 m² Raum steht für die Selbstorganisation zur Verfügung, während der Rest als Kunstaustellung des Ministeriums genutzt wird. (vgl. Sequera, 2013: 209-220) Das Kulturministerium Madrids folgt dem Plan, Lavapiés zu einem attraktiven Standort für Museen zu gestalten. Außerdem sind Teile, der seit dem 18. Jahrhundert bestehenden Fabrik, dem Plan zur Sanierung des historischen Stadtzentrums zugeordnet worden. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 62)

2004, nach dem Zusperrern des besetzten Sozialzentrums „Laboratorio 3“ in Lavapiés, haben Aktivist*innen des Netzwerkes „La Red de Lavapiés“ begonnen, sich in der Tabacalera unter dem Slogan „La Tabacalera a Debate“ zu organisieren, um über die Zukunft des Gebäudes zu diskutieren. (vgl. Sequera, 2013: 209-220) „Nachdem das Gebäude Jahre lang leer stand, wurde die Plattform Tabacalera a debate errichtet. Es ging darum, sich mit den verschiedenen Nachbarschaftsinitiativen des Viertels [...] zusammzusetzen, zusammen zu denken, sich hinzusetzen und darüber nachzudenken, was wir uns in dem Gebäude wünschen. Darunter war der Wunsch ein selbstverwaltetes Sozialzentrum zu gründen.“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid) Damit lehnte sich das Netzwerk gegen die Sanierungspläne der Stadt und hegte Kritik am neoliberalen Stadtmodell: „(...) what started as a response to an urban renewal project has become a criticism of the impact of the economic globalization process on Madrid (...)“ (Díaz Orueta, 2006: 191). 2010 gelang es dem „Red de Colectivos de Lavapiés“, einem Netzwerk

von nachbarschaftlichen Vereinigungen und Aktivist*innen nach langen Verhandlungen mit dem Kulturministerium, im Gebäude das selbstverwaltete Zentrum auf 8000 m² zu errichten. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 62) Das Zentrum ist Mittelpunkt für selbstorganisierte kulturelle Initiativen und politische Bewegungen und zieht seit der Eröffnung im Sommer 2010 viele Leute und soziale Gruppen, „die auf der Suche nach alternativen Lebensstilen sind und sich in Opposition zu der neoliberalen Wende Madrids sehen“, an. (Youkhana/Sebaly, 2014: 62)

Was bietet das Sozialzentrum?

„[La Tabacalera] ist ein Sozialzentrum, das die direkte Partizipation der Bürgerinnen in der Verwaltung des öffentlichen Raums fördert. Ein Sozialzentrum, welches Kultur als Idee versteht, die die kreativen und sozialen Fähigkeiten der Bürgerinnen umfasst. Diese Fähigkeiten umfassen nicht nur künstlerische Produktionen, sondern auch soziales Handeln, kritisches Denken und die Verbreitung von Ideen, Werken und Vorgängen, die versuchen den öffentlichen Raum zu erweitern und zu demokratisieren. (...)“ (La Tabacalera, 2019)

„(...) Von Beginn an sind alle Arten von Kollektiven und Personen offen eingeladen, sich zu involvieren und am Projekt teilzuhaben. [...] Die interne soziale Zusammensetzung von La Tabacalera zeigt die Komplexität und den Reichtum eines solchen Lebens, das die Vielfalt der Menschen anerkennt und sein eigenes Ökosystem konstruiert, welches auf das Zusammenleben von interkulturellen, intergenerationellen, interethnischen, geschlechtsspezifischen und sexuellen Ausnahmen setzt und letztendlich für Heterogenität steht.“ (La Tabacalera, 2019)

Alle Veranstaltungen sind für alle öffentlich und frei zugänglich und können umsonst genutzt werden. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 62f.) „Gleichzeitig ist das Zentrum ein Ort der Kommunikation für diejenigen, die sich den aufgezwungenen Ordnungen, Hierarchien und Institutionalisierungen entziehen und doch aktiv am politischen Leben teilnehmen wollen. Dabei wird Wert auf eine politische Kultur des Widerstands und der Emanzipation gelegt“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 63). Weiters beschreiben Youkhana/Sebaly (2014: 63f.) „La Tabacalera“ als Ort, an dem verschiedene, gegenkulturelle Initiativen zusammenkommen, als Ort der Begegnung und des Austausches, der außerdem zu einem Raum des Protests wurde.

„In der Tabacalera gibt es viel Aktivismus, viele Treffen von Aktivisten, aber auch Kunst- und Kulturschaffende“ (Interview 12, Oktober 2019, Madrid) Ein Aktivist und Kulturschaffender der „Tabacalera“ bestätigt das und fügt noch hinzu, dass zudem einige aus Lavapiés selbst das Zentrum nutzen, vor allem jene, die sozial nicht abgesichert sind und keine Dokumente haben.

Für diese ist es ein sicherer Aufenthaltsort, da hier weniger Polizei ist. Hier erwähnt er noch, dass derzeit, vor allem durch die Bauarbeiten an den öffentlichen Plätzen des Viertels, die „Tabacalera“ nun als Ausweichstelle gilt. Als Sozialzentrum hätten sie durch die Umbauarbeiten besonders zu leiden, da besonders, die Leute, die normalerweise an den Plätzen und Straßen Drogen verkaufen, nun in die „Tabacalera“ kommen. „Wenn es keine Plätze gibt, wohin sollen sie denn sonst gehen?“. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

„La Tabacalera“ – Motor von Gentrifizierung?: Über Herausforderungen und Schwierigkeiten

Dennoch erfährt das Projekt auch Kritik seitens einiger Aktivist*innen Madrids. Da die „Tabacalera“ im Besitz des Ministeriums ist, mit welchem ein Vertrag abgeschlossen ist und ständig Verhandlungen gemacht werden, sei diese nicht wirklich frei, und werde von „oben“ kontrolliert. (vgl. Youkhana/Sebaly, 2014: 64) „Ich denke, dass die Tabacalera viel an politischem Charakter verloren hat im Gegensatz dazu, was sie damals einmal war. Ich war schon lange nicht mehr dort. Das bedeutet auch was, oder? Also, man hat das Interesse daran verloren“. (Interview 12, Oktober 2019, Madrid)

Obwohl das Zentrum in Lavapiés liegt, würde sich das Kollektiv „Lavapiés ¿dónde vas?“ nicht dort versammeln und treffen. Ein Aktivist des Netzwerkes sagt:

Obwohl ich bei der Gründung der Tabacalera dabei war, habe ich es als Sozialzentrum schon ganz vergessen, weil es das gar nicht ist. Wir haben versucht ein Sozialzentrum in der Tabacalera zu machen, aber in Wahrheit ist es das nicht. Es ist nicht territorialisiert, sie kommen nicht, die Leute aus dem Viertel kommen nicht. Manchmal machen wir etwas dort aber manchmal, wenn wir einen Ort suchen, vergessen wir ganz auf die Tabacalera. In den ersten Jahren war ich täglich dort, um zu versuchen ein Sozialzentrum zu errichten und heute vergesse ich drauf. (Interview 18, November 2019, Madrid)

Ein Kunstschaffender und Aktivist der „Tabacalera“ bestätigt, dass der politische Charakter über die Jahre verloren ging, aber dennoch eine politische Ausrichtung dahintersteckt und auch die Struktur weiterhin so wie bei anderen besetzten Sozialzentren ist (Interview 15, Oktober 2019, Madrid). Außerdem argumentiert er: „Viele Leute des Netzes und des Viertels denken, dass „La Tabacalera“ ein schlecht verwalteter Raum ist, weil hier zwei Linien verfolgt werden: Kultur und Politik. Ersterer wird mehr Priorität gegeben, wobei Kultur Politik ist. Für mich machen wir Politik, indem wir freie Kultur machen. Kultur ist Politik und Politik ist Kultur“. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

Zudem ist es mittlerweile zu einem attraktiven Tourismusziel geworden und kann als „Identitätsmarker und Referenzpunkt für eine *creative class* gewertet werden“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 64). „Die Tabacalera ist für viele Touristen eine Attraktion. Sie kommen hier her und wollen in die Tabacalera gehen und die Graffitis betrachten. Die urbane Kunst spielt in Gentrifizierungsprozessen eine wichtige Rolle, nicht zentral, aber relevant.“ (Interview 12, Oktober 2019, Madrid)

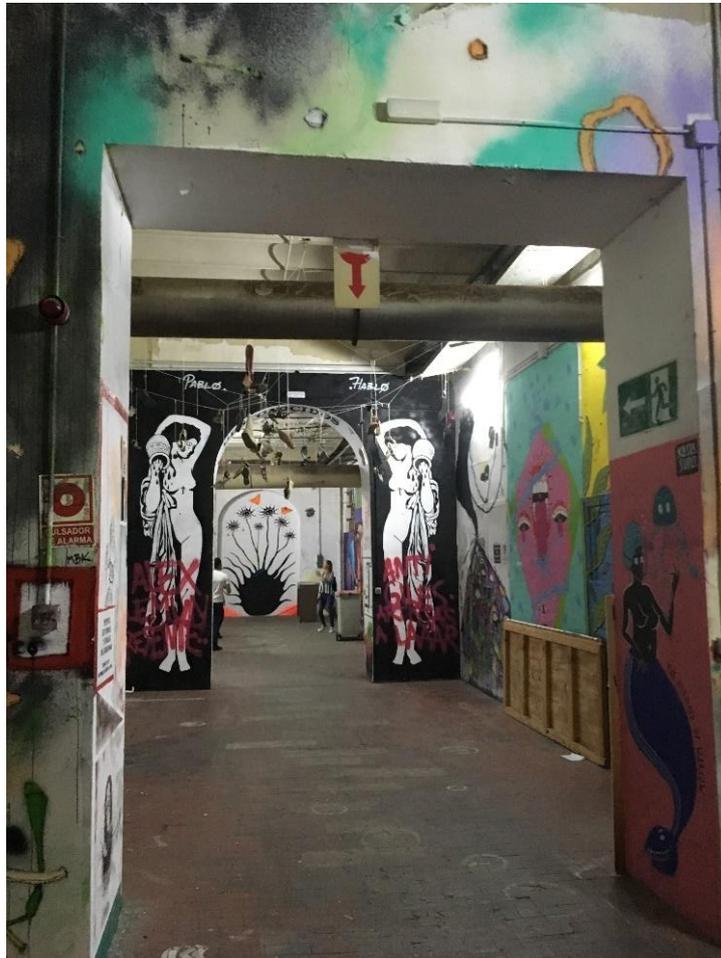


Abbildung 9 „La Tabacalera“, Oktober 2019, Madrid

Ein Aktivist, der seit der Gründung des Sozialzentrums in der „Tabacalera“ als Aktivist und Kunstschaffender tätig ist, bestätigt, dass die „Tabacalera“ Teil der Gentrifizierungsprozesse des Viertels ist. Dennoch können sie nichts dagegen tun, dass hunderte Tourist*innen täglich ein und ausgehen, denn „es ist ein öffentliches Sozialzentrum, dessen Türen für alle offen stehen. Jede Person kann hereinkommen. [...] Es ist deren Recht, und das können wir auch nicht verhindern [...] das würde bedeuten, den Zugang zu Kultur zu verwehren. Und das steht genau im Kontrast zum Prinzip des Sozialzentrums – der freien Kultur.“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

„Es ist ja nicht so, dass wir ein solches Kulturangebot haben, damit die Gentrifizierung glänzt, aber aufgrund unseres Kulturprogrammes kommen eben die Gentris³⁰ und nutzen das Zentrum. Das ist unvermeidlich.“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

„Auch wenn die Tabacalera in Probleme verwickelt ist, wurde ein vielleicht marginales Sozialzentrum kreiert, zwar mit weniger Mobilisierungskapazität im Vergleich zu anderen Sozialzentren, aber mit einem nicht kommerziellen Charakter. Als offenes Kulturzentrum, mit seinen Aktivitäten, gewisser sozialer Diversität und nicht kommerzieller Ausrichtung, bleibt es in einer Antigentrifizierungsrolle. Aber potenziell nützt sie den Interessen der Gentrifizierung, weil jeden Moment das Ministerium die Konzession entziehen kann, um ein weiteres Museum zu eröffnen [...] Und dann wird es im Endeffekt ein großer gentrifizierter Ort im Viertel sein. Aber im Moment ist es noch nicht so, zum Glück“. (Interview 16, Oktober 2019, Madrid)

Ein Aktivist der „Tabacalera“ bestätigt das und erzählt im Interview, dass es vor rund zwei Jahren genau zu diesem Problem kam. Die Regierung hat dem Ministerium damals vorgeschlagen, das zweite Stockwerk des Gebäudes der Stiftung „Cisneros Fontanals“ abzutreten, um ein Museum zu errichten. Daraufhin kam es zu heftigen Beschwerden seitens des Sozialzentrums, das nicht in die Verhandlungen und Pläne verwickelt war. „Die Beschwerde war frontal seitens des Zentrums und wir haben es gestoppt. Wir haben es geschafft, dass die Stiftung Cisneros nein sagt. Wir gehen nicht aus der Tabacalera, nur weil die uns nicht wollen.“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

„La Tabacalera“ – Ein Beispiel für Widerstand gegen Gentrifizierung?

Auch wenn die „Tabacalera“ vor allem bezüglich ihres verlorenen politischen Charakters bei den Aktivist*innen der Stadt an Bedeutung verloren hat, und zusätzlich vom Ministerium und damit der Politik abhängig ist, argumentiert ein Aktivist der „Tabacalera“ folgendermaßen: „Man muss verstehen, dass Tabacalera Lavapiés ist. Also wenn Tabacalera Lavapiés ist, und damit die Struktur, Gebäudeerhaltung, Verwaltung, die Beziehung mit dem Kulturministerium gepflegt wird, bedeutet das, dass damit das Viertel als solches verteidigt wird.“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

³⁰ Vom Interviewpartner verwendete Abkürzung für Gentrifizierer*innen.

„Die Tabacalera ist die Summe von Kollektiven. Generell hat die Tabacalera ihren Raum für kollektives Denken, wo gewissermaßen auch über die Notwendigkeit unsere Struktur mit der Verteidigung des immateriellen Erbes des Viertel zu verbinden, reflektiert wird.“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

„Und alleine dadurch, dass wir freie Kultur machen, die Tatsache, dass alle, ohne etwas zu bezahlen Zugang haben, alle Räumlichkeiten gratis nutzen zu können; damit stärken wir meiner Meinung nach das soziale Netz. Also genauso wie es der Gentrifizierung hilft, kann es auch helfen, das Netzwerk zu stärken. Weil diese Leute sich hinsetzen, um zu denken.“ (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

Prinzipiell argumentiert der in der „Tabacalera“ tätige Aktivist und Kulturschaffende dennoch, auch trotz des Vertrages mit dem Kulturministerium, dass es den Teilnehmenden eine gewisse Art von Sicherheit in ihrer Arbeit verschafft, obwohl niemand weiß, was in Zukunft mit dem Gebäude passieren wird. Das führt er auf das seit 4 Jahren bestehende „politische Chaos“ in Spanien zurück. (Interview 15, Oktober 2019, Madrid)

Zusammenfassend ist aufgrund der unterschiedlichen Meinungen der Aktivist*innen das selbstverwaltete Sozialzentrum einerseits Motor von Gentrifizierung, und andererseits ein Ort, an dem und mit dem Widerstand gegen Gentrifizierung geleistet wird.

Obwohl in dem Zentrum eigentlich die Sicherheit bestehen würde, dass die teilnehmenden Personen sowie das Zentrum selbst nicht in eine unerwartete Räumung verwickelt werden können (nur mit vorheriger Bekanntgabe), und so eine Infrastruktur und Festigung für ihre Arbeit hätten, gibt die Mehrheit der interviewten Aktivisten an, die „Tabacalera“ zwar früher für ihre aktivistische Arbeit genutzt zu haben, aber dies heute nicht mehr tut. Das ist vor allem auf den Verlust der politischen Linie zurückzuführen. Vielmehr bevorzugen diese für ihre Arbeit stärker politisch ausgerichtete, besetzte Sozialzentren, wie „La Quimera“ oder „La Ingovernable“ (siehe Kapitel 6.2.5.).

Im Gegensatz zu „La Ingovernable“ hat die „Tabacalera“ einen stabileren Status, da sie mit dem Kulturministerium verknüpft ist und einen offiziellen Vertrag hat. „La Ingovernable hat im Unterschied zur Tabacalera eine stärkere politische Komponente, während ich die Tabacalera mehr mit Kunst [...] verbinde... La Ingovernable ist ganz klar politisch. [...] La Tabacalera hat eine stärkere soziokulturelle, künstlerische Komponente“. (Interview 12, Oktober 2019, Madrid)

Während „La Tabacalera“ ihre politische Seite in den letzten Jahren verloren hat, war „La Ingobernable“, wie im Kapitel 6.2.5. beschrieben, ein stark politisch geprägter Ort und Kollektiv, welches sehr von den Aktivist*innen geschätzt und auch regelmäßig besucht wurde. Im Gegensatz dazu, ist „La Tabacalera“ ein Beispiel dafür, wie mit Kunst- und Kultur und politischer, aktivistischer Arbeit Profit geschaffen werden kann. „La Tabacalera“ verliert vor allem durch die Attraktivität der Tourist*innen aber auch durch die Kontrolle seitens des Ministeriums, ihren ursprünglichen (stärkeren politischen) Charakter und kann mittlerweile selbst als Teil und Motor von Gentrifizierung gesehen werden.

7. Wien und Madrid im Vergleich

Die im vorherigen Kapitel ausgearbeiteten Beispiele zeigen, dass Gentrifizierung in beiden Städten Konflikte auslöst. Gentrifizierung wird damit zum Gegenstand von Auseinandersetzungen. In den letzten Jahren haben sich sowohl in Wien als auch in Madrid soziale Bewegungen formiert, die ein „Recht auf die Stadt“ für alle einfordern. Die Forderungen dieser weisen Gemeinsamkeiten auf und sind als Kritik zur Neoliberalisierung von Städten zu verstehen. Die widerständigen Praktiken gegen Gentrifizierung werden in Wien und Madrid jedoch in unterschiedlicher Form ausgetragen.

7.1 Unterschiede im Kampf gegen Gentrifizierung

Während in Wien oft immer noch die Frage gestellt wird, ob es hier denn überhaupt Gentrifizierung gibt, wird der Widerstand dagegen in Madrid in den letzten Jahren mehr. Die Verleugnung von Gentrifizierung in Wien wird häufig mit dem hohen Anteil an sozialem Wohnbau sowie den (starken) Regulierungen am Wohnungsmarkt legitimiert (siehe Kapitel 6.1). In Madrid hingegen lösen besonders die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und Austeritätspolitik sowie der steigende Tourismus mehr und mehr Widerständigkeiten aus (siehe Kapitel 6.2 und 6.4.2.).

7.1.1. Stadtpolitiken in Wien und Madrid

Viel Widerstand in Wien passiert auf Seite von Interessensvertretungen wie die Arbeiterkammer oder städtischer Einrichtungen wie FAWOS (Fachstelle für Wohnungssicherung). Aufgrund der starken Verwaltung kommt es im Kampf gegen Gentrifizierung eher zur Vereinzelung der Mieter*innen Wiens und weniger zur Vernetzung untereinander. (Siehe Kapitel 6.1.3.) Individuelle Beratung ist möglich, aber Kontaktherstellung zu anderen Leuten, die sich in derselben Situation befinden, nicht. Die Beratungsstellen seien zwar hilfreich, würden aber keine kollektiven Momente schaffen. (vgl. Kumnig, 2019: 169) Annunziata und Rivas-Alonso (2018: 395) argumentieren, dass Widerstand gegen Gentrifizierung nicht immer kollektiv und sichtbar ist, sondern auch individuell, unbewusst und weniger sichtbar praktiziert wird, wie es in Wien der Fall ist.

Neben der hohen Anzahl an Institutionen und Anlaufstellen der Stadt Wien ist der Wiener Wohnungsmarkt von jahrzehntelanger Intervention durch die öffentliche Hand geprägt (vgl. Kadi/ Verlič, 2019: 35). Darunter beispielsweise das Mietrecht und die

Wohnungsgemeinnützigkeit. 2012 befinden sich von den rund 837.000 Wohnungen mit Hauptwohnsitzmeldung rund 1/3 im privaten Mietwohnungssektor (33,3%), 1/4 im Gemeindebau (26,3%) und 1/6 (16%) im gemeinnützigen Sektor. Rund 1/5 der Wohnungen (19%) befinden sich im Haus- bzw. Wohnungs-Eigentum. (vgl. Kadi/Verlič, 2019: 35) Die Autor*innen (ebd.) argumentieren, dass die politischen Interventionen Gentrifizierungsprozesse in Wien gebremst hätten; denn im Gemeindebau beispielsweise agieren die Eigentümer*innen, also die Gemeinde Wien oder der gemeinnützige Bauträger nicht profitorientiert. „Immobilienwirtschaftliche Aufwertungsprozesse, die zur Verdrängung einkommensschwacher Haushalte durch Mieterhöhung führen können, werden so unterbunden“ (ebd.).

Ein Viertel aller Wiener*innen lebt 2018 im Gemeindebau (vgl. Stadt Wien, 2018). Die Mietverträge sind hier unbefristet und Mietpreise vergleichsmäßig günstig. Zudem setzt das österreichische Mietgesetz eine Mietpreisbegrenzung für Altbauten, unter die 78% der privaten Mietwohnungen in Wien fallen (vgl. Kadi/Verlič, 2019: 37).

Dennoch ist der größte Anteil am Wohnungsmarkt mit rund 33,3% jener der privaten Hauptmiete (ebd.). „In einem Großteil des Markts sind also profitorientiertes Handeln und damit Gentrifizierungsprozesse möglich“ (ebd.: 36).

In Spanien befinden sich seit 2001 82% der Wohnungen in Eigentum, was der höchste Anteil in der ganzen Europäischen Union ist (vgl. Schmidt, 2012: 35). 2018 waren 73,4% der Wohnungen im Privatbesitz und gesamt 26,6% Mietwohnungen. (vgl. Ministerio de Fomento, 2019: 7) Sozialer Wohnbau ist kaum verfügbar, lediglich drei Wohneinheiten pro 1.000 Bewohner*innen (vgl. Schmidt, 2012: 35). Regulierungen wie in Wien gibt es in Madrid nicht: Mietpreise können in Madrid seitens der Eigentümer*innen beliebig hoch gesetzt und verändert werden.

51% ihres Einkommens geben die Bewohner*innen Madrids 2018 für Wohnkosten aus (vgl. Sanz, 2019). Zwischen 2014 und 2018 sind die Mietpreise in der Stadt signifikant angestiegen: während 2014 der durchschnittliche Preis 7.8 Euro/m² betrug, lag dieser 2016 bei 8.0 Euro/m², 2017 bei 9.3-16.4 Euro/m² und 2018 bereits bei 10.7-15.1 Euro/m². (Ministerio de Fomento, 2019: 25-28) Eine aktuelle Studie aus dem dritten Quartal 2019 zeigt, dass der Durchschnittsmietpreis Madrids aktuell bei 16.4 Euro/m² liegt und im Stadtzentrum, worunter auch Lavapiés fällt, bei 18.7 Euro/m². (vgl. Ayuntamiento de Madrid, 2019)

Auch in Wien sind die Mietpreise im Verhältnis zu Einkommen und Inflation besonders hoch und in den letzten Jahren gestiegen (siehe Kapitel 6.1.4.). 2018 geben die Bewohner*innen Wiens im Durchschnitt 27% ihres Einkommens für Wohnkosten aus (vgl. APA, 2019). Der durchschnittliche Mietpreis in Ottakring liegt im Dezember 2019 bei 13,50 Euro/m². Ende 2017 lag dieser noch bei 14,66 Euro/m²; im Jänner 2019 bei 15,45 Euro/m², der höchste Betrag in den letzten drei Jahren. In der Innenstadt hingegen liegt der durchschnittliche Mietpreis im Dezember 2019 bei 19,90 Euro/m²; und ist damit der teuerste Stadtteil.³¹

7.1.2. Die repressive Politik Spaniens

Die unterschiedlichen Formen widerständiger Praktiken in Wien und Madrid kann zudem auf den historisch politischen Kontext zurückzuführen sein. Aufgrund des Franco-Regimes und jahrzehntelanger Diktatur, der Wirtschaftskrise sowie damit einhergehender Austeritätspolitiken kam es in Spanien immer wieder zu Aufständen der Bevölkerung, um sich gegen das repressive System des Landes zu wehren. Der Übergang von der Franco-Diktatur hin zu Demokratie (Transition) sowie die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise hat die spanische Bevölkerung in eine extreme Notsituation geführt (vgl. Youkhana/Jüssen, 2015: 153).

Daraufhin haben sich soziale Bewegungen formiert, die sich gegen die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik richten, welche die Bewohner*innen in die Krise treibt und das alltägliche Leben prekarisieren. Der Wunsch nach einer verantwortungsvollen politischen Gestaltung ist hoch. Besonders in den Arbeiter*innenbezirken wie Lavapiés haben die Aktivist*innen zu Zeiten der Transition Widerständigkeiten hervorgebracht. (vgl. Youkhana/Jüssen, 2015: 153; 170) „Seit 2011 [...] als die Bürger_innen in Folge der Krise und aus Unzufriedenheit mit der Regierung zunehmend auf die Straße gingen, hat sich eine Explosion von [...] Gegenmachtsinitiativen entwickelt“. (España/Toscano, 2019: 19) Besonders erfolgreich waren und sind die „PAH“ sowie die „15-M“ Bewegung, die in vielen sozialen Initiativen in Lavapiés und Madrid weiterhin aktiv sind und diese mit ihren Erfahrungen bereichern.

7.1.3. Tourismusboom in Madrid

Besonders die Wirtschaftskrise und strenge Austeritätspolitik macht Spanien zu schaffen. Mietpreise sowie auch die Anzahl an Zwangsräumungen aufgrund der nicht mehr zahlungsfähigen Mieter*innen steigen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern

³¹ Daten entnommen von: <https://www.immopreise.at/Wien/Wohnung/Miete> [29.12.2019]

sich drastisch, was den Kampf um ein Recht auf leistbares Wohnen und Leben dringlich macht. (siehe Kapitel 4.2.3 und 6.2.3.) Die Wirtschaftskrise führt außerdem dazu, dass vermehrt in den Tourismus investiert wird, welcher mittlerweile in Spaniens Städten boomt. Jedoch werden dadurch, wie im Kapitel 6 deutlich wird, insbesondere durch die hohe Anzahl von Airbnb Vermietungen, Bewohner*innen aus ihren Stadtvierteln verdrängt. In einigen Teilen Lavapiés waren bereits 15% aller Wohnungen offiziell als Airbnb gemeldet (vgl. Sánchez/Ordaz, 2018). Die Errichtung von Tourismusunterkünften kann jedoch nur passieren, wenn die davor ansässigen Bewohner*innen aus ihren Wohnungen weichen. Diese werden zunehmend aus ihren Wohnungen und Stadtteilen verdrängt und an den Stadtrand gedrängt. Auch das Leben im Viertel wird teurer, öffentliche Plätze werden renoviert und sind damit für die Stadtteilbewohner*innen nicht mehr zugänglich. Ein „Recht auf die Stadt“ wird damit vielen verwehrt. Ausschließlich die Elite und Oberschicht profitiert von diesen Entwicklungen. In den aktuell aktiven sozialen Bewegungen ist der Tourismus und die damit einhergehende Verdrängung ein brisantes Thema, welches starken Widerstand im Viertel und in der Stadt auslöst.

7.1.4. Herausbildung von Netzwerken und Kollektiven in Ottakring und Lavapiés

Während sich im Stadtteil Lavapiés seit Jahrzehnten, insbesondere aufgrund der Implementierung der Rehabilitierungsprogramme der Stadt, soziale Initiativen gebildet haben, gibt es diese in Ottakring kaum. Lavapiés ist historisch gesehen ein Ort des Widerstands. „Als Folge dieser sozialräumlichen Wandlungsprozesse haben sich [...] verschiedene widerständische und kreative Praktiken herausgebildet und Lavapiés zu einem umkämpften Raum gemacht“ (Youkhana/Sebaly, 2014: 49). (siehe Kapitel 6.4.1.) Ein Beispiel dafür ist das sich aus Protest auf die repressiven Aufwertungsmaßnahmen in Lavapiés herausgebildete Netzwerk „Red de Colectivos de Lavapiés“, dem die Errungenschaft des selbstorganisierten Kunst- und Kulturzentrums „La Tabacalera“ gelang. Das derzeit im Viertel aktivste Kollektiv ist

„Lavapiés ¿dónde vas?“, welches sich vor allem aufgrund der starken Vernetzung zu anderen sozialen Bewegungen, des Vertrauens innerhalb der Gruppe, regelmäßiger Arbeit und Planung von Aktionen im Viertel, sowie langjähriger Erfahrung im Widerstand gegen Gentrifizierung erfolgreich hält. In den einzelnen Stadtteilen Madrids gibt es sehr stark organisierte Netzwerke und Kollektive, die für ihre Viertel und Nachbarschaften arbeiten. Diese sind auch untereinander sehr gut vernetzt.

Obwohl Ottakring historisch ebenso ein Ort des Widerstandes ist (siehe Kapitel 6.3), und insbesondere das Brunnenviertel als umkämpftes Terrain gilt (vgl. Dlabaja, 2013: 96), haben sich im Quartier bisher so starke Netzwerke wie in Lavapiés noch nicht gebildet. Es kommt immer wieder zur Bildung sozialer Gruppen und Initiativen, diese würden sich mit der Zeit jedoch schnell wieder auflösen (vgl. Interview 3, Juli 2019, Wien) (siehe Kapitel 6.3.2). In Ottakring wird Widerstand vielmehr anhand von Kämpfen um einzelne Objekte stark, wie am Beispiel des „mo.ë“ (Kapitel 6.3.5.) oder der „Nele“-Hausbesetzung (Kapitel 6.3.4.) deutlich wird.

7.1.5. Organisationsstrukturen- und Strategien

Zudem hätten die Aktivist*innen Madrids besonders durch die „PAH“ und die „15-M“ Bewegung (Kapitel 6.2) gelernt sich zu organisieren (vgl. Interviews 17 und 18, November 2019, Madrid). In Wien haben sich seit der „Burggartenbewegung“, beziehungsweise der Besetzungen der 70- und 80-iger Jahre keine großen Bewegungen mehr gebildet (Kapitel 6.1). Dies könnte ein Grund sein, warum die große Vernetzung in Wien ausbleibt; denn eine Basis für eine gute Organisationsstruktur ist somit nicht gegeben. Die mangelnde Organisationsstruktur und fehlenden Strategien in Wien wird in den Interviews von den Aktivist*innen besonders kritisiert (Kapitel 6.1.3.) Die Aktivist*innen Wiens sind sich einig, dass es für den Aufbau solcher einen stärkeren Zusammenhalt innerhalb der Nachbarschaft braucht und ein anderes (kreativeres, offeneres) Organisationsformat (vgl. Interview 3 und 9, Juli und August 2019, Wien).

Die Nachbarschaftseffekte sind in Lavapiés hingegen besonders hoch, was eventuell auf die starke Community-Arbeit zurückgeführt werden könnte. Denn diese wird seit Jahrzehnten unter anderem von den dort aktiven aktivistischen Gruppen geleistet (vgl. Interview 15, Oktober 2019, Madrid). Das offene Format der Aktionen, wie zum Beispiel die Asambleas, ist außerdem ein Grund für die starke Mobilisierung. In Wien scheint viel aktivistische Arbeit im Hintergrund zu passieren, oft finden Treffen in geschlossenen Räumlichkeiten statt und werden nur über die jeweiligen Blogs angekündigt. In Madrid hingegen, finden regelmäßig Versammlungen und Demonstrationen an öffentlichen Plätzen statt. Viel passiert auf den Straßen selbst, was die Hemmschwelle sich dem Protest anzuschließen herabsetzt (vgl. Interview 3, Juli 2019, Wien). Außerdem finden die Treffen der Kollektive wöchentlich in den frei zugänglichen, offenen Räumlichkeiten der besetzten, selbstorganisierten Sozialzentren statt. Zudem wird stark Öffentlichkeitsarbeit seitens der Aktivist*innen in Madrid betrieben. (Siehe Kapitel 6.2 und 6.4)

7.1.6. Über den Umgang mit Besetzungen

In Bezug auf Hausbesetzungen zum Beispiel, werden Aktionen in Wien sehr schnell und oft innerhalb weniger Tage geräumt, und seitens der Politik und Öffentlichkeit oft auch ignoriert. Die Aktivist*innen argumentieren, dass mit Besetzungsaktionen in Wien derzeit kein Druck auf die Politik ausgeübt werden könnte. Dies führen sie auf die Veränderung am Markt zurück, sowie darauf, dass nun vermehrt Investor*innen im Spiel sind. Die Stadt reagiert kaum, und es kommt zu schnellen Räumungsverfahren. Zusätzlich würden Besetzungen besonders in den Medien sowie auch in der Nachbarschaft selbst als negativ wahrgenommen. (siehe Kapitel 6.1.2.) Obwohl die Veränderungen Madrid auch betreffen, kann hier mehr Druck seitens der Besetzer*innen ausgeübt werden. Leerstehende Gebäude werden oft Jahre lang besetzt, wie am Beispiel „La Ingobernable“ deutlich wird (Kapitel 6.2.5). Im Fall „La Tabacalera“ konnte das Kollektiv nach langer Widerstandsarbeit schließlich einen Vertrag mit der Stadt erlangen (Kapitel 6.4.5.). Das „mo.ë“ (Kapitel 6.3.5.) hingegen zeigt, dass Verhandlungen in Wien schwierig, wenn nicht aussichtslos sind. Generell werden Besetzungen in Spanien seit der Wirtschaftskrise und mit dem Aufkommen der „PAH“ und „15-M“ Bewegung, welche Besetzungen als eine ihrer Strategien anwenden, in der Öffentlichkeit akzeptiert. “The society at large understands the reasons for squatting. The housing movement in Spain has achieved an important victory in recent years, overcoming old prejudices and traditional political patterns. The movement has generated changes in social attitudes and practices.” (Lledin, 2018: 306) Die Krise und Notsituation der Bewohner*innen löst eine Vielzahl an Besetzungen aus und es entwickelt sich ein positiveres Bild gegenüber Besetzungen. (siehe Kapitel 6.2.2. und 6.2.3.) „Zwischen 2011 und 2014 gab es ein positiveres Bild gegenüber Besetzungen, weil es sehr, sehr viele Hausbesetzungen gab und sich die Wirtschaftskrise zugespitzt hat“. (Interview 16, Oktober 2019, Madrid).

„La Ingobernable“ und „La Tabacalera“ zeigen, dass die besetzten Sozial- beziehungsweise Kunst- und Kulturzentren wichtige Treffpunkte für Aktivist*innen sind und Raum bieten, sich politisch auszutauschen und zu vernetzen. Durch die kostenlos veranstalteten Sport-, Kunst- und Kulturaktionen in den Zentren Madrids wird es ermöglicht die Kollektive kennen zu lernen und sich ihnen selbst anzuschließen. (siehe Kapitel 6.2.5. und 6.4.5.)

7.1.7. Akteurskonstellationen der Aktivist*innen

Madrid scheint hinsichtlich der Akteurskonstellationen der Aktivist*innen in den letzten Jahren einen Wandel erlebt zu haben. Durch die mit der Wirtschaftskrise zunehmenden Zwangsräumungen schließen sich viele, die vom Wohnungsverlust betroffen sind, der „PAH“ an. Damit beginnen sich vermehrt auch „Betroffene“ zu organisieren. Vor allem Frauen*, Alleinerzieher*innen, Familien, Kinder, Arbeitslose und Migrant*innen gehen nun auf die Straße, um ihre Rechte einzufordern. (vgl. Lledin, 2018: 306; Mayer, 2013: 162) Auch am Beispiel des Netzwerkes „Lavapiés ¿dónde vas?“ wird deutlich, dass dies ein heterogenes ist (siehe Kapitel 6.4.4.).

Mayer (2013: 162) führt dies auf die seit der Finanzkrise 2008/09 durchgesetzten repressiven Austeritätspolitiken Südeuropas zurück, welche besonders mit dem Abbau des Sozialstaats einhergehen.

In Wien hingegen, bleibt der Aktivismus noch in einer „Bubble“ und wird hauptsächlich von Linken, Studierenden ausgeübt. Eine Mobilisierung der „Betroffenen“ ist hier noch nicht gelungen. (vgl. Interview 3 und 5, Juli 2019, Wien) Mayer (2013: 162f.) fasst diese unter jene zusammen, die von der sogenannten „kreativen“ Stadtpolitik (siehe Kapitel 2.1.2.) profitieren, wie zum Beispiel radikal-autonome, alternative Gruppen, Personen der sogenannten Mittelklasse, Linke, Studierende oder Künstler*innen.

Für die Wirksamkeit und den Aufbau einer Gegenhegemonie zur neoliberalisierenden Stadt ist jedoch eine Verbindung verschiedener Akteur*innen auf lokaler, sowie transnationaler Ebene notwendig (vgl. Mayer, 2013: 163f.). Das Beispiel der „PAH“ zeigt, dass durch die Verbindung verschiedener Akteur*innen ein erfolgreicher Kampf gegen Gentrifizierung geführt werden kann.

Vielmehr geht es jedoch darum hervorzuheben, dass trotz der Unterschiede, Gemeinsamkeiten bestehen. Es wird demnach analysiert, was die Kämpfe in Wien und Madrid vereint. Die in Kapitel 4 dargestellten Entwicklungen der Stadtteile sowie die daraus resultierenden Folgen für die Bewohner*innen dieser machen deutlich, dass Mobilisierung gegen Gentrifizierung notwendig ist. Kapitel 6.1.4. zeigt, dass auch die Regulierungsmaßnahmen der Stadt Wien sowie die Zusammensetzung des Wohnbaus Gentrifizierungsprozesse nicht legitimieren; denn die Sonderstellung Wiens scheint historisch (vgl. Kadi, 2014: 54). In den letzten Jahren kommt es in Wien zu grundlegenden Veränderungen in der Ausrichtung der Wiener Wohnungspolitik: es werden keine weiteren Gemeindebauten gebaut, der private Mietwohnungsmarkt zunehmend dereguliert und liberalisiert, Befristungen der Mietverträge sowie Mietpreise erhöht und exkludierende und direkte Verdrängung provoziert (vgl. Kadi, 2014: 54; Verlië, 2014: 41-44) Diese Veränderungen führen auch in Wien zur Herausbildung widerständiger Praktiken gegen Gentrifizierung, wie Kapitel 6 illustriert.

Die Beispiele Ottakring und Lavapiés demonstrieren, dass Gentrifizierung umkämpft ist und Konflikte auslöst. Die Ergebnisse aus Madrid zeigen, dass eine starke soziale Mobilisierung nicht ausreichend ist, um dagegen anzukämpfen. Vielmehr braucht es auch den Willen der Politik Veränderungen zu gestalten, insbesondere stärkere Regulierungen am Wohnungsmarkt. In Wien sind diese zwar gegeben, aber durch die Neoliberalisierung der Stadt geschwächt worden, was eine Reform der Wiener Wohnungspolitik notwendig macht. Aufgrund der derzeit relativ schwachen Mobilisierung fehlt es dafür jedoch an Druck.

Eine Vernetzung der sozialen Bewegungen in Wien und Madrid könnte hilfreich sein, um sich zusammenzuschließen und eine stärkere Gegenhegemonie zur kapitalistischen Stadt aufzubauen. In beiden Städten sind sich die Aktivist*innen einig, dass ein Wegkommen von der Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung notwendig wäre, um eine gerechtere Stadt zu gestalten. „[D]ie Kämpfe all derer, die aus der neoliberalen Stadt ausgeschlossen sind [...] müssen vernetzt und verbunden werden, wenn das neoliberale Herrschaftsregime destabilisiert werden soll“ (Mayer, 2013: 164). Dafür ist eine stärkere internationale sowie transnationale Vernetzung städtischer Bewegungen notwendig (vgl. Mayer, 2013: 164).

7.2 Gemeinsamkeiten im Kampf gegen Gentrifizierung

An den Entwicklungen beider Stadtteile wird deutlich, dass neoliberale Stadtpolitiken Aufwertungsprozesse forciert vorantreiben. Die seit den 80-iger Jahren hegemonialen neoliberalen Stadtentwicklungsmodelle führen zu Immobilienspekulation, Mietpreisanstiegen, zunehmende Kommerzialisierung und Privatisierung sowie zum Verschwinden von lokalem Gewerbe und Dienstleistungen für die alltägliche Versorgung. Diese Entwicklungen verdrängen die Bewohner*innen Madrids und Wiens aus ihren Wohnräumen, öffentlichen Räumen sowie Kunst- und Kulturräumen. (vgl. España/Toscano, 2019: 17f.) Damit werden die Einwohner*innen „entwurzelt und ihres Rechts auf die Stadt beraubt“ (España/Toscano, 2019: 17). Im Kapitel 6 wird deutlich, dass diese Prozesse in beiden Städten Widerstand auslösen. In anderen Worten, die Bewohner*innen und Aktivist*innen organisieren und vernetzen sich, um sich die Stadt auf unterschiedliche Art und Weise wieder anzueignen.

7.2.1. Verlauf und Folgen von Gentrifizierung

Im Kapitel 4 wird aufgezeigt, dass Ottakring und Lavapiés ähnliche historische Kontexte haben und sich hinsichtlich ihrer Bevölkerungsstruktur und Wohnsituation- bzw. Verhältnisse ähneln. Beide Bezirke waren und sind Teil der Stadtentwicklungsprojekte der Hauptstädte und Ziel von den damit einhergehenden Aufwertungsmaßnahmen. Die dadurch produzierten Gentrifizierungsprozesse verlaufen in den Stadtteilen ähnlich, was besonders an den Veränderungen im Bereich Wohnen, der öffentlichen Räume, des Gewerbes und nicht-kommerzieller Orte deutlich wird. Ottakring als auch Lavapiés sind von zunehmender Privatisierung und Kommerzialisierung und damit auch deren Bewohner*innen von Verdrängung betroffen.

7.2.2. Kulturelle Aufwertung Ottakrings und Lavapiés

Besonders betroffen scheinen die Stadtteile von der sogenannten „kulturellen Aufwertung“, die im Zusammenhang mit der „ökonomischen Aufwertung“ zu betrachten ist (vgl. Holm, 2010: 29-40). In beiden Städten wird seitens der Stadtpolitik versucht, Stadtteile wie Ottakring und Lavapiés für ein bestimmtes Klientel attraktiv zu machen (vgl. Twickel, 2013: 61). Besonders deutlich wird dies anhand der veränderten Konsumstrukturen des Mercado San Fernando und des Yppenplatzes (siehe Kapitel 4). Die Kunst- und Kulturräume „mo.ë“ und „La Tabacalera“ zeigen, wie kulturelles Kapital zu ökonomischen verwandelt wird. Investor*innen nutzen die Arbeit von Kunst- und Kulturschaffenden und schaffen sich damit Profit. Besser gesagt, profitieren sie von einem Mehrwert, den eigentlich die Künstler*innen im Viertel geschaffen

haben. „(...) [I]nsbesondere die künstlerische Praxis ist unmittelbarer Bestandteil der Produktion und Verbreitung neuer Stadtteilimages“ (Holm, 2011a), von denen am Ende Investor*innen profitieren. Im Fall „La Tabacalera“ führte dies so weit, dass das Kunst- und Kulturzentrum mittlerweile selbst ein Motor von Gentrifizierung ist (siehe Kapitel 6.4.5.).

Diese Entwicklungen können beispielsweise darauf zurückzuführen sein, dass sowohl Wien als auch Madrid mittlerweile zu den sogenannten „Creative Cities“ zählen: Städte sollen zu „komplexen, überraschenden, interessanten Orten“ gemacht werden, um konkurrenzfähig zu sein. Dabei kommt es zur Vermarktung und Attraktivierung der zentral gelegen Stadtteile. Dies verdrängt besonders einkommensschwächere Personen und lockt neue Bevölkerungsschichten in die Quartiere. (vgl. Twickel, 2013: 45-61)

7.2.3. Der Kampf um die Wiederaneignung der Stadt

In beiden Städten lösen diese Entwicklungen Widerstand seitens der Bevölkerung aus. „Die Widersprüche der Neoliberalisierung des Städtischen schlagen sich auch in den Arenen urbaner Bewegungen nieder“ (Mayer, 2013: 161). Soziale Bewegungen formier(t)en sich, um sich die Städte beziehungsweise Stadtteile wieder an zu eignen. „Ihre Aktionen dienen dazu, die Enteignungsprozesse in der neoliberalen Stadt zu reflektieren und ihnen entgegenzuwirken“ (España/Toscano, 2019: 19) Es geht um „Wiederaneignungen des Raumes und des Lebens“ (ebd.:22). Verschiedene soziale Initiativen formieren sich in den beiden Städten und setzen für ein „Recht auf die Stadt“ für alle ein. Ihnen gemein ist die Annahme, dass besonders neoliberale Entwicklungen zu den Ausschlüssen bestimmter Personengruppen in der Stadt führten. (vgl. Holm/Gebhardt, 2011: 8f.) Seitens der Aktivist*innen wird in Wien und Madrid gegen Zwangsräumungen, Verdrängung, Gentrifizierung, Minderheitendiskriminierung und für eine gerechtere, demokratischere und nachhaltigere Stadt gekämpft (vgl. Mayer, 2011: 53). (siehe Kapitel 5.2.2.)

7.2.4. Besetzung als Form des Widerstands

Eine Form der Wiederaneignung der Stadt, die in beiden Städten praktiziert wird, ist jene der Besetzung; sowohl Besetzungen von Häusern als auch von Kunst-, Kultur- und Sozialzentren. In beiden Städten haben Besetzungen eine lange Tradition und sind bereits in den 80iger Jahren eine gängige, politische Aktionsform zur Aneignung und Sicherung von städtischem Raum. Die Besetzer*innenbewegung hat sich herausgebildet, um ein Zeichen gegen Spekulation, den hohen Leerstand an Wohnungen, Mietpreiserhöhungen, Wohnraumangel und Stadtumstrukturierungen zu setzen (vgl. Mayer, 2012: 44). Die Aktivist*innen setzten sich für

eine Alternativkultur ein und forderten vor allem leistbares Wohnen sowie Räume für „individuelle und kollektive Erfahrungen jenseits des ökonomischen Verwertungsdrucks“ (Nußbaumer/Schwarz, 2012: 21). Dies kann als Gegenmodell zur sogenannten kapitalistischen Stadt gesehen werden, beziehungsweise, zu der kapitalistischen Gesellschaft, in der Raum zur Ware gemacht wird (vgl. Verli , 2014: 34). Damit sind Besetzungen auch immer eine Antwort auf Gentrifizierung (vgl. Interview 3, Juli 2019, Wien). (Siehe Kapitel 6.1. und 6.2.)

8. Conclusio und Ausblick

Obwohl sich Städte und Stadtviertel voneinander unterscheiden (vgl. Huber, 2013: 237-240), kommt es mit dem Aufkommen des Neoliberalismus seit den 1980-iger Jahren zunehmend zur Angleichung der Stadtpolitiken und Stadtentwicklungen europäischer Großstädte (vgl. Mayer, 2011: 55). Dies führt dazu, dass in den Stadtteilen Ottakring und Lavapiés gemeinsame Dynamiken von Gentrifizierung herrschen. Gentrifizierungsprozesse werden durch die neoliberal regierten Städte Wien und Madrid forciert vorangetrieben. Dabei werden Stadtteile aufgewertet, modernisiert und attraktiviert, sowie für den internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig gemacht. Ottakring und Lavapiés sind Stadtteile, die seit der Neoliberalisierung besonders von Gentrifizierung betroffen sind.

Anhand dieser Stadtteile wird deutlich, dass Gentrifizierungsprozesse in den Städten ähnlich verlaufen. Ottakring und Lavapiés erleben durch die Umstrukturierungspläne der Stadt einen Wandel von sogenannten Arbeiter*innen und Migrant*innenvierteln zu Orten, die nun als „besonders“, „hipp“, „alternativ“, „künstlerisch“ gelten. Besonders die Immobilienwirtschaft nutzt den Imagewandel für sich: Immobilienspekulation, Privatisierung, Kommerzialisierung, Touristifizierung sowie das Verschwinden von lokalen Gewerbe- und Dienstleistungen sind nur wenige der vielen Folgen. Die Bezirke werden teurer, Wohnraum und öffentlicher Raum enger und der Leerstand größer. Damit werden die Bewohner*innen also nach und nach aus den Räumen der Stadt verdrängt.

Das zeigt, dass die gezielt vorangetriebenen Aufwertungspolitiken und Umstrukturierungsmaßnahmen der neoliberalen Stadt die Exklusion bestimmter sozialer Gruppen produzieren. Leute mit weniger Ressourcen müssen für jene mit höheren Ressourcen weichen. Dies manifestiert sich in unterschiedlichen Formen der Verdrängung. Die Stadtteilbewohner*innen werden vom Wohnungsmarkt, öffentlichen Räumen sowie auch Kunst- und Kulturräumen verdrängt. In den neoliberalen Städten Wien und Madrid, wird Raum also zur Ware, und der Bevölkerung das „Recht auf die Stadt“ genommen (vgl. Verlić, 2014: 34f.).

Die durch Gentrifizierung provozierten Verdrängungsprozesse führen zu Konflikten in der Stadt. Die Kritik „an disjunktiver städtischer Raumpolitik und neoliberaler Stadtentwicklung [nimmt] zu, räumliche Bedarfe werden vermehrt artikuliert und der soziale Widerstand wächst“

(vgl. Hirschmann, 2014: 21). Gentrifizierung wird damit zum Gegenstand von Auseinandersetzungen. Die sich herausgebildeten „Gegenmachtsinitiativen“ (España/Toscano, 2019: 19) versuchen sich den Raum wiederanzueignen und das „Recht auf die Stadt“ zurückzuerobern. Die widerständigen Praktiken, die sich in Wien und Madrid herausgebildet haben, weisen hinsichtlich ihrer Form und Akteur*innen Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. Mayer (2013: 162f.) argumentiert das damit, dass die Neoliberalisierung der Stadt sehr unterschiedliche Widerständigkeiten hervorgebracht hat, und Widerstand gegen Gentrifizierung ein heterogenes und fragmentiertes Kampffeld ist.

Die ausgetragenen Antigentrifizierungskämpfe in Wien und Madrid zeigen, dass besonders die Verdrängung von öffentlichem Raum sowie Wohnraum ein dominantes Thema sozialer Mobilisierung ist. Der Kampf um den Erhalt des Kunst- und Kulturraumes „mo.ë“ sowie die „Nele“-Hausbesetzung in Ottakring zeichnen beispielsweise den Konflikt zwischen Investor*innen und Bewohner*innen ab. Es geht um Fragen von Immobilienspekulation beziehungsweise den Bau von Luxuswohnungen versus leistbaren Wohnraum. Auch die widerständigen Praktiken der Vergangenheit (Amerlinghaus oder „Pizzeria Anarchia“) thematisieren Gentrifizierung, Verdrängung, Immobilienspekulation, Leerstand und fordern ein Recht auf leistbares Wohnen und nicht-kommerzielle Räume in der Stadt. Widerstand wird demnach gegen die profitorientierte Stadt und Immobilienwirtschaft und für den Erhalt von Räumen geleistet. Auch wenn bisher die große Bewegung und der Aufbau eines starken Netzwerkes in Ottakring ausbleibt, wird Widerstand gegen Gentrifizierung geleistet, sichtbar an einzelnen Objekten. „Ich glaub das mo.ë war zuletzt ein anderes Objekt, an dem sich gezeigt hat, dass hier der Widerstand organisierter wird“ (Interview 2, Juli 2019, Wien).

Bei den Antigentrifizierungskämpfen in Madrid geht es ebenso um die Infragestellung der Investor*innenlogik. Vielmehr spielen hier jedoch die hohe Anzahl an Tourismusunterkünften wie Airbnb und die damit einhergehende Verdrängung von Wohnraum eine tragende Rolle. Die in Lavapiés ausgetragenen Kämpfe machen sich insgesamt weniger anhand eines Objekts breit. Vielmehr werden sie von jahrzehntelang bestehenden Kollektiven in den Stadtteilen in unterschiedlicher Form ausgetragen; beispielsweise anhand regelmäßiger Demonstrationen und Versammlungen (Asambleas) werden Widerständigkeiten öffentlich und sichtbar gemacht.

Eine gemeinsame Form des Widerstands gegen Gentrifizierung in Wien und Madrid, um sich die Stadt wieder anzueignen, ist jene der Besetzungen von Häusern sowie Kunst, Kultur- und Sozialzentren. Die Besetzungen des „Nele“ Hauses in Ottakring (6.3.4.) oder die Besetzung des Sozialzentrums „La Ingobernable“ in Madrid (6.2.5.) sind eine Form sich gegen die kapitalistischen, profitorientierten Stadtpolitiken zur Wehr zu setzen; und können als Antwort auf Gentrifizierung betrachtet werden. Die Besetzer*innen setzen sich für eine Alternativkultur ein und fordern vor allem leistbares Wohnen sowie Räume für „individuelle und kollektive Erfahrungen jenseits des ökonomischen Verwertungsdrucks“ (Nußbaumer/Schwarz, 2012: 21). Dies kann als Gegenmodell zur sogenannten kapitalistischen Stadt gesehen werden, beziehungsweise, zu der kapitalistischen Gesellschaft, in der Raum zur Ware gemacht wird. (vgl. Verli , 2014: 34)

Die Beispiele Ottakring und Lavapiés demonstrieren, dass Gentrifizierung umkämpft ist und Konflikte auslöst. Die Ergebnisse aus Madrid zeigen, dass eine starke soziale Mobilisierung jedoch nicht ausreichend ist, um dagegen anzukämpfen. Vielmehr braucht es auch den Willen der Politik Veränderungen zu gestalten, insbesondere stärkere Regulierungen am Wohnungsmarkt. In Wien sind diese zwar gegeben, aber durch die Neoliberalisierung der Stadt geschwächt worden, was eine Reform der Wiener Wohnungspolitik notwendig macht. Aufgrund der derzeit relativ schwachen Mobilisierung fehlt es dafür jedoch an Druck.

Für eine Generierung einer breiteren Mobilisierung könnte eine stärkere Vernetzung innerhalb der Aktivist*innen selbst ein erster Schritt sein. Am Beispiel Madrids wird sichtbar, dass die heterogene Akteurskonstellation der sozialen Bewegungen im Kampf gegen Gentrifizierung erfolgreich ist. Außerdem könnte eine Vernetzung der sozialen Bewegungen in Wien und Madrid zusätzlich hilfreich sein, um sich zusammenzuschließen und eine stärkere Gegenhegemonie zur kapitalistischen Stadt aufzubauen. In beiden Städten sind sich die Aktivist*innen einig, dass ein Wegkommen von der Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung notwendig wäre, um eine gerechtere Stadt zu gestalten. „[D]ie Kämpfe all derer, die aus der neoliberalen Stadt ausgeschlossen sind [...] müssen vernetzt und verbunden werden, wenn das neoliberale Herrschaftsregime destabilisiert werden soll“ (Mayer, 2013: 164). Dafür ist eine stärkere internationale sowie transnationale Vernetzung städtischer Bewegungen notwendig (vgl. Mayer, 2013: 164).

Auch auf Ebene der Forschung, sollte Widerstand gegen Gentrifizierung forciert betrachtet werden, denn Gentrifizierung ist immer in Verbindung mit sozialen Ungleichheiten und ungleicher Machtverteilung zu betrachten. Ungleichheiten manifestieren sich einerseits zwischen den Stadtbewohner*innen selbst und andererseits zwischen der Stadtregierung, Stadtpolitik, Investor*innen und Stadtbewohner*innen. Stadtregierungen und Investor*innen haben die Macht über die Stadtbewohner*innen, denen damit ein „Recht auf die Stadt“ zunehmend erschwert oder gar verwehrt wird. „In den hegemonialen Architektur- und Stadtplanungsdiskursen werden ‘gemeinsame’ Lebensmodelle und gesamtgesellschaftliche Ziele von Wenigen für Wenige entworfen, die darüber hinaus noch die tatsächliche Gestaltungshoheit und Machtausübung verschleiern“ (Hirschmann, 2014: 31). Soziale Bewegungen bilden die sozialen Ungleichheiten und ungleichen Machtstrukturen in ihren Antigentrifizierungskämpfen ab, indem sie Gentrifizierung kritisch betrachten und dessen Folgen in den Mittelpunkt stellen. Demnach sollten soziale Bewegungen künftig ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Akteur in der (kritischen) Gentrifizierungsforschung sein.

„Eine andere Stadt ist möglich – wenn neue stadtpolitische Bündnisse entstehen. Am besten solche, die organisatorisch auf horizontale Netzwerkstrukturen, sozial auf eine breite Massenmobilisierung und inhaltlich auf Selbstermächtigung setzen [...]. Doch solche neuen städtischen sozialen Bewegungen können nicht in Büchern herbeigeschrieben werden, sondern entstehen auf der Straße, in den Stadtteile[n] und der Alltagspraxis“ (Holm, 2010: 75).

9. Bibliographie

Adell Argilés, Ramón (coord.) et. al (2004): ¿Dónde están las llaves? El movimiento okupa. Prácticas y contextos sociales. Catarata: Madrid.

Aigner, Heidrun/Kumnig, Sarah (2018): Stadt für Alle! Wien: mandelbaum Verlag.

Alonso, Gabriel et. al. (o.A.): Mercado de San Fernando. Un espacio público en disputa entre el concepto de barrio y los gentries. Proyecto de Investigación. Universidad Complutense de Madrid.

Annunziata, Sandra/Rivas-Alonso, Clara (2018): Resisting gentrification. In: *Handbook of Gentrification Studies*. [Hg.v.]: Lees, Loretta/Philipps, Martin. 2018. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar. S. 393-467.

APA (2019): Wiener geben mehr als ein Viertel des Einkommens für Wohnen aus. <https://www.diepresse.com/5664882/wiener-geben-mehr-als-ein-viertel-des-einkommens-fur-wohnen-aus>, 25. Juli 2019. [Aufruf: 29.12.2019]

Ayuntamiento de Madrid (2019): Precios de la vivienda, 25.10. 2019. <https://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/El-Ayuntamiento/Estadistica/Areas-de-informacion-estadistica/Edificacion-y-vivienda/Mercado-de-la-vivienda/Precios-de-la-vivienda/?vgnnextfmt=default&vgnextoid=bf281b47a277b210VgnVCM1000000b205a0aRCRD&vgnnextchannel=22613c7ea422a210VgnVCM1000000b205a0aRCRD>. [Aufruf: 19.11.2019]

Ayuntamiento de Madrid (2018): Estadística. Distritos en cifras (Información de barrios). Ayuntamiento de Madrid, 25.10. 2018. <https://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/El-Ayuntamiento/Estadistica/Distritos-en-cifras/Distritos-en-cifras-Informacion-de-Barrios-/?vgnnextfmt=default&vgnextoid=0e9bcc2419cdd410VgnVCM2000000c205a0aRCRD&vgnnextchannel=27002d05cb71b310VgnVCM1000000b205a0aRCRD> [Aufruf: 19.11.2019]

Beck, Alisa/Rissinger, Marie-Christin (2019): Die Akte mo.ë. Protokolle einer abgesagten Zukunft. Wien: mono/monochrom.

Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (2014): Stadt, Kritik und Geographie. Einleitung zum Handbuch Kritische Stadtgeographie. In: [Hrg.v.]: Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke. *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 9-14.

Brunner, Christoph et. al (2017): Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte. Wien: transversal texts.

Böhmer, Anselm (2015): Verfahren und Handlungsfelder der Sozialplanung. Grundwissen für die Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer Verlag.

Crespi Vallbona, M./Domínguez Pérez, M. (2016): Los mercados de abastos y las ciudades turísticas. In: Pasos. Revista de Turismo y Patrimonio Cultural. Vol. 14 (2). S. 401-416.

Dannecker, Petra/Vossemer, Christiane (2014): Qualitative Interviews in der Entwicklungsforschung. Typen und Herausforderung. In: Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. [Hg.v.]: Dannecker/Englert, Wien: mandelbaum Verlag. S. 153-176.

Della Porta, Donatella (2014): Methodological practices in social movement research. Oxford: University Press.

Deutschmann, Anna (2014): Inhaltsanalysen. Qualitative Verfahren der Textanalyse und Textinterpretation. In: *Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung*. [Hg.v.]: Dannecker, Englert. Wien: mandelbaum Verlag. S. 94-111.

Der Standard (2010): Ottakring. Junge hippe in buntem Wohngebiet. 17. Mai 2010, online: <https://www.derstandard.at/story/1271376677754/ottakring-junge-hippe-in-buntem-wohngebiet> [Aufruf: 06.08.2019]

Díaz Orueta, Fernando (2007): Madrid: Urban regeneration projects and social mobilization. In: *Cities* Vol. 24, No. 3, Elsevier Ltd. S.183-193.

Dlabaja, Cornelia (2013): Urbane Raumproduktion. Eine Analyse des Wandels von Stadträumen am Beispiel des Wiener Brunnenviertels. Universität Wien.

Domínguez Pérez, Marta (2017): Barrio de Embajadores. Distrito centro Madrid 2017. Universidad Complutense Madrid.

EFE (2019): La Policía desaloja el centro social ocupado La Ingobernable en Madrid. Online: 20minutos.es, 13. November 2019, <https://www.20minutos.es/noticia/4053122/0/policia-desaloja-centro-social-ocupado-ingobernable-madrid/> [30.11.2019]

España, Kike/Toscano, Beatriz V. (2019): Städte zu verkaufen. Enteignung und Wiederaneignung in Spanien. In: *sub\urban*. Zeitschrift für kritische Stadtforschung. 2019, Band 7, Heft 3. S. 7-27.

Evans, James/Jones, Phil (2011): The walking interview: methodology, mobility and place. In: *Applied Geography*, vol. 31(2), S. 849-858.

Foltin, Robert (2011): Und wir bewegen uns noch. Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich. Wien: mandelbaum verlag.

Freytag, Tim/Kagermeier, Andreas (2019): Touristifizierung urbaner Räume. In: Studien zur Freizeit- und Tourismusforschung. [Hrg.v.]: Eisenstein/Gronau/Kagermeier, 2019, Band 15. Mannheim: Metagis Verlag.

García Pérez, Eva (2014): Gentrificación en Madrid: de la burbuja a la crisis. In: *Revista de Geografía Norte Grande*. n.58. September 2014, Pontificia Universidad Católica de Chile, Santiago de Chile, S.71-91.

Gestring, Norbert et. al (2014): Stadt und soziale Bewegungen. Stadt, Raum und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Verlag.

Glass, Ruth (1964): London. Aspects of Change. In: *Gentrification Reader*. [Hg.v.]: Loretta Lees/Tom Slater/Elvin Wyly (2010). New York: Routledge. S. 7-8.

Gruszyk, Ewa (2014): Identität gestalten. Ein partizipativer Prozess zur Identitätsfindung im ländlichen Raum am Beispiel der Gemeinde Rabenstein an der Pielach. Diplomarbeit, Technische Universität Wien.

Hammer, Katharina/Wittrich, Judith (2019): Gentrifizierungsprozesse im öffentlichen Raum: Grenzziehungen und Exklusionsmechanismen. In: *Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis?* Justin Kadi, Mara Verlić [Hrsgin], AK Wien, 2019.

Hejda, Willi et. al (2014): Wer geht leer aus? Plädoyer für eine andere Leerstandpolitik. [Hrg.v.]: IG Kultur Wien, Wien: mono/monochrom.

Hirschmann, Anna (2014): Disjunktive Raumproduktion. Strukturwandel und neoliberale Politik vom Leerstand aus betrachtet. In: *Wer geht leer aus? Plädoyer für eine andere Leerstandpolitik.* [Hrg.v.]: Hejda, Willi et. al. Wien: mono/monochrom. S. 12-34.

Holm, Andrej (2011a): „So haben wir das nicht gemeint“ Kulturelle Aspekte der Gentrification. IG Kultur Wien, 2. April 2011. <https://www.igkultur.at/artikel/so-haben-wir-das-nicht-gemeint-kulturelle-aspekte-der-gentrification> [Aufruf: 23.09.2019]

Holm, Andrej (2011b): Das Recht auf die Stadt. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, August 2011.

Holm, Andrej (2010): Wir bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. UNRAST Verlag, Münster.

Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag.

Huber, Florian (2013): Gentrifizierung in Wien, Chicago und Mexiko Stadt. Qualitative Stadtforschung und internationale Vergleichbarkeit. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*. Vol. 38(3). S.237-257.

Ingobernable (2019): La Ingobernable. <https://ingobernable.net/nosotras/> [Aufruf: 30.11.2019]

Kadi, Justin/Verlić, Mara [Hrsgin] (2019): Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik, Praxis? AK Wien, Mai 2019.

Kadi, Justin (2016): Drei populäre Mythen zu Gentrifizierung in Wien. In: *urbanizM*, 19. Februar 2016. <https://urbanizm.net/4890279/drei-populare-mythen-zu-gentrifizierung-wien/> [Aufruf: 16.12.2019]

Kadi, Justin (2014): Die neue Wiener Wohnungsfrage: Delogierungen. In: *Wer geht leer aus? Plädoyer für eine andere Leerstandpolitik.* [Hrg.v.]: Hejda, Willi et. al. Wien: mono/monochrom. S. 54-62.

Kohn, Margaret (2013): What is wrong with gentrification? In: *Urban Research & Practice*, vol. 6(3), Toronto: Routledge, 297-310.

Kronauer, Martin/Siebel, Walter/Walther, Uwe-Jens (2013): Wie könnte es weitergehen? Perspektiven der Stadtsoziologie. In: *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als*

Herausforderung für die Stadtpolitik. [Hrg.v.]: Kronauer/Siebel. Frankfurt/Main: Campus. S.329-349.

Kronauer, Martin/Siebel, Walter (2013): *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik.* Frankfurt/Main: Campus.

Kumnig, Sarah (2019): *Widerstand gegen Gentrifizierung. Strategien und Analysen wohnungspolitischer Initiativen in Wien.* In: *Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis?* [Hg.v.] Kadi/Verlic, AK Wien.

La Tabacalera (2019): *Centro Social Autogestionado. La Tabacalera de Lavapiés.* <http://latabacalera.net/c-s-a-la-tabacalera-de-lavapiés/> [Aufruf: 27.11.2019]

Lavapiés ¿dónde vas? (2019): *Rueda de prensa 14 de noviembre.* <https://lavapiésdondevas.wordpress.com/category/pisos-turisticos/> [Aufruf: 26.11.2019]

Lees, Loretta/ Slater, Tom/Wyly, Elvin (2010): *Gentrification Reader.* New York: Routledge.

Lefebvre, Henri (2016): *Das Recht auf Stadt. Le droit à la ville. 1901-1991* [VerfasserIn]; Althaler, Birgit [ÜbersetzerIn]; Schäfer, Christoph [VerfasserIn eines Vorworts]. Edition Nautilus Verlag, Inh. Hanna Mittelstädt e.K. [Verlag] Hamburg: Edition Nautilus. 2016. 1. Auflage.

Lledin, Julia (2018): *Squatting in the Wake of the Economic Crisis in Spain. The Right to Housing as a Social Movement. “Si se puede, pero no quieren”.* In: *Fighting for spaces, fighting for our lives: Squatting movements today.* [Hrsg.v.]: SqEK (Squatting Everywhere Collective) (2018): Münster: Assemblage. 298-308.

Maderthaner, Wolfgang/ Musner, Lutz (2000): *Die Anarchie der Vorstadt: das andere Wien um 1900.* Frankfurt/Main; New York: Campus-Verlag. 2. Auflage. 51-99.

Martínez López, Miguel (2018a): *The Urban Politics of Squatters’ Movements. The Contemporary City.* New York: Palgrave Macmillan.

Martínez López, Miguel (2018b): *A Short Talk on Squatting in Spain.* In: *Fighting for spaces, fighting for our lives: Squatting movements today.* [Hrsg.v.]: SqEK (Squatting Everywhere Collective) (2018): Münster: Assemblage. 308-314.

Mayer, Margit (2013): *Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt.* In: *sub\urban. Zeitschrift für kritische stadtforschung.* Heft 1, 155-168.

Mayer, Margit (2012): *Hausbesetzungen als politische Aktionsform seit den 1970er- Jahren.* In: *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern.* [Hrg.v.]: Nußbaumer, Martina/Schwarz, Werner M., 2012, Wien Museum, Wien: Czernin Verlag. S. 44-52.

Mayer, Margit (2011): *Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive.* In: *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen.* [Hg.v.]: Holm, Gebhardt. Hamburg: VSA Verlag Hamburg. S. 53-79.

Ministerio de Fomento (2019): Observatorio de vivienda y suelo. Boletín Especial alquiler residencial 2019. n.30. September 2019, Dirección general de Arquitectura, Vivienda y Suelo. <https://apps.fomento.gob.es/CVP/handlers/pdfhandler.ashx?idpub=BAW065> [Aufruf: 20.11.2019]

Minkin, Christa (2016): Delogierung. Wiener Kulturverein Moë „in der Schwebe“. 18. Oktober 2016, <https://www.derstandard.at/story/2000045919279/delogierung-wiener-kulturverein-moe-in-der-schwebe> [Aufruf: 20.12.2019]

Moore, Alan W. (2018): Social Centers in Madrid. In: *Fighting for spaces, fighting for our lives: Squatting movements today*. [Hrsg.v.]: SqEK (Squatting Everywhere Collective) (2018): Münster: Assemblage. 342-350.

Nele (2019): nele. <https://nele.noblogs.org/> [Aufruf: 02.01.2020]

Nußbaumer, Martina/Schwarz, Werner M. (2012): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien Museum, Wien: Czernin Verlag.

Peck, Jamie (2015): Urbane Austerität. Die neoliberale Krise der amerikanischen Städte. Rosa Luxemburg Stiftung: New York Office. In: *Cities Series*. [Hrg.v.]: Ehmsen/Scharenberg, Mai 2015, New York.

Pizzeria Anarchia (2019): Räumung verhindern! <https://pizza.noblogs.org/post/2014/05/30/28-7-2014-raeumung-verhindern/> [Aufruf: 09.09.2019]

Rauth, Elke (2019a): Raum zum Leben, Denken, Handeln. Über die Verfügbarkeit von Raum als Basis einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. In: *Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis?* [Hg.v.] Kadi/Verlic, AK Wien.

Rauth, Elke (2019b): Space Troubles. Der Kunstraum mo.ë zwischen Investor*innenlogik und Raumpolitik. In: *Die Akte mo.ë. Protokolle einer abgesagten Zukunft*. [Hg.v.] Beck/Rissinger. Wien: mono/monochrom. S. 28-34.

Rauth, Elke/Puchner, Lisa (2016): Have you seen our house? Der Kunstraum mo.ë zwischen Investorenlogik und Raumpolitik. In: *dérive – Radio für Stadtforschung*. Beitrag vom 2.2.2016, <https://cba.fro.at/307189> [Aufruf: 19.09.2019]

Recht auf Stadt (2019): Über 'Recht auf Stadt'. <https://rechtaufstadt.at/ueber/> [Aufruf: 09.09.2019]

Red2Red (2017): Análisis de impacto de las viviendas de uso turístico en el distrito centro. Informe final, 5. Mai 2017, Ayuntamiento de Madrid, Junta Municipal de Distrito Centro. Red2Red Consultores.

Rosifka, Walter (2019): Das österreichische Recht als (un)taugliches Mittel, die Verdrängung vieler Haushalte aus den attraktiven Vierteln dieser Stadt zu verhindern? In: *Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis?* [Hg.v.] Kadi/Verlic, AK Wien.

Sánchez, R./Ordaz, A. (2018): ¿Cuántas viviendas de tu barrio están en Airbnb? Descúbrelo en este mapa, manzana a manzana. In: *eldiario.es*, 2.9.2018, https://www.eldiario.es/economia/concentracion-Airbnb-manzana-viviendas-vacacional_0_809119651.html [Aufruf: 20.11.2019]

Sanz, Elena (2019): En Madrid y Cataluña, el alquiler 'se come' la mitad de los ingresos de las familias. https://www.elconfidencial.com/vivienda/2019-06-19/precio-alquiler-esfuerzo-economico-accesibilidad_2078488/ [Aufruf: 02.01.2020]

Schipper, Sebastian (2013): Von der unternehmerischen Stadt zum Recht auf Stadt. In: *Emanzipation*. Jg. 3. nr. 2, 2013. S. 21-34.

Schmidt, Hebe (2012): Lavapiés. Fenómeno migratorio y claves de convivencia. In: *Cuadernos de la EPIC*, n. (7) März 2012. Comunidad de Madrid. Madrid: EPIC diversidad y excelencia.

Schultz, Ulrike (2014): Über Daten nachdenken. Grounded Theory Studien in entwicklungsbezogener Forschung. In: *Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung*. [Hg.v]: Dannecker, Englert. Wien: mandelbaum Verlag. S. 75-94.

Seiler, Christian (2018): Im Bezirk der Bobos. Zollergasse – Mariahilferstraße – Neubaugasse – Westbahnstraße: 2800 Schritte. 13. 10. 2018, <https://kurier.at/freizeit/gehen/im-bezirk-der-bobos/400143584> [Aufruf: 18.12.2019]

Sequera Fernández, Jorge (2013): Las políticas de gentrificación en la ciudad neoliberal. Nuevas clases medias, producción cultural y gestión del espacio público. El caso de Lavapiés en el centro histórico de Madrid. Universidad Complutense de Madrid.

Sequera Fernández, Jorge (2010): Prácticas distintivas y control urbano como mecanismos de gestión de las conductas: el caso de Lavapiés (Madrid). In: *Ciudad, territorio y paisaje: Reflexiones para un debate multidisciplinar* / coord. por Carlos Cornejo Nieto, Juan Morán Sáez, José Prada Trigo. Dialnet. S. 119-133.

Slater, Tom (2006): The Eviction of Critical Perspectives from Gentrification Research. In: *International Journal for Urban and Region Research*. Vol. 30.4. S.737-757.

Smetana, Kurt (2010): Stadtentwicklung versus Lifestyle – zur steigenden Prosperität des Brunnenviertels in Wien Ottakring. In: *REAL CORP 2010*, verfügbar auf: https://www.corp.at/archive/CORP2010_236.pdf [Aufruf: 06.08.2019]

Sologuren, Huáscar (2019): Lavapiés. Bloques en lucha y vecinas en lucha. Online: Poder Popular, 26. Juni 2019, <https://poderpopular.info/2019/06/26/lavapies-bloques-en-lucha-y-vecinas-en-lucha/> [Aufruf: 26.11.2019]

Stadt Wien (2016): Ottakring. 16. Wiener Gemeindebezirk, in: Bezirke im Fokus – Statistiken und Kennzahlen – 16. Bezirk. <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/bezirke-im-fokus-16.pdf> [Aufruf: 06.08.2019]

Stadt Wien (2015): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien – 2015. Menschen in Wien. <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/menschen.pdf> [Aufruf: 06.08.2019]

Stadt Wien (2018): Der Wiener Gemeindebau. Geschichte, Daten, Fakten. Stadt Wien - Wiener Wohnen, November 2018.

Stadt Wien (2019a): Wohnungen nach Ausstattung und Gemeindebezirken 1991, 2001, 2011. <https://www.wien.gv.at/statistik/verkehr-wohnen/tabellen/wohnung-ausst-bez-zr.html> [Aufruf: 06.08.2019]

Stadt Wien (2019b): Gebäude und Wohnungen – Statistiken. <https://www.wien.gv.at/statistik/lebensraum/gebaeude/index.html#definitionen> [Aufruf: 06.08.2019]

Statistik Austria (2019): Wohnen. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/wohnen/wohnsituation/index.html [Aufruf: 13.12.2019]

Statistik Austria (2001): Volkszählung vom 15. Mai 2001 Demografische Daten. <https://www.statistik.at/blickgem/vz7/g91601.pdf> [Aufruf: 06.08.2019]

Suttner, Andreas (2012): Die Wiener Hausbesetzungsbewegung der 1980er- Jahre. In: *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern*. [Hrg.v.]: Nußbaumer, Martina/Schwarz, Werner M., 2012, Wien Museum, Wien: Czernin Verlag. S. 140-146.

Twickel, Christoph (2013): Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle. 4. Auflage. Hamburg: ed. Nautilus.

Uhl, Arno (2012): Besetzungen seit 2000. In: *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern*. [Hrg.v.]: Nußbaumer, Martina/Schwarz, Werner M., 2012, Wien Museum, Wien: Czernin Verlag. S. 219-224.

Verliê, Mara (2014): Die Enteignung des Möglichen. Die Bedeutung von Leerstand am Wiener Wohnungsmarkt. In: *Wer geht leer aus? Plädoyer für eine andere Leerstandpolitik*. [Hrg.v.]: Hejda, Willi et. al. Wien: mono/monochrom. S. 34-54.

Vollmer, Lisa (2018): Strategien gegen Gentrifizierung. Stuttgart: Schmetterling, S. 49-52.

Walliser, Andrés (2013): New urban activism in Spain: reclaiming public space in the face of crises. In: *Policies & Politics*. Vol. 41 (3), July 2013. Instituto Juan March. Policy Press.

Wiegand, Felix/Petzold, Tino/Belina, Bernd (2015): Austerität: Ein politisches Projekt. Zu Logik, Geschichte, Geographie und Politischen Perspektiven. In: *Tagungsdokumentation einer Regionalkonferenz der RLS*, S. 16-21.

Youkhana, Eva/Jüssen, Lara (2015): Soziale Bewegungen in Zeiten der Spanischen Hypothekenkrise: Ursachen und Folgen für Stadtplanung und- gestaltung. In: *Soziale Bewegungen in Zeiten der Spanischen Hypothekenkrise*. S. 151-175.

Youkhana, Eva/Sebaly, Christian (2014): GraffitiCity–kreativer Protest, belonging und citizenship im Madrider Stadtteil Lavapiés. In: *sub\urban*. Zeitschrift für Kritische Stadtforschung. Band 2 (1). S. 49-70.